

FORM NO. 51-61  
MAY 1949  
*W. J. [unclear]*

CLASSIFICATION **RESTRICTED**  
CENTRAL INTELLIGENCE AGENCY  
**INFORMATION REPORT**

50X1-HUM

REPORT

[Redacted]

CD NO.

COUNTRY **Germany**

DATE DISTR. **23 August 1949**

SUBJECT **German Radio and Press Reports**

NO. OF PAGES

PLACE ACQUIRED

[Redacted]

NO. OF ENCLS.  
(LISTED BELOW)

50X1-HUM

DATE ACQUIRED

SUPPLEMENT TO REPORT NO.

[Redacted]

THIS DOCUMENT CONTAINS INFORMATION AFFECTING THE NATIONAL DEFENSE OF THE UNITED STATES WITHIN THE MEANING OF THE ESPIONAGE ACT 50 U. S. C., 31 AND 32, AS AMENDED. ITS TRANSMISSION OR THE REVELATION OF ITS CONTENTS IN ANY MANNER TO AN UNAUTHORIZED PERSON IS PROHIBITED BY LAW. REPRODUCTION OF THIS FORM IS PROHIBITED.

THIS IS UNEVALUATED INFORMATION

[Redacted]

50X1-HUM

The attached copies of German radio and press reports

[Redacted]

50X1-HUM

CLASSIFICATION

STATE	<input checked="" type="checkbox"/> NAVY	NSRB		DISTRIBUTION														
ARMY	<input checked="" type="checkbox"/> AIR																	

50X1-HUM

RESTRICTED 19/7/49

No. 54

Auszüge aus Rundfunkberichten

Sender Stuttgart vom 18. Juli 1949

West-berlins Zeitungen und Rundfunk haben einen heftigen Feldzug gegen die Tätigkeit der sowjetischen Geheimpolizei in Ostdeutschland eröffnet. Der britisch lizenzierte "Telegraf" begann mit der Veröffentlichung einer Namensliste von 300 Einwohnern der SBZ, die als Agenten für die sowjet. Geheimpolizei arbeiten. Auch RIAS gibt zweimal wöchentlich die Namen von deutschen Spitzeln in der Ostzone bekannt. Man hofft, daß diese Veröffentlichungen ostdeutscher Kollaborateure der NKWD das Prestige der SED untergraben.

Wie gestern ein Mitglied des Zentralsekretariats der SED bekanntgab, hat die SED ca. 1,8 Mill. Mitglieder. Somit ist gegenüber 1948 ein Rückgang um 2,5 % festzustellen. Nur 45 % aller Mitglieder sollen Arbeiter sein.

PIECK kündigte an, die Bewirtschaftung werde im nächsten Jahr aufgehoben werden, aber vorher müsse der Zweijahresplan erfüllt werden.

Seit heute morgen müssen alle Interzonenreisenden, die mit dem Omnibus aus Berlin kommen, an der Grenze die Reiseomnibusse verlassen. Die Fahrzeuge werden gezwungen, an der Grenze umzukehren, während die Reisenden die Grenze zu Fuß passieren müssen.

Der Bürgermeister von Zwickau, Paul MUELLER, soll seines Amtes entoben und verhaftet worden sein. Müller war früher Mitglied der SPD. Auch der Stadtkämmerer, Fritz WEBER, soll verhaftet worden sein.

Die SPD-Presse kritisierte den Vertrag über die Funkhoheit zwischen dem NWDR und der Post. Man habe damit über ein Recht verfügt, das niemand beanspruchen könne.

Alfred HUCENBERG ist in die Gruppe der Mitläufer eingestuft worden. Das Urteil stützte sich wesentlich auf entlastende Erklärungen des Reichskanzlers a.D. Brüning und des Reichsmin. a.D. Treviranus.

In den Vereinigten Aluminiumwerken in Grevenbroich begann heute die vorgesehene Demontage von Anlagen zur Herstellung von Rohaluminium. Die Anlagen, die eine jährliche Kapazität von ca. 17 000 t hatten, lagen seit Kriegsende still, sollten aber nach gründlicher Überholung in Kürze wieder verwendet werden.

An der holländischen Grenze bei Aachen ist überraschend eine neue geringfügige Grenzänderung zugunsten Hollands vorgenommen worden. Die deutschen Behörden waren vorher nicht informiert worden. Wie dazu mitgeteilt wird, sind diese Grenzveränderungen am 24. Mai von der int. Grenzfestsetzungskommission beschlossen worden. Die betroffenen Einwohner sind von holländischer Seite registriert worden. Die auf deutschem Gebiet beschäftigten Arbeiter haben vorläufige Grenzausweise erhalten.

Die drei westlichen Militärregierungen haben die Kontrolle der deutschen Forschung auf nichtmilitärischen Gebieten gelockert. Damit wird eine Intensivierung der deutschen Forschungstätigkeit in der Medizin und in verwandten Wissenschaften ermöglicht.

In Moskau wurde am Sonntag der "Tag der Luftwaffe" mit großem Aufwand begangen. In einer Ansprache wurde behauptet, daß die deutsche Luftwaffe im letzten Krieg von der SU erschlagen worden sei. So seien z.B. 75 000 deutsche Flugzeuge abgeschossen worden.

Auf einer Belegschaftsversammlung der deutschen Werft in Hamourg haben die Werftarbeiter gegen die Demontage der Reiherstieg-Werft protestiert. In der Resolution heißt es, daß kein Werftarbeiter seine Hände dazu hergeben werde, seinen eigenen Arbeitsplatz zu demontieren. Die Belegschaft sei überzeugt, daß auch kein Hamourger Arbeiter bereit sein werde, bei der Demontage mitzuarbeiten. Vom Senat der Hansestadt werde erwartet, daß er sich im Interesse der Hamourger Wirtschaft bei den Mil. Gov. für die Erhaltung des Betriebes einsetzt.

RESTRICTED

18/7/49

No. 53

Auszüge aus Rundfunkberichten

Sender Stuttgart vom 15. Juli 1949

Der Verkehr nach Berlin wird seit heute nacht wieder gestört. Zwischen Berlin und Helmstedt sind zwei neue Kontrollpunkte errichtet worden, an denen alle deutschen Fahrzeuge zu halten und durchsucht werden. Auch die Alliierten müssen ihre Pässe vorzeigen. Deutsche mußten teilweise ihr gesamtes Westgeld abgeben. Die Kontrolle erfolgt durch deutsche Volkspolizisten.

Der Betriebsrat der Fortmunder Demontagefirma Bergenkamp (?) erklärte sich in einer Entschliebung im Namen der 469-köpfigen Belegschaft mit den deutschen Arbeitern solidarisch, die eine Demontage von Betrieben der Friedensproduktion ablehnen. Die zuständigen deutschen Stellen, so heißt es in der Resolution, sollten den Demontagearbeitern die Möglichkeit geben, an einem anständigen Arbeitsplatz produktiven Wiederaufbau zu leisten, damit sie sich und ihre Familien ernähren könnten.

Der niedersächsische Flüchtlingsminister ALBERTZ nahm heute zu der Weigerung der Landesregierung von Südbaden, Flüchtlinge aus der Ostzone aufzunehmen, ehe die Umsiedlung der Heimatvertriebenen in die frz. Zone abgeschlossen ist, Stellung. Er sagte, mit dieser Erklärung stelle sich die südbadische Landesregierung bewußt außerhalb jeder deutschen Solidarität. Er gab seiner Hoffnung Ausdruck, daß sich die beiden anderen Länder dieser Stellungnahme Südbadens nicht anschließen werden.

BOECKLER berichtete über den Empfang einer deutschen Gewerkschaftsdelegation in Holland. Er sagte, man sei der deutschen Delegation kameradschaftlich entgegengetreten. Holland wolle seine Beziehungen zu Westdeutschland vertiefen. Die holländische Bevölkerung habe genug Abstand von den Kriegsereignissen und wolle wieder mit Deutschen zusammenarbeiten.

Sender Stuttgart vom 16. Juli 1949

Der Konsultativrat wurde heute aufgelöst. Die Mitglieder wurden vorher noch eingehend über die Ergebnisse der Pariser Konferenz unterrichtet. Der Rat soll noch einmal zusammentreten, falls vor Bildung der Bundesregierung wichtige Fragen auftreten sollten.

Die westdeutsche KPD hat zu dem Exkommunizierungs-Erlaß Stellung genommen. Sie bezeichnete diese Maßnahme als eine der schwerwiegendsten Verfolgungsaktionen in der Geschichte des Papsttums.

Die "Berliner Zeitung" äußerte sich hierzu wie folgt: Die katholische Kirche werde, wenn sie die politische Auseinandersetzung mit dem Kommunismus eröffne, wie jeder andere politische Feind behandelt werden.

Der tschechoslowakische Justizminister CEPIKA erklärte, daß diejenigen die versuchen sollten, das Dekret durchzuführen, sich des Verrats schuldig machen würden.

Spitzenvertreter der CDU legten unter dem Namen Düsseldorfer Leitsätze der Öffentlichkeit die Auffassung ihrer Partei über die Wirtschafts- und Sozialpolitik vor. Prof. Erhard wies auf die völlige Umwandlung des allgemeinen Wirtschaftsgebildes hin, das durch die Politik der CDU/CSU gegen starke Widerstände erreicht worden sei. Er hob hervor, daß die soziale Marktwirtschaft in scharfem Gegensatz zum System der Planwirtschaft und zur sogenannten freien Wirtschaft liberalistischer Prägung stehe. In ihrem Landwirtschaftsprogramm tritt die CDU für einen großzügigen Abbau der bisherigen staatlichen Zwangswirtschaft ein. Landwirtschaftliche Erzeugnisse, die in Deutschland produziert werden können, sollen möglichst nicht im Auslande gekauft werden. Ferner wurde auf die Notwendigkeit hingewiesen, daß die Monopolwirtschaft aufgehoben und gewisse Grundindustrien in Gemeinschaft übergeführt werden müßten.

RESTRICTED

RESTRICTED

No. 52

Auszüge aus Rundfunkberichten

Stuttgarter Nachrichten vom 14. Juli 1949

Der Organisationsausschuß hat seine vierte Arbeitstagung beendet. Der Ausschuß spricht sich für eine Bundesregierung mit 8 Ministerien aus, und zwar Finanz-, Justiz-, Innen-, Wirtschaftsministerium, Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Verkehrs-, Post- und Arbeitsministerium. Ein eigenes Flüchtlingsministerium soll nicht geildet werden, während das Ministerium für zwischenstaatliche Beziehungen direkt dem Bundeskanzler unterstellt werden soll.

Die Verwaltung für Wirtschaft gab bekannt, daß die Verhandlungen über ein gegenseitiges Warenaustauschabkommen zwischen den drei Westzonen und der Ostzone abgebrochen wurden, weil die Vertreter der DWK ein Abkommen mit wert- und mengenmäßig ausgeworfenen Liefer- und Bezugskontingenten verlangt hätten. Der Standpunkt der Vertreter der westdeutschen Wirtschaftsverwaltung, eine unterschiedliche Behandlung der Ost- und Westwährung vorzunehmen, sei von den Vertretern der DWA nicht anerkannt worden. Dies sei der Hauptgrund, daß die vorbereitenden Arbeiten über ein Interzonenabkommen abgebrochen worden seien. Die Verwaltung für Wirtschaft habe sich bereit erklärt, für gewisse Warengruppen Lieferung und Bezug wert- und mengenmäßig festzustellen unter der Voraussetzung, daß eine für die westlichen Zonen annehmbare Einigung über die Frage des Zahlungsverkehrs erreicht würde. Dieser Vorschlag werde gegenwärtig von der DWK geprüft.

Zum neuen Bischof von Augsburg hat der Papst den Rektor der philosophisch-theologischen Hochschule in Passau, Geistlichen Rat Josef FREUNDORFER, ernannt.

Die vorbereitenden Maßnahmen für das erste Zusammenkommen des Bundestages und des Bundesrates in Bonn sind auf einer Arbeitstagung der technischen Kommission behandelt worden. Die Kommission befaßte sich mit Einzelheiten der Unterbringung und der Einrichtung der Bundesorgane. Werner nahm die Kommission einen Bericht über den Stand der Bauarbeiten in Bonn entgegen und überzeugte sich anschließend auf einer Besichtigung von ihrem schnellen Fortschreiten.

Staatspräsident WOHLER hat zu den letzten Äußerungen des Staatspräsidenten Müller zur Frage des Südweststaates Stellung genommen. Er sagte, im Augenblick gebe es wichtigere Probleme als die Grenzänderungen im Südwesten. Er denke besonders an die Bundestagswahlen und die Lösung der Flüchtlingsfragen. Wenn Müller sage, die jetzt bestehenden kleinen Länder seien nicht existenzfähig, so müsse ihm entgegen werden, daß ja auch nicht die Erhaltung dieser kleinen Länder angestrebt werde, sondern vielmehr die Wiederherstellung der alten Länder Württemberg und Baden in ihrer ehemaligen Größe. Er könne nicht einsehen, weshalb Alt-Baden auf einmal nicht lebensfähig sein sollte, nachdem es bis zum Zusammenbruch bestanden habe und sogar allgemein "Musterlände" genannt worden sei. Zu der Äußerung Müllers, durch einen Südweststaat könnten die Verwaltungskosten verringert werden, wies Wohler auf die Sparsamkeit des badischen Staates hin. Er habe allen Grund anzunehmen, daß die Zeichen für Alt-Baden gut seien und sich noch Tag für Tag besserten.

Der Ministerrat von Rheinland-Pfalz beschäftigte sich mit dem Flüchtlingsproblem. Dabei wurde erklärt, Rheinland-Pfalz sei selbstverständlich bereit, Flüchtlinge in weitem Maße aufzunehmen, wenn dazu die Voraussetzungen geschaffen seien. Das Land sei jedoch weniger als jedes andere Land der Westzonen in der Lage, den Flüchtlingen Arbeit und Wohnung zu geben und auch nicht im Stande, neue finanzielle Lasten auf sich zu nehmen. Die Regierung wolle nach wie vor nur Verpflichtungen eingehen, die sie auch erfüllen könne. Sie lehne es ab, neue Flüchtlingslager zu schaffen, um arme Flüchtlinge darin zu halten. - Wie verlautet, wird demnächst eine Verfügung erlassen, durch welche die Einweisung von Flüchtlingen nach Rheinland-Pfalz erleichtert werden soll. Beim Nachweis einer Unterkunft und einer Arbeitsstelle kann die Einweisung erfolgen, besonders wenn es sich darum handelt, Familienmitglieder zusammenzuführen.

RESTRICTED

RESTRICTED

14/7/49

No. 51

Auszüge aus Rundfunkberichten

Sender Stuttgart vom 13. Juli 1949

Die Verhandlungen zwischen Vertretern der Frankfurter Verwaltung für Wirtschaft und der Deutschen Wirtschaftskommission der Ostzone über ein Interzonen- und Verrechnungsabkommen sind heute zunächst unterbrochen worden. Den Konferenzteilnehmern war es nicht möglich, in der Verrechnungsfrage auch nur eine Annäherung zu erzielen. In einem vom Büro der Vfw herausgegebenen Communiqué wird erklärt, daß die westliche Seite ein Verrechnungsabkommen nicht annehmen könne, in dem eine Parität oder irgendeine Relation zwischen der Ost- und der Westwährung hergestellt werde. Die Vertreter der DWK hätten dagegen weiterhin auf einem zweiseitigen Verrechnungsabkommen bestanden.

Dr. Kurt SCHUMACHER hat sich heute in einem Telegramm an die Reklamationsfraktion der britischen Arbeiterpartei gewandt. Er betonte, daß der wirtschaftliche Schaden, den die Demontagen anrichteten, größer sei als der Nutzen, den sie bringen könnten. Mit diesen Mitteln werde keinem Volk geholfen, aber den Deutschen und damit der ökonomischen und demokratischen Kraft Europas geschadet.

Auch Pastor NIEMOELLER sprach auf der Konferenz des Zentralaussschusses des Weltkirchenrates in Chichester über die Demontagefrage. Er erklärte, die Demontage deutscher Werke sei ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Diese Angelegenheit bedrohe die Existenz von 12 Mill. Deutschen, um die sich außerhalb Deutschlands niemand kümmere.

Der Antrag der Notgemeinschaft der Ausgewiesenen und Vertriebenen auf Anerkennung als politische Partei ist von der Landes-Militärregierung Württemberg-Baden abgelehnt worden. Als Begründung wurde mitgeteilt, daß es ein seit langem bestehender Standpunkt der Militärregierung sei, politische Parteien von Flüchtlingen als Interessenvertretungen nicht zu lizenzieren.

Dr. Gebhard MUELLER setzte sich für den Beginn der organisatorischen Vorarbeiten zur Bildung des Südweststaates noch vor Zusammentritt der westdeutschen Bundesregierung ein. Er hoffe, in allernächster Zeit hierüber mit der Regierung in Freiburg verhandeln zu können, so daß Volksabstimmung und Konstituierung des Südweststaates in kürzester Zeit erfolgen könnte. Er halte es für günstiger, auf der Grundlage einer freien Verständigung zwischen den beteiligten Ländern den Südweststaat zu bilden, als durch eine Entscheidung des späteren Bundesparlamentes und der Bundesregierung.

Sender Stuttgart vom 14. Juli 1949

Das hessische Pressegesetz wurde heute von der amerikanischen Mil.Reg. genehmigt. In einem Schreiben an Min.Präs. Stock heißt es: Nach gründlichem Studium des revidierten Artikels 10 sind wir der Meinung, daß dieser, weit davon entfernt, die Freiheit der Presse zu erweitern, eine ernsthafte Gefährdung für die Pressefreiheit darstellen kann. Da der Landtag jedoch von der Notwendigkeit dieser Bestimmung überzeugt ist, haben wir beschlossen, das Gesetz in der vorliegenden Fassung zu billigen.

Der Lastkraftwagenverkehr nach Berlin läuft an der Übergangsstelle Helmstedt wieder reibungslos. Alle übrigen Grenzübergänge sind weiterhin für den interzonalen Lastkraftwagenverkehr gesperrt.

Der Landtag von Nordrhein-Westfalen hat die Landesregierung beauftragt, die durch die Fortsetzung der Demontage zu befürchtenden schweren politischen und wirtschaftlichen Gefahren den Besatzungsmächten noch einmal eindringlich vorzustellen. Der Ministerpräsident und der Wirtschaftsminister sollten bei den drei Oberkommissaren vorstellig werden. Der Landtag hege die Erwartung, daß eine solche Begegnung geeignet sei, Mißverständnisse zu klären.

RESTRICTED

RESTRICTED

18/7/49

No. 123

Auszüge aus Rundfunkberichten

Sender Leipzig vom 15. - 17. Juli 1949

Ein Drittel der 24 000 Arbeiter der Siemenswerke soll in Kürze entlassen werden. Damit finden die unlaufenden Gerüchte ihre Bestätigung. Bereits vor einiger Zeit wurden einschneidende Kürzungen der Gehälter und Löhne vorgenommen. Alle über 60 Jahre alten Arbeiter sollen zwangspensioniert werden. In den Kreisen der Arbeiter setzt sich immer mehr die Ansicht durch, daß nur ein erfolgreicher Ost-West-Handel helfen könne.

Der Vorsitzende der SED, Wilhelm PISCK, richtete an die Landbevölkerung die Aufforderung, alle Kräfte für die Erfüllung des Zweijahresplanes einzusetzen. Er stellte in Aussicht, daß die Zonenlebensmittellkarte IV innerhalb der nächsten beiden Monate fortfallen werde. Ferner erklärte er, daß die völlige Aufhebung der Bewirtschaft im nächsten Jahr bei Erfüllung des Zweijahresplanes möglich sei.

Am 16. wurde in Berlin die zweite Tagung des Zentralrates der FDJ eröffnet. Die FDJ müsse ein Millionenverband werden und die gesamte Jugend von morgen in ihren Reihen sammeln, forderte der 1. Vorsitzende der FDJ, Erich HONNECKER. Er sagte, trotz der bisherigen Erfolge dürfe man sich nicht darüber hinwegtäuschen, daß auch noch Mängel und Schwächen vorhanden seien. Es wurde ein 12-Punkte-Programm für die Jugendarbeit der FDJ aufgestellt, das u.a. die Durchführung regelmäßiger Schulungszirkel in Abständen von 14 Tagen in allen Sekretariaten und Gruppenleitungen nach einem Planesplan vorsieht.

Zwischen Bulgarien und der Ostzone ist ein Handelsabkommen getroffen worden, das zunächst für Juli und August die Lieferung von Tomaten vorsieht. Eine Erweiterung des Abkommens auf Obst- und Südkirsche-Lieferungen ist vorgesehen. Die Gegenlieferung der Ostzone beläuft sich vor allem auf Glaswaren.

Der vom Präsidium des Deutschen Volksrates gefaßte Beschluß, zum 22. eine neue Tagung einzuberufen, wird überall lebhaft begrüßt. Es heißt, der Deutsche Volksrat mache sich zum Fürsprecher der Nation. Er nutze die Chance, die ihm durch die Pariser Außenministerkonferenz gegeben worden ist. Seine Bemühungen gingen dahin, die Initiative zu ergreifen. Die Ztg. "Neues Deutschland" verweist in einem Artikel auf die unverantwortliche Haltung der westdeutschen Verwaltungsstellen betreffend den Interzonenhandel. Dr. Pünder schweige in einer Zeit der Demontage und der Absatznöte, die Westdeutschland und Europa auf das Niveau einer amerikanischen Kolonie herabsinken lasse.

Es ist vorgeschlagen worden, den 1. September, den 10. Jahrestag des Hitler-Krieges, in ganz Deutschland als Friedenstag zu begehen.

Unter dem Eindruck des Proteststreiks hat sich die britische Militärregierung veranlaßt gesehen, Max Reimann voraussichtlich schon am 22. Juli aus der Haft zu entlassen. Die amtliche Begründung lautet wegen guter Führung. In Wirklichkeit hat jedoch die Protestbewegung die Durchführung dieser Maßnahme veranlaßt.

Ein Beweis des zunehmenden Vertrauens des Auslandes zur Ostzone ist die Tatsache, daß die vorgesehenen Exportmengen wesentlich übertroffen wurden. Von Thüringen gehen besonders Fertigwaren und Spielwaren nach Kanada, Siam, Türkei, Südafrika usw.

SELBOWANN erklärte kürzlich, daß sich die Auswirkung der Erfüllung und Übererfüllung auf die Versorgungslage der Ostzone bemerkbar mache. Gerade bei den Textilien sei eine relativ große Überproduktion erreicht worden, die es ermöglichte, das Fälligkeitsdatum der Punktkarten vorzulegen und größere Mengen Textilien sogar ohne Punktkarten zu verkaufen. Auch Verbesserungen würden ins Auge gefaßt werden bei Waren, die allgemein zur Hebung des Lebensstandards dienen. So sollen zum Beispiel zusätzlich Fett, Fisch und Obst importiert werden.

RESTRICTED

RESTRICTED

15/7/49

No. 122

Auszüge aus Rundfunkberichten

Sender Leipzig vom 11. - 14. Juli 1949

In der Ostzone und im Ostsektor Berlins wurden ab 12. d.M. in den "Freien Läden und Gaststätten" die Preise um 30 bis 50 v.H. gesenkt. In Leipzig wurde zum ersten Mal auch mit dem Verkauf von Butter und Eiern begonnen. Der Obstverkauf muß noch im Laufe dieser Woche aufgenommen werden. In allen Teilen der Ostzone wurden am ersten Tage Rekordumsätze erzielt. In zahlreichen Kreisen Thüringens gab es Umsatzsteigerungen von über 100 %. Besondere Nachfrage herrscht nach Butter und Margarine sowie Kaffee und Süßigkeiten. Die NO plant, in Thüringen auf der Lande 14 Verkaufsstellen für den landwirtschaftlichen Industriebedarf und Textilien sowie vier neue Kaufhäuser zu errichten.

Zur diesjährigen Herbstmesse in Leipzig will die NO etwa 45 Stände in den einzelnen Messehäusern einrichten. Daneben werden besondere Geschäfte für Ausländer eröffnet. Die Bezahlung soll jedoch dieses Mal nicht in Valuta-Währung, sondern mit Messeschecks erfolgen.

Die Regierung des Landes Thüringen unterstützt ihre Universität mit 500 000,- Mark je Quartal. Die Mehrzahl der Studenten erhält Beihilfen.

300 Kinder griechischer Freiheitskämpfer trafen in der SBZ ein. Sie werden in fünf Heimen der Volkssolidarität untergebracht.

Die 1. Interzonenkonferenz der demokratischen Juristen Deutschlands ist für den 16. Juli nach Berlin einberufen worden. Die Konferenz steht unter der Leitung von Max Pechner.

Präsident WANDEL von der Deutschen Verwaltung für Volksbildung hat H. MANN seinen Dank ausgesprochen, daß er sich bereit erklärt hat, die Präsidentschaft der kürzlich konstituierten Deutschen Akademie der Künste zu übernehmen. Während MANNs Abwesenheit soll Arnold Zweig vertretungsweise die Präsidentschaft übernehmen.

5 000 Traktoren stehen im Lande Sachsen im Ernteeinsatz. Auch genügend tierische Zugkräfte stehen zur Verfügung. Zur Sicherung der termingerechten Ernteeinbringung wurde zwischen dem VdGB und der FDJ vereinbart, daß die Jugend Einsatzgruppen bildet. In allen Kreisen Sachsen-Anhalts stehen diese Gruppen bereit, um bei auftretenden Schwierigkeiten mit Hand anlegen zu können.

Mehr als 120 brandenburgische Betriebe haben Patenschaften über MAS übernommen. Auch 20 Berliner Firmen und VEB haben sich zur Verfügung gestellt.

Ein Kieler Betrieb konnte einen Auftrag auf Dieselmotore für volkseigene Ferries in der SBZ im Betrage von 1,9 Mill. Mark hereinholen. Wie der Kieler Vertreter sagte, konnte durch die Hereinnahme dieses Auftrages nicht nur die Entlassung von 200 Spezialarbeitern verhindert, sondern noch dieEinstellung weiterer 100 Arbeiter vorgenommen werden.

Zu den Interzonenhandelsbesprechungen, die wieder abgebrochen wurden, nahm der Leipziger Oberbürgermeister OPITZ Stellung. Er sagte, das Verhalten der westdeutschen Vertreter entspräche in keiner Weise der in ihren Zonen herrschenden Wirtschaftssituation. "Weil wir auf die Einheit bedacht sind, können wir nur mit Besorgnis die Haltung der westdeutschen Vertreter betrachten. Wir sind nicht auf die Lieferungen aus den Westzonen angewiesen. Die von uns benötigten Waren können wir ebenso gut aus den volkdemokratischen Ländern bekommen!"

Der Güterverkehr vom Westen nach Berlin verläuft reibungslos. Im Durchschnitt werden täglich 13 Züge an der Grenze der Ostzoneneisenbahn übergeben. Zwischen dem 4. und 10. Juli sind rund 54 000 t Kohlen auf dem Schienenwege befördert worden. Die Ugl. Rundschau befaßt sich heute in einem Artikel mit der Frage, warum unter diesen Umständen die Luftbrücke noch immer nicht aufgehoben wird. Sie verweist dabei auf die großen Gewinne, die die Amerikaner mit der Fortführung der Luftbrücke erzielten. Weiterhin bildete sie einen Vorwand für die Anlage von Flugplätzen für schwere Bomber sowie für die Ausbildung von Flugpersonal.

RESTRICTED

49/7 1979

No. 56

Presseberichte aus den Westzonen

Programm der Tatgemeinschaft. Das Programm enthält sechs Hauptpunkte, die fordern: volles Mitbestimmungsrecht berufsständischer Vertretungen bei der Gesetzgebung zur Überwindung des Parteimonopols, Verbot hauptamtlicher Tätigkeit in politischen Parteien oder Berufsvertretungen für die Abgeordneten aller Parlamente, Abbau der Behördenfunktionen, soweit sie nicht zur Aufrechterhaltung eines geordneten Gemeinschaftslebens notwendig sind, unabhängige Berufsbeamtete, denen parteipolitische Betätigung und Zugehörigkeit untersagt sind, sowie einen Richterstand und Hochschulen, die frei von weltanschaulichen und politischen Einflüssen sind.

Die Verantwortung für das öffentliche Leben soll lediglich unabhängigen Einzelpersonlichkeiten übertragen werden, die ihrem Gewissen und ihren Wählern Rechenschaft schuldig sind.

Allgem. Ztg. vom 16. 7. 1949

CUD. Die "Gemeinschaft Unabhängiger Deutscher" (CUD) bemüht sich gegenwärtig um eine Einigung mit dem Geistlichen Rat COBEL und dessen "Landesverband der Ostvertriebenen". Verhandlungen über ein gemeinsames Vorgehen bei den Bundestagswahlen sollen aufgenommen werden. - Die CUD will bei den Landtagswahlen keine eigenen Kandidaten aufstellen, sondern als Wählergemeinschaft mit einem Aufruf vor die Öffentlichkeit treten.

Die Welt vom 16. 7. 49

J. Kaiser über Berlin und Ostgebiete. KAISER erklärte dieser Tage, er halte es bei dem Ernst der Situation auch im Wahlkampf für einen Mißbrauch des nationalen Un Glücks, in den Fragen Berlin, der Ostzone und des deutschen Ostens eine propagandistische Haltung einzunehmen. Es gehe bei der gesamten Ostfrage um die Sorge für Deutschland und zugleich um die entschlossene Vorbereitung der endlichen Wiedervereinigung von Ost- und Westdeutschland. Auch sei eine deutsche Politik nicht denkbar, die nicht das Schicksal der deutschen Gebiete östlich der Oder-Weißelinie mit zum Kernstück ihrer Planung mache.

Es sei nur eine praktische Folgerung aus dieser Haltung, wenn er vor einigen Tagen für die Bundesregierung ein Amt oder Ministerium zur Vorbereitung der deutschen Einheit vorgeschlagen habe. Dieses Amt müsse eine zentrale Stelle sein, die Träger für die Sorgen um Ost- und Mitteleuropa werde und alle Maßnahmen und Entscheidungen der Bundesorgane in ihrer Wirkung auf die untreifere Hälfte Deutschlands abwäge und bewerte. - In Berlin ist die Festsetzung von Bonn als provisorische Hauptstadt mit Genugtuung aufgenommen worden, weil diese Unterstreichung des Provisoriums für die Berliner ein Beweis sei, daß man trotz allem mit der baldigen Vereinigung Gesamtdeutschlands rechne. Wollte man Berlin für seine weltpolitische Aufgabe in der Auseinandersetzung mit dem Kommunismus helfen, so müßten geordnete Wirtschaftsverhältnisse geschaffen werden. Berlin brauche die Bereitstellung langfristiger Investitionskredite, die Aufwertung der Gualtkonten. Berlin brauche auch die zugesagten Mittel für die Blockadehilfe, und zwar zumindest die unverzügliche Bereitstellung der ersten Rate von 20 Mill. Mark. Nachdem die berechnete Hoffnung, voll in den deutschen Kernstaat einbezogen zu werden, sich leider nicht erfüllt habe, sollte Berlin wenigstens wirtschaftlich als gleichberechtigtes Land anerkannt und in den Marshallplan einbezogen werden. - Momentan stehe das Problem des Wirtschaftsverkehrs zwischen West- und Ostdeutschland im Vordergrund. Die Körperschaften der SBZ seien auf illegalem Wege oder durch Ernennung der sowjet. Bes. Macht zustande gekommen. Deshalb dürften sie durch Verhandlungen mit den demokratischen Organen Westdeutschlands keinesfalls legalisiert werden, denn das hieße, die Spaltung Deutschlands anzuerkennen. Wirtschaftsverhandlungen und Kompensationsverträge könnten jedoch nicht abgelehnt werden; denn die Ostzonenbevölkerung braucht Konsumgüter und Lebensmittel. - Jenseits der Oder-Weißelinie sei eines der reichsten europäischen Wirtschaftszentren seiner europäischen Aufgabe entzogen. Der Wert der Produktionsmittel in den von Polen verwalteten deutschen Ostgebieten sei auf 9,5 Mill. Dollar geschätzt worden. Wäre es nicht möglich, daß eine internationale Körperschaft in diesen Gebieten eine Bilanz des gegenwärtigen Zustandes aufnimmt? Deutsche und Polen müßten an dieser Körperschaft beteiligt sein. Sie könnten den vollen Einsatz der Wirtschaftskräfte dieser Gebiete im europäischen und im deutschen Sinne sichern.

Allgem. Ztg. vom 16. 7. 49

18/7/49

No. 55

Presseberichte aus den Westzonen  
=====

Wirtschaftspolitik Dr. ERHARD's. Von der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU sind auf einer Pressekonferenz neue Leitsätze zur Wirtschaftspolitik, zur Sozialpolitik, zur Landwirtschaftspolitik und zum Wohnungsbau bekanntgegeben worden. Die Leitsätze sind auf der Grundlage des Ahlener Programms der CDU vom Jahre 1946 aufgebaut, das damit erweitert und vervollkommenet wurde.

Prof. ERHARD gab zu Beginn einer stündlichen Rechenschaftsbericht über seine Wirtschaftspolitik. Er sagte, unter dem Druck eines echten Leistungswettbewerbs in völliger Umkehrung des Wirtschaftsbildes, das noch vor der Währungsreform bestanden habe, dränge heute die Ware bei einer sich stetig verbessernden Qualität und sinkenden Preisen zum Markt und lasse den begehrten und umworbenen Verbraucher zum wahren Herrn der Wirtschaft werden. Nicht die Währungsreform, sondern die Frankfurter Wirtschaftspolitik habe die deutsche Währung mehr und mehr gesundet und aus einer fehlerhaft konstruierten eine aus inneren Kräften stabile Währung werden lassen. Wenn die Sozialdemokratie heute mit penetranter Aufdringlichkeit bemüht sei, sich von dem Verdacht zur Verteidigung der Zwangswirtschaft zu befreien, so müsse dieser Versuch als historische Lüge gebrandmarkt werden, denn schon bei den vorbereitenden Gesetzen zur Währungsreform und Marktwirtschaft und auch später bis in die jüngste Gegenwart hätten sämtliche Maßnahmen des Wirtschaftsrates zur Auflockerung oder Aufhebung der Zwangswirtschaft gegen den härtesten Widerstand der sozialdemokratischen Fraktion in Kampfabstimmungen erzwungen werden müssen.

Die destruktive Kritik an der Frankfurter Wirtschaftspolitik ziele darauf ab, den neu entfachten Funken der Zuversicht, der im Volke entstanden sei, wieder auszutreten, um das Volk in dumpfer Verzweiflung zu halten, denn nur müde Menschen unterlägen dieser Art von Propaganda und nur die Hoffnungslosigkeit könne der Bürokratie zu neuem Leben verhelfen. Volk und Staat vor dieser ungeheuren Gefahr zu schützen, erachte die CDU/CSU als ihre vornehmste soziale und politische Pflicht.

Arbeitsmin. STORCH erklärte, die Zeit der Treuhänder der ARBEIT und der von ihnen geschaffenen Tarifordnungen sei vorüber. Es komme nun darauf an, dafür zu sorgen, daß wieder eine gerechte Bewertung der im Gesamtinteresse geleisteten Arbeit vorgenommen werde. Der Weg sei frei für einen gerechten Lohn und angemessene Arbeitsbedingungen. Dieses Ziel könne nur erreicht werden, wenn sich die sozialen Partner nicht in Klassenkämpferischen Theorien gegenüberständen. Das Ziel der nächsten Epoche müsse es sein, eine Wirtschaftsdemokratie zu erreichen, in der Arbeitgeber und Arbeitnehmer die Dinge gemeinsam so gestalteten, daß sich alle Beteiligten als sozial und gerecht behandelt sähen. Eine der wesentlichsten Aufgaben des kommenden Bundesparlaments werde es sein, eine Sozialversicherung zu schaffen, die nicht auf dem Grundsatz der sozialen Fürsorge des Staates, sondern auf einem klaren Rechtsanspruch der arbeitenden Menschen an die Wirtschaft aufgebaut sei.

Allgem. Ztg. vom 16. Juli 1949

Wahlabkommen WAV - Neubürgerbund. Zwischen der WAV und dem Neubürgerbund wurde ein Wahlübereinkommen abgeschlossen. Der Neubürgerbund wird, wie LORITZ erklärte, seine Wähler auffordern, nur die Kandidaten der WAV bei den Wahlen zum Bundestag zu unterstützen. Der Landesvorsitzende des Neubürgerbundes, GOETZENDORF, und sein Stellvertreter, der Bürgermeister TICHI, werden auf der Landesliste der WAV kandidieren. Prominente Mitglieder des Neubürgerbundes sollen ferner der WAV beigetreten sein, jedoch will Loritz vorläufig noch keine Namen nennen. Das Wahlabkommen bedeute den Zusammenschluß der Einheimischen, "Wahlhelfer", Ausgebombten und Kriegsgeschädigten unter der "großen Parole WAV". Loritz behauptete, daß in Mittel- und Oberfranken größere Teile der CSU ihren Beitritt zur WAV mitgeteilt haben.

Süddt. Ztg. vom 16. Juli 1949

Gegen die von Prof. Erhard interpretierten wirtschaftspol. Leitsätze der CDU wandte sich Dr. NOELTING. Er kritisierte besonders die von Erhard angegebene Höhe der zu erwartenden Kredite. Dies sei auch in Bank- und Wirtschaftskreisen skeptisch aufgenommen worden. Die Eisen- und Stahlindustrie werde z.B. statt 300 Mill. nur 35 Mill. DM erhalten, und der Arbeitsstock verfehle statt über 300 - 400 Mill. lediglich über 18 Mill. DM für Kreditzwecke. Wenn Prof. Erhard von geballten Kreditmassen spreche, müsse er, so sagte Noelting, immer an die von Hitler angekündigte "unuerwartete" denken. Es gehe heute nicht darum, ob, sondern wie die Wirtschaft gelenkt werden soll: profitwirtschaftlich oder bedarfsdeckungswirtschaftlich. Die schwache Kaufkraft der Arbeiter sei als "erster Vorstoß" einer ech-

15/7/49

No. 54

Presseberichte aus den Westzonen

Drei neue politische Gruppen haben sich in den letzten Tagen in Nordrhein-Westfalen gebildet. Alle drei Gruppen bezeichnen den "Kampf gegen die lizenzierten Parteien" als Hauptpunkt ihres Programms und beschweren sich über deren "oktrinäre Haltung". Sie beschuldigen ferner die lizenzierten Parteien der Absicht, eine Parteidiktatur in Deutschland einführen zu wollen. Bei diesen drei Gruppen handelt es sich um die "Gemeinschaft unabhängiger Deutscher", geleitet von J. von OSTAU, die "Tatgemeinschaft parteifreier Deutscher", geleitet vom Geistlichen Rat OEBEL, und die "Gemeinschaft freier Wähler", geleitet von Anton WELSHEIMER. - Sowohl von Ostau als auch Göbel haben bei der Mil.Reg. um die Lizenzierung ihrer Gruppen als Parteien nachgesucht. Beide beabsichtigen ferner, nach erfolgter Lizenzierung Kandidaten für die Bundestagswahlen zu nominieren. Bis jetzt ist über die Lizenzierungsanträge noch nicht entschieden worden. Es wird jedoch als unwahrscheinlich bezeichnet, daß von Ostau eine Lizenz bekommt.  
Die Neue Ztg. vom 15. Juli 1949

Ähnlich dem Außenhandelsbeirat, wenn auch etwas anders konstruiert, soll für die Wirtschaftsverwaltung ein kleines ständiges Gremium gebildet werden, das der Beratung, Koordinierung und der Verbindung mit der Wirtschaft dienen soll. Als Mitglieder werden genannt: vom Wirtschaftsrat Dr. E. Bungartz und Dr. P. Bleiß, aus der Industrie Dir. Petersen und Dir. Friedrich und aus der Verwaltung für Wirtschaft die Leiter der Hauptabteilungen wirtschaftspolitik, Binnenschifffahrt und Außenhandel, nämlich Dr. Rämisch, Dir. Graf und Freiherr von Saltzan.  
Wirtschafts-Ztg. vom 13. Juli 1949

Wahlprogramm der Zentrumsparlei. Die Deutsche Zentrumsparlei sieht ihre Hauptaufgabe in dem Kampf für die Sicherung der menschlichen Grundrechte. Die Auseinandersetzungen um das Elterrecht sollen jedes konfessionellen Charakters entkleidet werden. Ganz allgemein glaubt die DZP, auf die naturrechtlichen, effektiven Freiheitsrechte der Menschen im Grundgesetz nicht verzichten zu dürfen. Hierzu gehört auch der Schutz des ungeborenen Lebens.  
Die DZP will die Möglichkeit eines Volksentscheides allgemeiner Art im Grundgesetz eingebaut wissen. Erst dadurch werden alle Möglichkeiten eines demokratischen Staates gegeben sein. Zum Schutz gegen Mißbrauch eines Volksentscheides soll das Gesetz vorsehen, daß mindestens 10 v.H. des Volkes diesen beantragen müssen. - Die DZP wünscht die Bildung eines gesamtdeutschen Staates. Sie erkennt aber auch die Gefahren bei einer Vereinigung von West- und Ostdeutschland. Kollektivistische Elemente können dabei Eingang in die Verfassung finden. Sie fordert daher als Voraussetzung: Freie Wahlen in der Ostzone und die Anerkennung der Freiheit des Individuums. Das Verbleiben der Besatzungsmächte in Westdeutschland bietet eine Sicherung gegen die halb-militärische Ostzonenpolizei. Eine Einigung der Alliierten über Deutschland trägt die Gefahr in sich, daß ein Kompromiß auf dem Rücken der Deutschen geschlossen wird. Die DZP bejaht die Bestrebungen der Europa-Union, wenn dieser auch nur eine begrenzte Bedeutung zukommt, denn die Europa-Union kann das Aufkommen neuer Kriege nicht verhindern. Nur ein Weltparlament, von den Völkern gewählt, kann den Frieden der Welt gewährleisten, daher unterstützt die DZP die Arbeiten des Weltbürgertums.  
Die DZP stellt gewisse Postulate auf: Wille zur Familie, Wille zum Kind. Hierfür will sie die materiellen Gegebenheiten schaffen. Durch ihre fortschrittliche Sozialpolitik will sie den Menschen so stellen, daß er ein menschenwürdiges Dasein hat. 300 000 Wohnungen können und müssen im Jahr gebaut werden. Die Ostvertriebenen sollen, nach Landsmannschaften zusammengefaßt, in geschlossenen Siedlungen eine neue Heimat finden. Den Flüchtlingen soll die Möglichkeit gegeben werden, die Industriezweige ihrer Heimat in diesen neu zu errichtenden Zentren wieder aufzubauen. - Die DZP fordert die Überleitung der Grundstoffindustrien in Gemeinbesitz. -- Bei der SPD kritisiert die DZP das Unvermögen der Toleranz. In der CDU stehen Kräfte, die das Rechte wollen, bei der heterogenen Gestalt dieser Partei aber ist immer wieder ein Auseinanderklaffen zu beobachten.  
Die Neue Ztg. vom 11. Juli 1949

RESTRICTED

1417/4

No. 53                      Presseberichte aus den Westzonen  
=====

National-Union? Auf einer Besprechung der Mitglieder der Strasserbewegung in Nordrhein-Westfalen ist unter dem Vorsitz des Architekten GIESEN, der der Beauftragte Otto Strassers in Nordrhein-Westfalen ist, der Beschluß gefaßt worden, unmittelbar nach den Bundeswahlen einen Antrag auf Lizenzierung einer Partei zu stellen, die am 11. September in Düsseldorf unter dem Namen "National-Union" gegründet werden soll. Zum Programm der Partei werde gesagt, daß sie sowohl antikapitalistisch als auch antikommunistisch ausgerichtet werde. Der Vorstoß, den Joachim von Ostau in Godesberg gemacht habe, werde deshalb begrüßt, weil er geeignet sei, die große Masse der bürgerlich-reaktionär eingestellten zu absorbieren. Das gebe der Strasserbewegung die Möglichkeit zu arbeiten, ohne von solchen Kräften belastet zu sein.  
Allgem. Ztg. vom 12. Juli 1949

Im Namen des "Blocks der Heimatvertriebenen", der sich in München konstituierte, protestierte der Landesvorsitzende des "Neubürgerbundes", Günther von GOETZENDORF in einem Telegramm an Mr. McCloy gegen das Verbot der Flüchtlingswahlkreise in Bayern. Wenn man nicht in letzter Minute noch Abhilfe schaffe, würden sich die Ausgewiesenen unweigerlich extremen Parteien zuwenden.  
Staat. Ztg. vom 9. Juli 1949

FDP. Minister BLUECHNER eröffnete den Wahlfeldzug der Demokratischen Partei Südbaden in Baden-Baden. Er erklärte, das Bonner Grundgesetz und die Westdeutsche Republik seien eine Zwischenstation auf dem Wege zu einem Gesamtdeutschland, das nicht nur die sogenannte Ostzone umfassen solle, sondern auch jene Gebiete jenseits der Oder und Neiße, die nun einmal unzweifelhaft deutsch seien. Die im Interesse des Friedens ausgesprochenen Forderungen auf deutsche Gleichberechtigung soll man nicht als Nationalismus auslegen. Die rückgewandte Außenpolitik gewisser alliierter Mächte könne die Welt erneut vernichten. Der eigentliche politische Sinn des 14. August sei es, die französische Zone endgültig aus der Gefahr einer Abspaltung zu erlösen und Deutschland in den drei Westzonen weiterhin wirtschaftlich und sozial so zu festigen, daß auch den Satellitenstaaten im Südosten gezeigt werde, wo und wie ein Volk besser gedeihe. Ein ausgeprägtes Mehrheitswahlrecht in Deutschland würde zu einer weltanschaulich untermauerten regionalen Aufspaltung mit einer Diktatur der SPD im Norden und einer Diktatur der CDU im Süden führen. Als gläubiger Katholik sei er gegen das Hineinziehen religiöser Fragen in den Wahlkampf. Die Propaganda gegen das Wählen gehe in erster Linie von den Neo-Nationalisten im roten Gewande aus, die die Bedeutung des in Bonn erzielten Fortschrittes für Gesamtdeutschland herabsetzen wollten.  
Allgem. Ztg. vom 13. Juli 1949

DU. Der Vorstand der Deutschen Union hat für den Wahlkampf die Bildung von überparteilichen Propaganda-Überwachungsausschüssen für jeden Wahlkreis vorgeschlagen und angeregt, einige grundsätzliche Fragen zum Zwecke einer vergleichenden Beurteilung der Kandidaten zu stellen.

Zum Vorschlag der Propaganda-Überwachungsausschüsse erklärt die Deutsche Union, die zur Zeit üblichen Propagandamethoden der deutschen Parteien seien nicht geeignet, eine objektive Meinungsbildung der Wähler zu gewährleisten. Sie vernachlässigten vielmehr die Spielregeln eines fairen Wettbewerbs, führten zu einer unheilvollen Reaktion der Auseinandersetzung und verhärteten damit weiter die verschiedenen Fronten. Zu den Fragen, die den einzelnen Kandidaten gestellt werden sollen, gehören: Was werden Sie zur Beseitigung der Erwerbslosigkeit tun? Beabsichtigen Sie, für eine Steuerreform einzutreten? Beabsichtigen Sie, Sozialisierungsanträge einzubringen, wenn ja, welcher Art und welchen Umfangs? Werden Sie sich für eine föderalistische oder zentralistische Ordnung einsetzen?

Die Kölner Kreisgruppe der Deutschen Union hat entsprechende Briefe an sämtliche örtliche Parteien gerichtet, auf die sie bis jetzt noch keine Antwort erhalten hat.

Allgem. Ztg. vom 14. 7. 1949

RESTRICTED

RESTRICTED

No. 173

Auszüge aus Presseberichten

Porzellanmanufaktur Berlin. Im englischen Sektor Berlins hat die Staatliche Porzellanmanufaktur ihren Sitz. Im Kriege wurden 75 % der Werkanlagen völlig zerstört. Bis zur Währungsreform gelang es, die noch vorhandenen Gebäude zu restaurieren. Nach Einsetzen der Blockade war das Unternehmen zu Entlassungen und Kurzarbeit gezwungen, so daß sich der Beschäftigungsstand auf 100 Köpfe reduzierte. Nach Aufhebung der Blockade arbeitet die Fabrik wieder 40 Std. wöchentlich an der Herstellung von chemisch-technischem und Gebrauchsporzellan. Die Absatzgebiete der Ostzone gingen verloren. Für chemisch-technisches Porzellan ist Westdeutschland Hauptabnehmer. Gebrauchsporzellan wird zumeist in Berlin abgesetzt. Zum weiteren Aufbau sind langfristige Kredite notwendig. Für technische Porzellanartikel liegen umfangreiche Exportanfragen aus den nordischen Staaten, Holland, Italien und den Balkanländern vor. In Südamerika besteht großes Interesse für Kunstporzellan der Manufaktur. Kohlen, Rohstoffe und Strom hat das Werk ausreichend. Kaolin liefern dem Unternehmen gehörende Gruben in Sachsen-Anhalt.

Allgem. Ztg. vom 12. Juli 1949

Oberschlesien. Im ober-schlesischen Industriegebiet wird in drei Schichten - wochentags wie sonntags - gearbeitet; denn Kohlen bedeuten Devisen. In der Außenhandelsstatistik steht die Kohlenausfuhr mit 50 v.H. weitaus an erster Stelle und man versucht, diesen Hundertsatz noch zu steigern. - Oberschlesien war eines der wertvollsten deutschen Industriegebiete. Trotz der Abtretung 1921 verließen dem Reich noch über 3 Mrd. Tonnen abbaufähiger Kohlenvorräte. Die deutschen Hochöfen, Gießereien und Walzwerke Schlesiens gehörten zu den modernsten Europas. Dieses Gebiet ist fast unversehrt in die Hände der Polen übergegangen, die besonderen Wert auf den raschen Wiederaufbau bzw. Ausbau der Riesenwerke legen. Etliche Unternehmen aber, bes. die während des Krieges errichteten Werke zur Erzeugung synthetischen Treibstoffes, konnten sie nicht übernehmen. Nach dem Einrücken der Russen wurden die Treibstoffwerke Odertal und Blechhammer demontiert. Das Hydrierwerk in Odertal und das auf dem gleichen Komplex liegende Elektrizitätswerk wurden ebenso wie das Hydrierwerk am Bahnhof Ehrenvorst ausgeschlachtet. Die verbliebenen Reste der Werkanlagen werden mit aus Zentralpolen herangeschafften Maschinen jetzt wieder betriebsfähig gemacht. Besondere Förderung erühen die ober-schlesischen Kohlengruben, und man versuchte mit allen Mitteln, durch Lohnerhöhungen, Sonderzuteilungen von Nahrungsmitteln eine Produktionssteigerung zu erreichen. Selbst Flöze von 30 bis 35 cm Mächtigkeit, an die man früher aus Rentabilitäts-erwägungen nicht herangegangen war, werden ausgebeutet. Menschen spielen dabei keine Rolle. Sie müssen 8 bis 10 Std., oft auf dem Bauche liegend, arbeiten, um ihr Soll zu erfüllen. Bei dem gewaltigen Abbau-tempo werden Sicherungen unter Tage vernachlässigt, so daß die Zahl der Unfälle erheblich ansteigt. Dank aller Anstrengungen liegt die Förderleistung in Oberschlesien um 26 v.H. höher als 1939. Die Arbeiterschaft vergrößerte sich gegenüber der Vorkriegszeit um ein Drittel, jedoch sank die durchschnittliche Arbeitsleistung des Einzelnen, was auf die Aussiedelung von 80 v.H. der ortsansässigen Bevölkerung in den deutschen Gebieten zurückzuführen ist. - Überall wird mit Hochdruck gearbeitet. In der früheren Bismarck-Mitte, jetzt Huta Batory, stanzen mächtige Dorne aus riesigen Stahlblöcken nahtlose Röhren. In der früheren Königshütte werden zentimeterdicke Panzerplatten geschmiedet. Die Baildon-Mitte stellt aus einer gemainen Stahlegierung neuartige Granaten mit größerer Durchschlagskraft her. Neben Kriegsgeräten werden jedoch auch Traktoren, Lokomotiven und Eisenbahnwaggons, Eisenbahnschienen, Walzbleche und Turbinengehäuse produziert. Oberschlesien leistet einen erheblichen Beitrag für den Auf- und Ausbau eines neuen Industriegebietes, das am Fuße der Karpathen im sogenannten "Projekt bezpieczenstwa" zwischen San und Leichsel entsteht. --- Die Städte tragen alle polnische Namen. Während in Kattowitz und Gleiwitz nur geringe Zerstörungen verursacht wurden, hat sich das Stadtbild von Oppeln und Ratibor so stark verändert, daß es kaum wiederzuerkennen ist. Hier, wo ein großer Teil der Bevölkerung sowohl die polnische als auch die deutsche Sprache beherrscht, hatten die dort verbliebenen Deutschen besonders unter Verfolgungen zu leiden. Nur einige wenige blieben nach Annahme der polnischen Staatsangehörigkeit in der Heimat und tristen ein wenig beneidenswertes Dasein.

Christ und Welt vom 30. Juni 1949

RESTRICTED

5/7/49

No. 166

Auszüge aus Presseberichten

Laut Beschluß der DWK werden alle "Spekulationsverbrechen" wie Warenhortung, der Verkauf von Waren zu Schwarzpreisen und gesetzwidrige Geschäfte mit Zahlungsmitteln aller Art, die zum Schaden der geltenden Währung beitragen, künftig mit Zuchthausstrafen von drei Jahren bis lebenslänglich geahndet.  
Die Neue Ztg. vom 5. Juli 1949

Reparationen. Die BMW-Werke in Eisenach, die als SAC "Awtovelo" firmieren, stellen monatlich 350 Personenwagen mit 55-PS-Motoren her. 90 % der Produktion gehen als Reparationsleistungen an sowjetische Dienststellen oder in die SU. Der Preis für deutsche Kunden beträgt 12 000 Ostmark.  
Allgem. Ztg. vom 1. Juli 1949

Brunhilde EISLER, die Gattin des vor kurzem aus den USA geflüchteten Kommunisten G. Eisler, erklärte, nachdem sie in der Ostzone eingetroffen war, sie sei aus der alten Welt, dem Amerika von heute, in die Neue Welt, das heutige Deutschland, zurückgekehrt. In den USA sammelten sich die Reaktionäre aller Länder, die dort, wie auch die Nazis, mit offenen Armen empfangen würden. Im Gegensatz zu dem kriegshysterischen Amerika wirke es wie eine Befreiung, in Berlin und der Ostzone den friedlichen Aufbau zu erleben.  
Die Welt vom 30. Juni 1949

Einheitsversicherung. Dem neuen Sozialversicherungssystem in Berlin hat ein Befehl der sowjet. Bes. Macht an den damaligen provisorischen Magistrat zugrunde gelegen, bevor die Alliierte Kommandantur errichtet worden war. Ein entsprechender Magistratsentwurf wurde nach gewissen Änderungen ~~würde~~ im Juli 1945 vom dem russ. Verbindungsoffizier genehmigt. Nach dem Willen der Initiatoren soll weniger die Ausdehnung der Versicherungspflicht auf die gesamte Bevölkerung ein bevorrechtigtes Anliegen des sozialistischen Staates sein; vor allem soll die Konzentration von Geld und Macht als Mittel zur Neuordnung der Gesellschaft, zur Weiterführung des Klassenkampfes und zur Ausschaltung kapitalistischen, individuellen Denkens dienen. Die verantwortlichen Funktionäre der öffentlichen Sozialverwaltung und der Versicherungsanstalt Berlin haben auch diese Tendenz ihrer Gesundheitspolitik bisher nicht geleugnet. Sie sind ferner dafür verantwortlich, daß der Streit um eine Neugestaltung der Versicherungsanstalt zu einer politischen Auseinandersetzung Anlaß gegeben hat. Ein Schutzverband der Zwangsversicherten vertritt die Interessen der benachteiligten Zwangsmitglieder und der zu sozialisierenden Ärzteschaft. Denn es besteht kein Zweifel daran, daß eine einzige öffentliche Sozialversicherungsanstalt ihre Monopolstellung gegen die Versicherten und die Heilberufe rücksichtslos ausnutzt. -- Die neu der Versicherungspflicht unterworfenen Mitglieder machten großzügig von dem Sozialversicherungsschutz Gebrauch, um wenigstens einen angemessenen Gegenwert für ihre hohen Beiträge zu erhalten. Es hat den Anschein, daß die Einnahmen, die aus der Beitragspflicht der Zwangsversicherten gewonnen werden, hinter den Leistungsaufwendungen für diese Kreise zurückbleiben. Heute werden etwa 96 % der Berliner Bevölkerung von der Versicherungsanstalt Berlin betreut, wobei allein die Zahl der Rentner auf mehr als 400 000 gestiegen ist. Die Ausgaben für gesundheitliche Leistungen stiegen weit schneller als die Mitgliederzahlen. Die monatlichen Gesamtausgaben verdoppelten sich bereits im ersten Jahr und erhöhten sich im Jahre 1947 nochmals um 40 %. Während die frühere Bln. Allgemeine Ortskrankenkasse mit einem Beitragssatz von 6 % der Bruttolöhne auskam, verbraucht die Versicherungsanstalt Bln. allein für die Krankenversicherung das Doppelte. Da bereits 12 % des 20 fügen Beitrags für die Krankenversicherung absorbiert sind und 4 % für die Arbeitslosenunterstützung abgeführt werden müssen, reicht der Rest nicht für die Rentenversicherung. Fachleute versichern, daß die Beibehaltung der Einheitsversicherung und des Versicherungszwanges für alle Einwohner in Zukunft mindestens 33 1/3 % aller Einkommen und Löhne als Umlage für die Versicherungsanstalt Berlin erfordern würde, wenn alle Risiken gedeckt werden sollen. Das würde eine weitere Verarmung aller Erwerbsfähigen nach sich ziehen. Überdies könnte der Staat bestimmen, wann und in welchem Umfang der einzelne Staatsbürger ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen dürfte, welche Heilmittel die Ärzte verordnen dürfen und wie lange der Staatsbürger arbeitsfähig ist.  
Wirtschafts-Ztg. vom 2. Juli 1949

RESTRICTED

RESTRICTED

No. 165

## Auszüge aus Presseberichten

\*\*\*\*\*

Oder-Weiße-Linie. Von den in der SBZ angesiedelten Flüchtlingen wird, unterrichteten Kreisen des Volkswirtschafts zufolge, in immer schärferer Form eine Revision der Oder-Weiße-Grenze gefordert. In öffentlichen Versammlungen, in denen für eine Anerkennung der neuen deutschen Ost-Grenze geworben wird, kommt es häufig zu Tumulten und zu Gegenkundgebungen der Umsiedler. In verschiedenen Städten Mecklenburgs, wo SED-Kundgebungen für eine "Freundschaft zum neuen Polen" durchgeführt wurden, hätten die in großer Zahl erschienenen Flüchtlinge die Versammlungen gestört. Von der SED werde eine Revision der Oder-Weiße-Grenze als gleichbedeutend mit dem Beginn eines neuen Krieges hingestellt.

SAZ vom 1. Juli 1949

Interzonenhandel. Seit Aufhebung der Gegenlockade ist trotz des Fehlens eines Wirtschaftsabkommens der Warenverkehr zwischen der amerikanischen Zone und der SBZ in größerem Umfang angelauten. Auf privater Basis sind zwischen Bayern und Sachsen namentlich Veredelungsgeschäfte getätigt worden. Es wurden z.B. Kunstseide, Zellwolle und Textilabfälle geliefert, um dafür Damenstrümpfe, Herrensocken und Scheuertuchgarne zu erhalten. Praktisch spielt sich das so ab, daß etwa der Wert einiger Tonnen Kunstseide sofort in Strümpfen abgedeckt wird. Wenn nach einigen Wochen die dem Rohmaterial entsprechende weitere Menge Strümpfe herüberkommt, wird der DM-Preis gutgeschrieben, für den die Sowjetzonen-Partner in Bayern kaufen können. Auf diese Weise dürfte u.a. der Absatz unseres Graphitbergbaus erleichtert worden sein. Man hat den Eindruck, daß die SBZ in weit höherem Maß als vordem bereit ist, Maschinen, Ersatzteile u.a. hier gesuchte Güter zu liefern, weil sie Westmark braucht. Andererseits haben seit der Währungsreform auch die westdeutschen Firmen mehr Interesse am Interzonenabsatz. Eine Schwierigkeit liegt darin, daß auf Gebieten, auf denen Deutschland schon immer eine große Kapazität hatte, die westdeutsche Industrie nicht sonderlich gerne Lieferungen von jenseits der Zonengrenze sieht (z.B. bei Spezialglas). Im allgemeinen werden die Preise der SBZ etwas billiger als die westdeutschen sein müssen, da das Interzonengeschäft immerhin ein zusätzliches Risiko birgt. Wenn davon ein gewisser Druck zu scharfem Rechnen auf unseren Markt ausgeht, so liegt das in der Richtung der Frankfurter Wirtschaftspolitik. An sich wird die DMK bestrebt sein, die höchstmöglichen Beträge an Westwahrung zu erlösen. Nach den großen Demontagen scheinen in der SBZ in gewissem Umfang neue Kapazitäten geschaffen worden zu sein, denen es nun an Material fehlt. Der Umfang des Interzonenhandels wird gegeben sein durch die Absatzmöglichkeiten, die die SBZ für ihre Produkte in Westdeutschland findet.

Südt. Ztg. vom 30. Juni 1949

Tatsachenbericht aus Breslau. Die Stadt wurde in monatelangem freiwilligem Einsatz der poln. Bevölkerung zum größten Teil von Schutt befreit. Außerdem wurden ca. 20 000 Häuser wieder aufgebaut bzw. instand gesetzt. 17 Straßenbahnlinien und 13 Autobuslinien verbinden das Zentrum der Stadt mit den Vororten. - 38 km Eisenbahnschienen wurden neu gelegt und 31 km ausgebessert. Darüber hinaus wurden die beschädigten Wahrzeichen der Stadt zum größten Teil wieder instand gesetzt. - Der Lebensstandard ergibt sich aus dem Verhältnis zwischen Lohn und Preis. Im allgemeinen sind alle Lebensmittel um 20 und mehr % billiger als in Deutschland. Obwohl der Zloty in den ersten Friedensjahren stark an Wert verlor, blieben die Vorkriegsmieten unverändert. Der Staat, der die großen Lohnbaugesellschaften in Volkseigentum überführte, hält an ihnen fest. Die Bevölkerung ist durchweg gut angezogen. Kleidung erhält jeder Berufstätige durch seinen Betrieb. Jeder Arbeitende bekommt jährlich drei Anzugstoffe zu je 30,- DM und ein Paar Schuhe, die ungerechnet 10,- DM kosten. Alle Preise weisen fallende Tendenzen auf. Textilien reduzierte man unlängst um 50 %. Das Durchschnittseinkommen liegt bei 25 000 Zloty, also 250,- DM. Arbeitende erhalten Lebensmittelkarten, die zum Einkauf von Lebensmitteln zu ermäßigten Preisen berechtigen. Für erholungsbedürftige Arbeiter übernimmt der Staat die Kosten eines 4 bis 6 wöchigen Aufenthaltes in Kurorten.

Neue Volks-Zeitung vom 22. Juni 1949

RESTRICTED

30/6/49

No. 164                      Auszüge aus Presseberichten  
=====

Nach einer Verordnung der Wirtschaftskommission der Ostzone können Apotheken in den Ländern der sowjetischen Besatzungszone künftig nur noch als "staatliche Einrichtungen" etabliert werden. Das "Apothekenprivileg" wird aufgehoben. Der Inhaber einer Apotheke ist, behält seinen Betrieb bis zu seinem Lebensende, aber Witwe und Kinder können das Apothekenrecht nicht mehr erben und die Apotheke nicht mehr verpachten. Nach dem Tod des Apothekers wird die Apotheke durch Abfindung Landesapotheke.

Allgem. Ztg. vom 29. Juni 1949

Berliner Haushaltsplan. Der Ostsektor Berlins hat jetzt einen einheitlichen Volkswirtschaftsplan, und der Haushalt steht unmittelbar im Dienste dieses Plans und wird einen wesentlichen Beitrag zu seiner Durchführung liefern. 30 % aller Nettoausgaben des Haushalts, und zwar in der Höhe von 294 Mill. Mark, sind für langfristige Anlagen und die Kapitalausstattung der volkseigenen Wirtschaft bestimmt. Der Haushalt sieht einen Überschuß von 22 Millionen Mark vor, und die Ergebnisse der ersten Monate lassen hoffen, daß dieser Überschuß in Wirklichkeit noch größer sein wird. Die Finanzlage ist so gesund, daß man in Ostberlin auf die im Arbeitsprogramm des Magistrats vorgesehene Anleihe vorerst verzichten und andererseits das veranschlagte Wohnungsbauprogramm um weitere 1 000 Wohnungen erweitern kann.

Tgl. Rundschau vom 17. Juni 1949

Deutsches Wirtschaftsinstitut. Das Sekretariat der DWK stimmte dem Vorschlag der Deutschen Verwaltung für Volksbildung zur Errichtung eines Deutschen Wirtschaftsinstitutes zu. Die grundlegenden Aufgaben des Deutschen Wirtschaftsinstitutes bestehen in der Förderung und Entwicklung der Friedenswirtschaft des demokratischen Deutschland, in der Erforschung und Analyse der Wirtschaftslage in Deutschland und allen anderen Ländern sowie in der theoretischen Ausarbeitung einzelner wirtschaftlicher Probleme.

Zur allgemeinen Bekanntgabe seiner Arbeiten wird das Deutsche Wirtschaftsinstitut eine Zeitschrift und besondere Veröffentlichung herausgeben. Außerdem wird das Institut die Ergebnisse seiner Forschungstätigkeit interessierten Organisationen durch Gutachten und Spezialanalysen zur Verfügung stellen. Bei dem Institut wird eine Bibliothek für Wirtschaftsliteratur eingerichtet.

Neues Deutschland vom 15. Juni 1949

Zwischen dem thüringischen Ministerium für Volksbildung und dem Verband der Jungen Pioniere ist eine Vereinbarung getroffen worden, nach der an jeder Grundschule mit mehr als 900 Kindern ein hauptamtlicher Pionierleiter angestellt und die Schüler selbstverwaltung von den Jungen Pionieren übernommen wird.

Neues Deutschland vom 14. Juni 1949

Bln. Industriebank. Die "Berliner Industriebank" wurde am 27. Juni 1949 in einer konstituierenden Versammlung gegründet. Aufgabe des Instituts ist es, die Berliner Industrie mit mittel- und langfristigen Krediten zu versorgen. Die Bank übernimmt gleichzeitig die Warenverrechnungsstelle, die bisher der Berliner Währungskommission unterstand. Mit der Gründung dieser Bank ist die Voraussetzung für die Aufnahme des 50 - Mill.-Kredits geschaffen worden, den die Frankfurter Wiederaufbau-Bank der Berliner Wirtschaft einräumen will.

Allgem. Ztg. vom 29. Juni 1949

Der Großhandel sei zu 80 bis 90 % in volkseigenem Besitz, wird aus der Hauptverwaltung Handel und Versorgung der DWK bekannt. In Berlin sei der Prozentsatz bedeutend geringer und läge gegenwärtig bei etwa 50 %. Der volkseigene Großhandel arbeite nach Feststellung der Hauptverwaltung zwar zur Zeit noch etwas teurer als der private Großhandel, durch Einsparungsmaßnahmen werde man jedoch demnächst diesen Zustand beseitigen.

Wirtschaftsrev. vom 24. Juni 1949

RESTRICTED

RESTRICTED

No. 45

Auszüge aus Rundfunkberichten

Sender Stuttgart vom 30. Juni 1949

Seit gestern abend sind über 80 Lastkraftwagen mit Nahrungsmitteln am Stadtrand von Berlin angehalten und beschlagnahmt worden. Lastwagen, die andere Güter geladen haben, dürfen passieren. - Der Lastkraftwagenverkehr nach Berlin soll neuen Beschränkungen unterworfen werden. Nach den neuesten Bestimmungen müssen die Papiere der Lastwagen einen Sichtvermerk des sowjetischen Kontrollpostens an der Grenze zwischen der Bizone und der Ostzone tragen. Man will damit verhindern, daß Nahrungsmittel aus der Ostzone in die Berliner Westsektoren eingeführt werden. An den Zufahrtsstraßen zu den Berliner Westsektoren sind sowjetische Truppen und bewaffnete deutsche Polizei aufgezo-gen, um alle für diese Sektoren bestimmten Obst- und Gemüsemengen zu beschlagnahmen.

Die alliierte Kommandantur hat die Durchführung von allgemeinen Wahlen für den Bundestag verboten. Die acht Berliner Delegierten für den Bundestag sind von der Stadtverordnetenversammlung zu wählen.

Die westdeutschen Regierungschefs haben den Wortlaut der am 20. Juni telegrafisch an die Konferenz der Außenminister in Paris gerichteten Protestnote zur Kriegsgefangenenfrage noch einmal schriftlich den westlichen Militär-ouverneuren übermittelt. Der Schritt erfolgte, weil deutscherseits noch keine Reaktion auf den seinerzeitigen Appell an die Außenministerkonferenz festgestellt werden konnte.

Die Delegierten der Postgewerkschaften der drei Westzonen haben die deutsche Postgewerkschaft gegründet, die über 140 000 Arbeiter, Angestellte und Beamte der Post umfassen wird. Berlin ist noch nicht eingeschlossen worden.

Die Tägliche Rundschau hat heute den Vatikan scharf angegriffen. Sie bezeichnete ihn als einen imperialistischen Feind der Werktätigen.

Alliierte Beamte nahmen heute zum Fall REMER Stellung. Sie erklärten, das deutsche Volk dürfe auf keinen Fall vergessen, daß er für ein großes Unglück verantwortlich sei. Man hoffe, daß er an neuer Stelle nicht weiteres Unheil verursache.

Die CDU und FDP haben beschlossen, den Wahlkampf in Hamburg gemeinsam zu führen.

Das belgische Außenministerium gab bekannt, daß die belgischen Besatzungstruppen aus Bonn zurückgezogen werden, um für die neue westdeutsche Bundesregierung Platz zu schaffen.

#### Kommentar von Heinz PRENTZEL:

Die Schweizer Zeitung "Die Weltwoche" schrieb vor einiger Zeit, daß vom Kominform der allgemeine Kampf gegen die katholische Kirche eingeleitet und daß der neue Vorstoß in der Tschechoslowakei nur als eine Episode in diesem Kampf anzusehen sei. Wenn man sich nun die jüngsten Ereignisse in der Tschechei ansieht, so stimmt alles für diese Auffassung. Das Kominform scheint die katholische Kirche von Rom trennen und eine eigene Kirche schaffen zu wollen, deren weitere religiöse Tätigkeit bequem von Moskau kontrolliert und gelenkt werden kann. Die Einzelheiten dieses Kampfes, die Beschuldigungen und Anklagen gegen den Klerus usw. dienen dazu, Abtrünnige zu gewinnen. Die geistigen Grundlagen der beiden Kirchen haben allerdings nichts Gemeinsames; denn die KP forest mit Leib und Seele den ganzen Menschen für sich.

Der Westen hat viel gesündigt. Er hat es bis heute nicht vermocht, die persönliche Freiheit mit ausreichender sozialer Sicherheit zu verbinden. Tödlich ist es jedoch, die soziale Sicherheit mit der persönlichen Freiheit zu bezahlen. Daher ist der Kampf der Kirche zugleich ein Kampf um die Freiheit und Menschenwürde von uns allen. So wie die Einkerkelung Mindszentys und anderer Geistlicher ein schmerzlicher und unersetzlicher Verlust für alle Menschen war, so ist auch jetzt jede Verhaftung eines tschechischen Paters ein gleicher Verlust. Es fällt schwer, das auszusprechen, was die ausgewiesenen Sudetendeutschen nach 1945 erlitten haben. Auch die Geistlichkeiten gegen die Deutschen auch nicht ausdrücklich billigte, so hat sie sie doch leider geduldet. Doch wenn heute der ungleiche Kampf der Kommunisten gegen den Klerus die ganze westliche Welt berührt dann auch uns.

RESTRICTED

RESTRICTED 17/49

No. 44

Auszüge aus Rundfunkberichten

Sender Stuttgart vom 4. Juli 1949

Der hessische Finanzminister, Dr. HILPERT, äußerte sich über die Frage des Bundessitzes. Frankfurt oder Bonn als vorläufiger Bundessitz sei eine Frage der Zweckmäßigkeit und der Sparsamkeit in der Verwendung öffentlicher Mittel, aber keine parteipolitische Grundsatzfrage. Er schlug vor, die Ministerpräsidenten sollten sich auf ihrer Mittwoch-Sitzung entschließen, ihre Landtage einzuberufen und ihnen die Frage vorzulegen, ob Frankfurt oder Bonn vorläufiger Bundessitz sein solle.

Dr. ADENAUER wandte sich heute scharf gegen alle Bemühungen, Frankfurt zum Bundessitz zu machen. Er sagte, der Kampf der politischen Parteien um den Sitz der Bundeshauptstadt gegen den Beschluß des Parlamentarischen Rates nehme Formen an, die geeignet seien, allgemeines Gelächter auszulösen. Adenauer wies darauf hin, daß der Parlamentarische Rat seine Entscheidung nach gründlichen Überlegungen getroffen habe.

Auch der Vorstand der SPD gab eine Erklärung zur Wahl des Bundessitzes ab. Darin heißt es, daß nur der Bundestag die Befugnis habe, über den Bundessitz zu entscheiden.

WOHLEB erklärte, er könne aus dienstlichen Gründen an der Tagung des Hauptausschusses der Ministerpräsidenten am Mittwoch in Schlangenbad nicht teilnehmen. Auch Altmeier und Arnold haben ihr Erscheinen abgesagt. Auf der Tagesordnung steht die Frage der Bundeshauptstadt.

Der Organisationsausschuß für die Errichtung der Bundesministerien hat heute die dritte Arbeitstagung beendet. Es sprachen Dr. Schlange-Schönungen und Prof. Frohne. Dr. SCHLANGE-SCHOENINGEN erklärte anschließend vor Pressevertretern, er sei der Ansicht, daß seine Verwaltung in das entsprechende Bundesministerium übernommen werden müsse. Der Ausschuß schloß sich seinem Vorschlag an.

Die konstituierende Sitzung des von der Konferenz der Ministerpräsidenten eingerichteten Ausschusses für Finanz-, Haushalts- und Kassenwesen trat unter dem Vorsitz von Ministerpräsident Dr. Reinhold MAIER zusammen. Dr. Höpker-Aschoff gab einen Überblick über die Finanzpolitik der Bundesregierung. Von einer General-Aussprache wurde abgesehen. Es wurden drei Unterausschüsse gebildet, und zwar ein Verwaltungs- und Haushaltsausschuß und ein Ausschuß für Finanzausgleich. Diese haben die Aufgaben, alle Fragen nach der prestechnischen Seite hin zu klären und für eine Beschlußfassung des Gesamtfinanzausschusses vorzubereiten. Den Vorsitz in den Unterausschüssen wird Finanzminister Dr. KAUFMANN übernehmen.

Der Rundfunkrat des Süddeutschen Rundfunks trat heute zur konstituierenden Sitzung zusammen. Erster Vorsitzender wurde Landrat Dr. GAA, Schwetzingen.

Max REIMANN wird wegen guter Führung bereits am 22. Juli aus der Haft entlassen.

Alle Postzüge aus Westdeutschland, die für ein Postamt im amerikanischen Sektor bestimmt sind, werden in den russischen Sektor umgeleitet. Der Westberliner Magistrat hat die Westmächte gebeten, gegen die Umleitung Protest zu erheben.

Von heute an sind wieder Bahnsendungen nach Berlin und der SBZ zugelassen.

Der erste Flüchtlingstransport wird am Freitag von Sylt abfahren. Zunächst werden 300 Flüchtlinge in Württemberg-Hohenzollern aufgenommen.

Bernhard COERING erklärte auf dem Weltgewerkschaftskongreß in Mailand, die Gewerkschaften aller vier Besatzungszonen hätten sich für eine demokratische Gewerkschaftsordnung und ein einiges Deutschland ausgesprochen. Die Gewerkschaft könne sich jedoch nur in der Ostzone frei entfalten, da die Besatzungsmächte in Westdeutschland eine Kolonial- und Teilungspolitik betrieben.

Die Landwirtschaftsmin. des Vereinigten Wirtschaftsgebietes haben größere Fleischimporte angekündigt. In nächster Zeit könne mit erheblichen Schweine- und Geflügelfleisch-Einfuhren gerechnet werden.

RESTRICTED

RESTRICTED

30/6/49

## No. 48 Auszüge aus Rundfunkberichten

Sender Stuttgart vom 28. Juni 1949

Die ehemalige CDU/CSU Fraktion des Parlamentarischen Rates kam zur Erörterung aktueller politischer Fragen zusammen. Dr. Adenauer sprach über den Status des Parlamentarischen Rates.

Rau erklärte heute in der Täglichen Rundschau, die RBD werde die Eisenbahnen nicht maßregeln. Er versicherte, daß der Verkehr so schnell wie möglich aufgenommen werde.

WOHLER hat Vertreter der Interessengemeinschaft der heimatvertriebenen Deutschen in Baden empfangen und ihnen die wohlwollende Förderung der Landesregierung in Aussicht gestellt. Ein Sprecher der Flüchtlinge erklärte, daß sich die Flüchtlinge zur Wahrung ihrer Interessen zusammenschließen werden.

Das Volkswagenwerk in Wolfsburg hat die Produktion neuer Modelle angekündigt. Die Grundform des Volkswagens soll zwar bestehen bleiben, doch werden eine Anzahl von Verbesserungen vorgenommen. Zwei neue Typen sollen vom nächsten Monat an auf Serie gelegt werden.

Der kommunistische Ratsherr der Stadt Braunschweig Willi JADAU ist mit der Begründung aus der KPD ausgetreten, daß er im Hinblick auf die Terrormethoden innerhalb der KPD und der Entwicklung der SED-Politik nicht länger Mitglied der Partei bleiben könne.

Johann von ELMENAU wurde zum Nachfolger des von der bayerischen Staatskanzlei abberufenen Bevollmächtigten des Landes Bayern beim Länderrat in Frankfurt, Staatsrat Dr. SEELOS, ernannt. Seelos ist von der CSU zur Bayernpartei übergetreten.

Sender Stuttgart vom 29. Juni 1949

Schmidtke teilte mit, daß der S-Bahn-Verkehr morgen wieder aufgenommen werden soll. Die ersten Probezüge sind bereits gefahren. Auch der Zivil- und Güterverkehr soll morgen in vollem Umfang wieder durchgeführt werden.

HGO erklärte heute, daß die RBD Listen wünscht, die die Namen aller Streikenden enthalten. Zahlreiche Arbeiter sollen schon von der RBD entlassen worden sein. Als Grund hierfür wurde angegeben, daß der Arbeitsplatz in der Zwischenzeit von anderen Arbeitskräften besetzt worden sei. Den Entlassenen wurden Stellen in der russischen Zone angeboten.

Dr. KOEHLER stellte mit Bedauern fest, daß die Militärregierungen das Soforthillegesetz bisher noch nicht genehmigt haben. Er sagte, 500 bis 700 Mill. Mark hätten bereits ausbezahlt werden können, wenn das Gesetz schon im Januar genehmigt worden wäre.

In Stuttgart sind nach Kriegsende 52 000 Wohnräume wieder hergestellt worden. Oberbürgermeister Klett sagte, es sei nicht möglich, die Wohnbunker und Elendsquartiere zu räumen, weil sie ständig von illegalen Grenzgängern und Flüchtlingen belegt würden.

Der ehemalige Gen. Major REMER, der als Kommandant des Wachregiments von Berlin maßgeblich an der Vereitelung des Putsches vom 20. Juli 1944 beteiligt war, wurde vom Entnazifizierungsausschuß für vom Befreiungsgesetz nicht betroffen erklärt. In der Begründung wird ausgeführt, daß Remer niemals der Partei oder einer ihrer Gliederungen angehört habe.

In Bayern sollen Flüchtlinge und Einheimische getrennt abstimmen. Es sollen verschiedene Stimmzettel benutzt werden.

Aus Protest gegen die Verschleppung von Wiedergutmachung und Lastenausgleich will die VVN Bayreuth einen Marsch auf Frankfurt der Antifaschisten, Flüchtlinge, Kriegsversehrten und Fliegergeschädigten organisieren.

In Württemberg-Baden werden ab 1. Aug. drei neue SPD-Zeitungen erscheinen, und zwar die Württembergische Abendzeitung in Stuttgart, die Badisch-pfälzische Abendzeitung in Mannheim und das Neckar-Echo in Heilbronn.

Der Überleitungsausschuß der Ministerpräsidenten tritt am 1. Juli unter Vorsitz Dr. Gebhard MÜLLER'S zu seiner ersten Sitzung zusammen. Der Ausschuß wird solche gesetzgeberische Maßnahmen vorbereiten, deren Erlaß unmittelbar nach dem Zusammentreten des Bundestages besonders vordringlich erscheint.

5/7/49

No. 46

Presseberichte aus den Westzonen  
=====

Investitionen. Prof. ERHARD kündigte auf einer Wahlkundgebung der CDU an, daß für die deutsche Wirtschaft im dritten Quartal 1949 rund drei Milliarden Mark für langfristige Investitionskredite zur Verfügung gestellt werden. Davon sollen 600 Millionen Mark durch Marshallplan-Mittel, 1875 Millionen Mark durch verschiedene Kapitalträger und ein weiterer Teil durch Anleihen aufgebracht werden, da allein 475 Millionen Mark auf Festkonten eingefroren sind. Nach Schätzungen Prof. Erhards werden von den eingefrorenen Guthaben 300 Millionen Mark bereits in kürzester Frist durch Anleihen flüssig gemacht werden können. Kurzfristige Kredite für die laufende Produktion sollen in fast jedem beliebigen Umfange gegeben werden.

Prof. Erhard erklärte ferner: Heute behauptet jeder, schon immer gegen die Zwangswirtschaft gewesen zu sein, aber jeder Schritt auf dem Wege zur Marktwirtschaft mußte in Kampfabstimmungen gegen die Sozialdemokraten ausgefochten werden! Es sei eine historische Lüge, wenn die Sozialdemokratie heute behauptet, gegen die Zwangswirtschaft gestimmt zu haben, denn die von ihr vertretene Planwirtschaft habe alle Merkmale einer echten Zwangswirtschaft gehabt. Die Planwirtschaft verstopfe die Ventile, aber der Krankheitsherd versammle sich ebenso woanders wieder, um dann mit eruptiver Kraft an anderer Stelle erneut auszubrechen. Er werde an seinem wirtschaftspolitischen Kurs trotz aller Kritik weiter festhalten. - Eine wirksame Steuerreform sei dringend erforderlich, um wieder einen Sparanreiz zu schaffen. Hier liege die erste Aufgabe des Bundesparlaments. Der Staat dürfe sich nicht das Recht anmaßen, eine staatlich gelenkte Wirtschaft durchzusetzen, die schließlich zum Staatskapitalismus und Staatssozialismus führe.

Zur Außenhandelspolitik sagte Prof. Erhard, für das Jahr 1949 sei mit einem Export von 1,2 Mrd. Dollar bei einem Fertigwarenanteil von 45 % zu rechnen. Wenn die anderen europäischen Völker mitmachen, sei er bereit, in kürzester Zeit den freien Gütertausch und den freien Devisenverkehr mit dem Ausland einzurichten, selbst wenn die deutsche Wirtschaft dabei die Initiative ergreifen müßte. Die heutige Arbeitslosenzahl sei nicht auf die Freisetzung der Wirtschaft zurückzuführen. Die Zahl der Beschäftigten sei im Gegenteil augenblicklich um 650 000 höher als im vorigen Jahr. Nach der Währungsreform sei eine Million Arbeitswillige aufgetaucht, die von keiner Statistik erfaßt worden sei.

Arbeitsdirektor STORCH erklärte, Westdeutschland sei mit seinem neuen Sozialrecht Wege gegangen, die vielleicht einmal für ganz Europa mustergültig werden würden. Mit diesem neuen Sozialrecht im Rücken könne die CDU mit bestem Gewissen vor die Arbeiterschaft hintreten.

Allgem. Ztg. vom 4. Juli 1949

Flüchtlingsproblem. Der erste Vorsitzende des Schlesier-Verbandes in Bayern, Fin.Rat Dr. RINKE, erhob auf einer Kundgebung die Forderung, die kommende deutsche Bundesregierung möge sich als Exilregierung für die polnisch verwalteten deutschen Gebiete östlich der Oder und Weißer betrachten.; die Treuhänderschaft für diese Gebiete solle von den Vereinten Nationen übernommen werden. Es bestehe die Möglichkeit, daß ein Mitgliedsstaat der UN bereit sei, einen entsprechenden Antrag einzubringen. - Innenminister Dr. ANKERMÜLLER forderte die Ausgewiesenen auf, bei der Wahl ihre Stimme nicht Kandidaten zu geben, die keiner politischen Partei angehören, da diese sonst verloren gehen könnten. -- Als einzige Lösung des deutschen Flüchtlingsproblems bezeichnete Geistlicher Rat GOEBEL die Rückwanderung in die alte Heimat. Weder in der Serbhaftmachung der Flüchtlinge in Westdeutschland noch in der Auswanderung sei eine Lösung dieses Problems zu finden. Goebel betonte jedoch, daß eine Rückkehr nicht in Frage komme, so lange die Herrschaft Asiens bis an den Parz und an die Elbe reiche und in der Heimat keine Freiheit des Gewissens bestehe.

Süddt. Ztg. vom 5. Juli 1949

Teildemontage. In den Anlagen der Vereinigten Aluminium-Werke in Crevenbroich und Töging sind Teildemontagen geplant. Durch die geplante Demontage soll die Kapazität für die Erzeugung von Rohaluminium so weit ausgebaut werden, als sie über die 85 000 t, die Deutschland erlaubt sind, hinausgeht. Die westdeutsche Gesamtkapazität beträgt etwa 119 000 t.  
Die Welt vom 2. Juli 1949

RESTRICTED

RESTRICTED

117/49

No. 45

Presseberichte aus den Westzonen

Außenhandel. Für die weitere Entwicklung der Ausfuhr, die trotz nicht unbefriedigender Ergebnisse noch nicht die erwartete starke Aufwärtsbewegung zeige, sind die Chancen für neue Abschlüsse entscheidend, erklärt die Vfw in ihrem Lagebericht für den Monat Mai.

Noch immer seien die Exportverfahren viel zu umständlich. Die Mittel für Geschäftsreisen aus dem Devisenbonus A seien erschöpft und Reise-genehmigungen nur spärlich und in langwierigen Verfahren zu erlangen. Der Gesetzentwurf über Währungsverlustausgleich schütze nur gegen Kursveränderungen in der Zeit zwischen der ausländischen Bezahlung und der inländischen Abrechnung, nicht aber zwischen Bestellung und Lieferung. Auch die inländische Finanzierung langfristiger Anlagegeschäfte im Export sei noch schwierig.

In zunehmendem Maße machten ausländische Regierungen bei der Bewilligung von Einfuhrgenehmigungen Schwierigkeiten. Zurzeit könne nur nach den USA, Kanada, der Schweiz und einigen zentral-amerikanischen Ländern ohne besondere Genehmigung exportiert werden. Da die Saldenspitzen in Dollars abgedeckt werden müssen, suchen die Käuferländer solche Spitzen - auch bei abgeschlossenen und noch nicht erfüllten Handelsabkommen - durch Verweigerung von Importlizenzen zu vermeiden.

Die Welt vom 30. Juni 1949

Devisenbestimmungen für die Westzonen. Die Bank deutscher Länder hat jetzt eine Allgemeine Genehmigung Nr. 12 zur Ein- und Ausfuhr von Zahlungsmitteln durch natürliche Personen für das Gebiet der Westzonen erlassen. Die Genehmigung trat am 21. Juni in Kraft und gilt für alle drei Westzonen. Danach dürfen natürliche Personen, die ihren ständigen Wohnsitz im Ausland haben, und die zur Einreise in die drei Westzonen ermächtigt sind, einführen: ausländisches Bargeld, Schecks (einschl. Reiseschecks), auf DM lautende Zahlungsmittel (die auf Grund einer von der Bank Deutscher Länder erteilten Genehmigung ausgegeben worden sind, z.B. DM-Traveler-Coupons). Diese Mittel müssen in das Devisen-Kontrollbuch eingetragen werden. Bei der Ausreise dürfen diese Zahlungsmittel bis zur Höhe der im Devisen-Kontrollbuch ausgewiesenen Beträge wieder ausgeführt werden. Bewohner der drei Westzonen, die ausreisen dürfen, können bei der Ausreise ausländisches Bargeld und Zahlungsmittel im Rahmen der von den zuständigen Stellen genehmigten Höhe mitführen. Diese Beträge müssen u.a. in den Reisepapieren eingetragen sein. Bei der Rückreise dürfen ausländisches Bargeld und ausländische Zahlungsmittel, die in einer Währungskontrollerklärung vollständig angegeben sind, eingeführt werden. Sie sind innerhalb von sieben Tagen nach der Einreise einer zur Annahme ermächtigten Bank anzubieten und auf Verlangen zu verkaufen. Inhaber von Grenzgängerausweisen dürfen beim Grenzübertritt ein- und ausführen; Deutsche Mark bis zum Höchstbetrag von 5 DM pro Tag und Bargeld des Landes, für welches der Grenzgängerausweis ausgestellt ist, bis zum Höchstwert von 1 US-Dollar zum festgesetzten Umrechnungskurs. Natürliche Personen (ausgenommen solche mit Grenzgängerausweis) dürfen bei der Ein- oder Ausreise deutsches Bargeld, sofern es ordnungsmäßig angegeben wird, bis zur Höhe von 40 DM mitführen.

Süddt. Ztg. vom 28. 6. Juni

Notgemeinschaft. In einer Wahlrede hat Finanzminister a.D. Dr. MATTES, der Erste Vorsitzende des Zentralverbandes der Fliegergeschädigten und Währungsgeschädigten, erklärt, die "Notgemeinschaft", die alle Geschädigten des zweiten Weltkrieges vereinige, werde bei den Wahlen zum Bundestag eigene politische Listen aufstellen. Die entscheidende Frage für alle Kriegsgeschädigten sei der Lastenausgleich, der zur gemeinsamen Front geführt habe. Die Notgemeinschaft sei aus der augenblicklichen Lage in Deutschland geboren, weil die politischen Parteien, wie vor 1933, allen entscheidenden Fragen aus dem Wege gegangen seien. Ein Veroot der Notgemeinschaft werde die politische Radikalisierung der Kriegsgeschädigten zur Folge haben. "Dann werden wir eben kommunistisch wählen".

Allgem. Ztg. vom 2. Juli 1949

RESTRICTED

30/6/119

No. 44

## Presseberichte aus den Westzonen

Pflichtlingskonferenz. Als Ergebnis der Arbeit der Flüchtlingskonferenz wurden zur wirtschaftlichen und sozialen Eingliederung der Vertriebenen in westdeutschland fünf Resolutionen verfaßt. Darin fordern die Flüchtlinge aus Mitteln des Marshall-Planes zum Wiederaufbau von Flüchtlingsbetrieben eine Kredithilfe von mindestens 500 Mill. Mark, ferner die Gewährung ausreichender steuerlicher Erleichterungen und Mittel aus dem Lastenausgleich zur Gründung von neuen Existenzen, zum Bau von Wohnungen und zur Beschaffung von Hausrat. Die Vertriebenen appellierten an die zuständigen Finanzstellen, die Produktivkredite auszuweiten, notfalls auch mit Hilfe einer neuen Geldschöpfung im Rahmen des Möglichen. In einer Zusatzentschließung fordert die Konferenz, daß die Ostbanken, die ihren Sitz nach dem Westen verlegt haben, ebenfalls Ausgleichsforderungen für Vermögenswerte im Osten erhalten sollten. Bei den alliierten und deutschen Stellen müßten zusätzlich Mittel für Siedlungskredite bewilligt werden, da trotz der gesetzlichen Grundlage für die Bodenreform und Neuansiedlung die Mittel zur Verwirklichung fehlten. Grundsätzlich solle die Flüchtlingslast Bundeslast sein. Für das gesamte Bundesgebiet müsse ein einheitlicher Flüchtlingsbegriff geschaffen werden. Die Freizügigkeit und die Zusammenführung der Familie seien vordringliche Aufgaben der Verwaltung.

Allgem. Ztg. vom 29. Juni 1949

Handwerkstag. Die Ordnung des Wirtschafts- und Soziallebens auf der Grundlage der Privatinitiative sowie einen wirksamen Schutz des Privateigentums gegenüber unnötigen Sozialisierungsbestrebungen fordert der Landesvorstand des bayerischen Handwerkstages in einem 8-Punkte-Programm, das den politischen Parteien zu den bevorstehenden Bundestagswahlen überreicht wurde. Weitere Forderungen sind die Ablehnung einer zügellosen Gewerbefreiheit, Abbau der Staatsaufgaben, Senkung der Tarifsätze bei den direkten und indirekten Steuern, Ablehnung der Zentralisierung der Sozialversicherung in Form der Angestellten-Einheitsversicherung und die grundsätzliche Anerkennung des Lehrverhältnisses als eines Ausbildungsverhältnisses. Der Handwerkstag spricht die Erwartung aus, daß die politischen Parteien Kandidaten aufstellen, welche für diese Forderungen eintreten.

Allgem. Ztg. vom 29. Juni 1949

Gewerkschaften. Vertreter der westdeutschen Gewerkschaften berieten die Satzungen des künftigen deutschen Gewerkschaftsbundes. Dieser soll von 16 Gewerkschaften gebildet werden, deren Organisationsbereich sich zunächst über westdeutschland erstreckt. Für den Bereich eines Landes sollen Landesbezirksleitungen geschaffen werden; als unterste Verwaltungsorgane sind die jetzigen Orts- und Kreisausschüsse vorgesehen.

Neue Volks-Ztg. vom 22. Juni 1949

Reiseeindrücke Selomanns. Vor geladenen Gästen und Angestellten der DWK berichtete SELMANN über seine Reiseeindrücke in den Westzonen. Die Bevölkerung der Westzonen habe durch den Marshall-Plan ein geregeltes Lebensniveau erhalten. Selomann zeigte sich sehr beeindruckt von dem Gang der Wirtschaft im Westen. Auf keinem Gebiet sei Rohstoffknappheit festzustellen. Das Verhältnis der westlichen Besatzungsmächte zu der Bevölkerung sei viel besser als in der Ostzone: "Ich kann Ihnen versichern und bestätigen, daß die verbreiteten Nachrichten über den Wohlstand in den Westzonen tatsächlich wahr sind." Major RUDNIK von der SMA erklärte anschließend, daß er den Schilderungen Selomanns mit Interesse gefolgt sei. Die SMV stimme mit der Forderung Selomanns überein, den Lebensstandard der Ostzonenbevölkerung dem der Westzonen anzugleichen.

Allgem. Ztg. vom 30. Juni 1949

30/6/49

No. 118

Auszüge aus Rundfunkberichten

Sender Leipzig vom 30. Juni 1949

Wyschinski hat in der "Prawda" und "Iswestija" eine Erklärung über die letzte Außenministertagung in Paris abgegeben. Er rechnete entschieden mit der Politik der Westmächte ab, die zum Ziele hatte, die Spaltung zu verwirklichen und Westdeutschland zum Werkzeug der expansionistischen Pläne dieser Länder zu machen. In seinen Ausführungen stellt er fest, daß seine feste Haltung in Paris die Westmächte gezwungen habe, ihre Stellungnahme sowohl in der deutschen als auch in der österreichischen Frage zu ändern. Das Versagen des Marshall-Planes dürfe als einer der Gründe angesehen werden, welche die drei westlichen Außenminister veranlaßt hätten, von ihrer ursprünglichen, sogenannten festen Politik abzugehen. Wyschinski gab seiner Überzeugung Ausdruck, daß auch in Zukunft gewisse gegenseitige Zugeständnisse auf der Grundlage des Potsdamer Abkommens notwendig sein werden.

Der Goethetag der deutschen Studentenschaft ist in Anwesenheit von prominenten Persönlichkeiten und Vertretern der SMA in Leipzig feierlich eröffnet worden. An der Tagung, die interzonalen Charakter trägt, nehmen auch 130 Delegierte aus den Westzonen teil. Ein Sprecher wies darauf hin, man müsse zu einer Goethe-Erkenntnis auf gesamtdeutscher Basis kommen. Seit langer Zeit träfen sich zum ersten Mal wieder Wissenschaftler, um am kulturellen Erbe deutscher Länder teilzunehmen. Damit sei der erste Schritt getan, um die Gespräche zwischen West und Ost zu fördern und zu vertiefen.

In Berlin werden Verhandlungen zwischen einer rumänischen Delegation und Vertretern der DNK über die weitere Ausdehnung der Handelsbeziehungen geführt.

Der S-Bahn-Verkehr wird morgen in vollem Umfang wieder aufgenommen werden. Mit dem Güterverkehr ist bereits gestern begonnen worden.

In Düsseldorf traf gestern eine Delegation des Nationalkomitees zur Befreiung Max Reimanns ein. Die Delegierten überzeugten sich von dem Gesundheitszustand Reimanns und versuchten, seine Freilassung zu erwirken. Die Kommission, die von Wilhelm Koenen geführt wird, erklärte, daß es in der Zeit der Weimarer Republik nicht möglich gewesen wäre, den Vorsitzenden einer Partei wie einen Schwerverbrecher von der Straße weg festzunehmen.

Im Kommentar beschäftigte sich Prof. Hermann Budzislowski mit den Ereignissen in China. Er erklärte, vor mehr als 100 Jahren habe man den Kaiser gezwungen, Hongkong den Engländern auszuliefern. Nun zitterten die Engländer, daß ihnen das Gebiet verlustig gehen könnte. Sie hätten deshalb bei den Amerikanern angefragt, wie diese sich im Falle einer Rückgabe verhalten würden. Damit seien sie jedoch bei den Amerikanern schlecht angekommen, denn die Amerikaner bangten um ihre rund 4 Mrd. Dollar, die sie in das chinesische Unternehmen gesteckt hatten. Der Sündenbock sei natürlich Tschiang Kai-schek. Statt erbitterten Widerstand zu leisten, habe er es vorgezogen, das Gold aus der Staatskasse zu nehmen und nach Formosa zu flüchten. Die Amerikaner wollten nun nicht begreifen, daß sie ihr Geld in ein schlechtes Geschäft gesteckt haben. Sie behaupteten vielmehr, das Geschäft sei gut gewesen, nur der Prokurist habe nichts getaugt. - Da man Tschiang Kai-schek einige amerikanische Flugzeuge und Kriegsschiffe geschenkt habe, so könne er nun eine Weile den Zusammenhang zwischen dem Festland und Formosa unterbrechen. Er sei ja nun soweit gegangen, daß er mit den letzten Resten seiner Armee eine Blockade über sein Vaterland verhängt habe. Doch das seien nur die letzten Wutausbrüche einer sterbenden Unordnung. Inzwischen könne die große Volksarmee nicht ohne Regierung sein. Den Auftrag hierzu könne Mao Tse-tung nur von chinesischen Volk erhalten. In den Formen, die im Bürgerkrieg möglich sind, habe er sie längst erhalten und selbst dort, wo die antikommunistische Propaganda am heftigsten war, zeige sich das Volk über den Abzug der Kuomintang glücklich. Doch die allgemeine Zustimmung müsse nun in feste Formeln gekleidet werden. Deshalb sei ein Volkskongreß einberufen worden. China werde Volksdemokratie. Damit vollzöge sich eine ungeheuere Wendung in Asien, die sich auf die Weltlage auswirken werde. Sie zeige uns, daß ein einsiges Volk keineswegs hilflos der Militärmacht fremder Imperialisten ausgeliefert sei.

RESTRICTED

29/6/49

No.                      Auszüge aus RundfunkberichtenSender Leipzig vom 28. Juni 1949

Der sächsische Steinkohlenbergbau hat gestern seinen Halbjahresplan 100 % erfüllt. Die Erfolge werden vor allem auf die innerbetrieblichen Wettbewerbe zurückgeführt.

Zu den steigenden Arbeitslosenzahlen in den Westzonen erklärte ein Sprecher des Bosch-Terkes, eine Wiederoelebung der westdeutschen Wirtschaft werde solange nicht möglich sein, solange die Handelsbeziehungen zum Osten unterbunden seien. Er bezeichnete die Kurzarbeit als direkte Folge der Teilung Deutschlands.

Der Parteivorstand der KP Westdeutschlands weist in einem Appell an seine Mitglieder darauf hin, daß die Gegner der KP alle ihre Kräfte auf den Kampf gegen sie konzentrieren werden. Diejenigen, die die Lebensinteressen des deutschen Volkes preisgegeben haben, wenden, um von ihrer schmachvollen Unterwerfung unter das Diktat der westlichen Besatzungsmächte abzulenken, die schmutzigsten und verlogensten Mittel gegen die KP an. "Wir sind die einzige Partei, die die gerechte Sache des deutschen Volkes vertritt, die ihren Rücken nicht bogen vor dem Regime der kolonialen Unterwerfung. Daher der Haß unserer Feinde, daher ihre Lügen, daher ihre Provokationen." Wir den Ausbau der Walzwerke in der Ostzone sind von der DWK 63 Mill. DM bereitgestellt worden.

Sender Leipzig vom 29. Juni 1949

NUSCHKE nahm gestern zur innerdeutschen und internationalen Situation Stellung. Zum Nordatlantikkpakt erklärte er, dieser Pakt müsse abgelehnt werden, weil er die Gefahr künftiger Kriege in sich birgt. Er wandte sich dann gegen die Bonner Verfassung, die niemals Ausgangspunkt einer deutschen Verfassung sein könne. Eine methodische Planung sei das einzige Mittel, was uns retten könne. Im Osten sei eine Ordnung geschaffen worden, der sich große Massen Westdeutschlands verwandt fühlten.

Freiheit für Max Reimann forderten die Belegschaften mehrerer Werke in Westfalen in Protestschreiben an die britische Militärregierung. Es heißt: Wir betrachten Max Reimann als Sprecher der Werktätigen und weisen auf die Rechte der Demokratie hin, nach denen allen Deutschen volle Redefreiheit zusteht.

Heute wird der zweite Jahreskongreß des Weltgewerkschaftsbundes in Mailand eröffnet. 50 Delegationen aus allen 5 Erdteilen werden daran teilnehmen. Die Prawda erklärt hierzu: Der 2. Kongreß des WGB wird zum weiteren Zusammenschluß der Werktätigen in der ganzen Welt führen. Die Konferenz ist in einem Augenblick eröffnet worden, in dem die kapitalistische Welt sich einer schweren Wirtschaftskrise gegenüberübersieht. Die Monopolkapitalisten sind zwar bereit, die Welt in einen neuen Krieg zu stürzen, doch werden die Möglichkeiten hierzu von Tag zu Tag geringer, da die Kräfte des Friedens zunehmen. Mit ein wichtiger Faktor ist der WGB, der trotz der Spaltungsversuche das Machtzentrum aller Werktätigen der ganzen Welt ist.

Schlimme erklärte heute in der täglichen Rundschau, in den zwei Jahren in denen der Kampf um die deutsche Einheit und um die Einheit der deutschen Gewerkschaftsbewegung mit aller Schärfe entbraunt sei, habe sich der westdeutsche Gewerkschaftsbund für die Monopolkapitalisten entschieden. Das sei der alte Weg der Krisen, der Arbeitslosigkeit und des Zerfalls. Aber Mailand werde auch den fortschrittlichen Arbeitern Westdeutschlands ein Parade der internationalen Solidarität der Arbeiter sein.

Das Zentralorgan der SED "Neues Deutschland" wirft in seiner heutigen Ausgabe die Frage auf, ob die vollen Schaufenster der Westsektoren und Westdeutschlands wirklich ein Zeichen des Wohlstandes sind, wie die westlichen Zeitungen immer schreiben. Es wird festgestellt, daß die vollen Schaufenster gerade ein Zeichen größter Armut seien, da nur ein kleiner Prozentsatz sich die ausgestellten Herrlichkeiten kaufen könnte. Man wolle den einen Teil Berlins gegen den anderen ausspielen. Berlin brauche jedoch eine neue solide Lebensgrundlage. Die Hauptstadt müsse arbeiten, kaufen und verkaufen, wenn es wieder eine Exportstadt sowie Handelsumschlagplatz zwischen Ost und West werden wolle. Ein reiches Betätigungsfeld für Handel und Industrie biete sich in den Ländern des Ostens, aber nicht in England und Amerika, die selbst genug Waren hätten.

24/7/49

No. 62

Presseberichte aus den Westzonen

Steuerreform. Der Wissenschaftliche Beirat der Verwaltung für Finanzen hat auf seiner letzten Sitzung fünf Memoranden zur Steuerreform ausgearbeitet.

Die erste Fatschließung behandelt die Herabsetzung der Steuertarife und die Neuordnung der Sparbegünstigungen. Eine steuerbegünstigte Sparquote von 20 bis 25 % des Gesamteinkommens werde vorgeschlagen.

Im zweiten Memorandum wird erklärt, daß es nicht Aufgabe der Haushalte sei, dort zu investieren, wo es die Privatwirtschaft besser könne. Nur in Sonderfällen, wo privatrechtliche Investitionen aus Ertragsgründen nicht ausführbar seien, sollte der Staat Gelder zur Verfügung stellen.

Im dritten Memorandum fordert der Finanzpolitische Beirat eine verstärkte Stellung des künftigen Bundesrechnungshofes. Der Rechnungshof solle enger als bisher mit den Parlamenten zusammenarbeiten und die Verwendung der Steuergelder fortlaufend überprüfen.

Das vierte Memorandum beschäftigt sich mit Schmuggelaffären, die beträchtliche Summen an Zoll- und Steuerhinterziehungen verursachten.

Im fünften Memorandum wird die Ansicht vertreten, daß eine endgültige Finanzreform erst möglich sein könne, wenn der Lastenausgleich verkündigt sei.

Allgem. Ztg. vom 26. Juli 1949

In diesen Tagen wurde in München die "Liga für Weltfortschritt - Frieden - Freiheit" gegründet. Unter den Gründungsmitgliedern befinden sich Prinz und Prinzessin SCHOENAICH-CAROLATH und der durch den "Törring-Plan" bekannte Oberforstmeister a.D. Dipl.-Landwirt KLEIN. Die "Liga" will sich für ein umfassendes Sozialprogramm und für die Gründung einer Wiederaufbaubank zur Durchführung eines Agrar-, Industrie- und Wohnungsbauprogramms einsetzen. Mit der Gründung der Aufbaubank, für die Mittel der Industrie zur Verfügung gestellt werden sollen, ist schon in allernächster Zeit zu rechnen. Man wendet sich weiter gegen "jede Parteipolitik" und alle Extreme von rechts und von links. Die Liga hofft durch ihr umfassendes Wirtschaftsprogramm, "dem Bolschewismus den Boden zu entziehen."

Süddt. Ztg. vom 26. Juli 1949

Interview mit NADOLNY. In einer Unterredung erklärte NADOLNY, daß er 1945 angesichts der russischen Erklärung noch des Glaubens war, daß man die alte Politik der Anlehnung an den Osten wieder aufnehmen könne, freilich unter 2 Bedingungen: Selbstbestimmung und Nichteinmischung in die inneren Verhältnisse und Abstandnahme von der Oder-Weißer-Linie und Regelung der deutschen Ostgrenze nach den dt. Bedürfnissen. Nun habe sich jedoch die russische Politik Deutschland gegenüber grundlegend geändert. Den Hauptgrund für den Wandel sieht N. in der Taktik der Westalliierten nach Potsdam. Die Politik des allgemeinen Laisser faire, der damalige Standpunkt der Alliierten, alle könnten in ihrer Zone tun, was sie wollten, war nicht mit den Potsdamer Beschlüssen in Einklang zu bringen. Die Bodenreform etwa, die in der SBZ durchgeführt wurde, hätte entweder - natürlich in einer den westlichen Anschauungen entsprechenden Weise - in ganz Deutschland gemeinsam angeordnet werden oder unterbleiben müssen. Der 2. entscheidende Fehler, den die Alliierten den Russen gegenüber machten, war, daß sie ihr Selbstgefühl, d.h. ihre Überzeugungen, sie seien es gewesen, die den Krieg entscheidend gewonnen hätten, nicht genügend beachtet haben. Immer, wenn es etwas Wichtiges zu besprechen gegeben habe, hätten sie, anstatt die Russen gleich hinzuzuziehen, diese als die letzten gefragt, z.B. als die Frage von Trizonien auf dem Tapet kam, als man sich mit dem Marshall-Plan und Deutschlands Einbeziehung in diesen beschäftigte. Auch in Paris hätten die Alliierten Fehler gemacht. Die Konferenz sei vor allem deswegen zustande gekommen, weil die Russen Waren aus dem Westen für die SBZ brauchten. Die Westmächte hätten diese Waren zusichern sollen mit der Maßgabe, daß eine Auflockerung des Verkehrs mit der Ostzone im Sinne der Wiederherstellung der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands erfolge. "Man hätte den gesamten Komplex langsam aus dem wirtschaftlichen ins Politische hinaufleiten sollen, statt dessen begann man mit dem Prinzipiellen und wollte sozusagen ins Praktische hinüber." Er meint, es sei ein maßgeblicher Fehler gewesen, die Entscheidung auf dem Gebiet des Wirtschaftlichen, das in diesem Falle gerade der politische Ausgangspunkt gewesen sei, von Paris nach Berlin zu vorlegen.

Trotzdem ist N. optimistisch. Er sagt, der Westen sei wirtschaftlich stärker als der Osten, und so werde es trotz allen östlichen Manövern doch gelingen, die Ostzone aufzulockern und die deutsche Einheit wieder herzustellen.

L 6/140

No. 61

Presseberichte aus den Westzonen

Vaterländische Union. Auf der Gründungsversammlung der Vaterländischen Union für Niedersachsen wurde erklärt, die Verunglimpfung deutscher Soldaten müsse aufhören, die Vaterländische Union unterscheide zwischen Militarismus und Soldatentum. Karl FEITENHANSL machte für die Arbeitslosigkeit Prof. Erhard verantwortlich. Der Arbeitslosigkeit könne durch eine Lockerung der Kreditpolitik begegnet werden. Er forderte die Gewährung technischer Abwehrmöglichkeiten zum Schutze vor dem Bolschewismus und die Errichtung einer geschlossenen Abwehrfront.  
Die Welt vom 23. Juli 1949

DRP. Nachdem die Aufhebung des Verbots der Deutschen Rechtspartei im Kreise Gifhorn verfügt worden ist, entwickelt die DRP in Niedersachsen eine sehr intensive Tätigkeit. In Hannover hat die DRP in vielen schwarz-weiß-rot umrandeten Plakaten ihre Parolen zum Wahlkampf bekannt gegeben. Auf den Plakaten wird als erster und wichtigster Punkt die Einführung der Bundesfahne Schwarz-weiß-rot genannt, wofür man eine Volksabstimmung verlangt. Weiter wird gefordert: die sofortige Beendigung der Entnazifizierung, eine schnelle und klare Regelung des Lastenausgleichs, die Verwirklichung des Sozial- und Rechtsstaates und die Rückgabe aller deutschen Ostgebiete.

Die Deutsche Rechtspartei entwickelt vor allem auch in Wolfsburg eine große Aktivität, wo erklärt wurde, die DRP werde sich nur von ehemaligen Soldaten führen lassen. Hierzu äußerte eine Kandidatin der Partei, daß die DRP sich vor allem der ehemaligen Soldaten annehme, die durch die Entnazifizierung gegangen sind. Im Stadtrat von Wolfsburg kehren die in der letzten Wahl für die Deutsche Partei gewählten Abgeordneten nach und nach wieder zur DRP zurück. In ihrer Wahlpropaganda verlangt die Wolfsburger DRP unter der Devise "Nun erst recht" von der Bevölkerung, noch stärker nach rechts zu rücken. Was das Wirtschaftsprogramm anbetrifft, so fordert die DRP eine Art "Sozialisierung". Außerdem will sie den Ständestaat und zwei Kammern.

Die Neue Ztg. vom 25. Juli 1949

FDP und Saarland. Prof. HEUSS erklärte, daß seine Partei schwerste Bedenken geltend machen müsse gegen die Bestrebungen der französischen Regierung, das Saarland als selbständiges Land in die beratende Versammlung des Europa-Rates aufnehmen zu wollen. Der europäische Gedanke schließe alles aus, was irgendwie als Diktat gedeutet werden könne. Die endgültige Entscheidung über die Stellung des Saarlandes sei Sache der Friedensregelung und bedürfe als solche auch der Zustimmung der deutschen Regierung.

Allgem. Ztg. vom 23. Juli 1949

Erste Gewerkschaftsbank. Als erste der von den Gewerkschaften, den Konsumgenossenschaften und den Gemeinnützigen Bau- und Wohnungsunternehmen geplanten gemeinwirtschaftlichen Banken wurde in Hamburg die "Bank für Gemeinwirtschaft AG" gegründet.

Das Aktienkapital von 1 Mill. DM und die Aufsichtsratssitze sind paritätisch auf Gewerkschaften und Genossenschaften verteilt. Zweck der Neugründung ist, die Spargelder der Gewerkschafts- und Genossenschaftsmitglieder bei einem von ihnen selbst kontrollierten Institut zu sammeln und sie der Gemeinwirtschaft, in erster Linie den Konsumgenossenschaften und gemeinnützigen Wohnungsunternehmen zu möglichst niedrigem Zinssatz zur Verfügung zu stellen.

Die Neue Ztg. vom 20. Juli 1949

Notgemeinschaft. Der Vorsitzende des Zentralverbandes der Fliegergeschädigten in den Westzonen und Gründer der "Notgemeinschaft", MATTES, erklärte, die Notgemeinschaft werde in allen Wahlkreisen von sieben westdeutschen Ländern Wählervereinigungen bilden, falls sie nicht lizenziert würde. Diese Vereinigungen sollen Kandidaten für die Bundestagswahlen aufstellen. Die Notgemeinschaft betrachte sich als Sammelbecken aller Kriegsgeschädigten, Heimatvertriebenen und mit den traditionellen politischen Parteien Unzufriedenen. - Ihr 10-Punkte-Programm fordert vor allem Gleichstellung der Heimatvertriebenen, Lösung des Kriegsschadenproblems und Anerkennung des Rechtsanspruches für die Geschädigten.

Die Neue Ztg. vom 23. Juli 1949

RESTRICTED

No. 60

Presseberichte aus den Westzonen

Auf einer Pressekonferenz gab der Leiter des badischen Landesamtes für Umsiedlung, SPEINMAYL, bekannt, das Land Baden werde nun mit der Ausführung der Umsiedlungsaktion beginnen, nachdem die Vorbereitungen für die Aufnahme der aus Schleswig-Holstein und Niedersachsen kommenden Flüchtlinge im Laufe der vergangenen Woche abgeschlossen worden seien. Es handele sich dabei um die Aufnahme von zunächst 6 000 Facharbeitern mit ihren Familien, d.h. also 22 000 - 24 000 Personen. Man rechne mit dem Beginn der Transporte bereits in der zweiten Augustwoche. Eine menschenwürdige Unterbringung sei gesichert.

Allgem. Ztg. vom 23. Juli 1949

Vereinigung der Ostzonenbeschädigten. Eine "Vereinigung der Ostzonenbeschädigten" wurde in das Münchner Vereinsregister eingetragen. Ihr Begründer ist ein ehemaliges DDP-Vorstandsmitglied aus Thüringen, der Großindustrielle Heinz JONAS, der seinen gesamten Besitz in der Ostzone durch die Besuestrierungen verloren hat. Die Vereinigung ist bestrebt, ihr Ziel als überparteilicher, unabhängiger und überkonfessioneller Zweckverband zu erreichen. Sie will sich für alle einsetzen, die aus der Ostzone fliehen mußten, will ihre Betreuung in den Auffanglagern übernehmen und mit den beteiligten Regierungen Verhandlungen über Zuzugs- und Unterbringungsfragen führen. Schon jetzt wird die Einrichtung von Bezirksgruppen in Thüringen, Mecklenburg, Brandenburg, Land und Provinz Sachsen und dem Berliner Ostsektor vorbereitet. Die Mitglieder sollen alle Unterlagen über Sach- und Personenschäden in der Ostzone sammeln, die dann den alliierten Stellen vorgelegt werden.

Südt. Ztg. vom 23. Juli 1949

Gewerkschaften gegen Mieterhöhung. Fritz TARNOW wandte sich entschieden gegen die auch von der Mil. Regierung vorgeschlagene Erhöhung der Neubaumieten. Er sagte, mit der Mieterhöhung sei unvermeidbar eine Erhöhung der Lebenshaltungskosten verbunden, die ohne eine Neu festsetzung der Löhne gerade für die minderbemittelten Schichten der Bevölkerung untragbar sei. - Zur Neubelebung der westdeutschen Wirtschaft sei es unbedingt notwendig, daß der soziale Wohnungsbau mit allen Kräften gefördert würde. Tarnow bezeichnete es als unverantwortlich, wenn heute Baustoffbetriebe ihre Produktion einschränkten und qualifizierte Bauarbeiter ohne Arbeit seien. Den Forderungen der Gewerkschaften auf Änderung der bisherigen Kreditpolitik und auf Kreditausweitung - z.B. durch Freigabe der eingefrorenen Festkonten - stünden die Ansichten der Bank deutscher Länder und der Mil.Reg. gegenüber, die glaubten, daß hierdurch die Währung gefährdet werden könne.

Die Neue Ztg. vom 23. Juli 1949

Regierungsfiliale in Berlin? In politischen Kreisen Berlins kursieren gegenwärtig Gerüchte über die mögliche Verlegung eines Teils der künftigen westdeutschen Bundesministerien nach Berlin. - Das CDU-Organ "Der TAG" berichtet hierzu, daß die Verlegung bestimmter Ministerien, Ämter und Abteilungen nach Berlin seit kurzem Gegenstand von Besprechungen zwischen deutschen Politikern und maßgebenden Kreisen des Auslandes sei. Eine Reihe der in Berlin beglaubigten Militärmissionen hätte schon vor einiger Zeit diese Bestrebungen befürwortet. Die Errichtung des Regierungssitzes oder eines der Bundesministerien in Berlin würde nach Auffassung politischer Kreise der Regierung in den Augen des deutschen Volkes mehr Gewicht geben, als wenn der Bundessitz an der deutschen Westgrenze läge. Gleichzeitig würde nach Ansicht dieser Kreise ein Gegengewicht gegen das autoritäre System in der Ostzone geschaffen werden.

Persönlichkeiten der Berliner Wirtschaft erklären, daß mit einer derartigen Verlegung die finanzielle Belastung Westdeutschlands durch die Berlin-Subventionen erheblich verringert würde. Hervorgehoben wird, daß Berlin trotz aller Zerstörungen über geeignete Bauten verfügt, um jeden Verwaltungsapparat aufzunehmen.

In Kreisen der britischen Mil.Reg. wird die Frage einer Verlegung als eine rein deutsche Angelegenheit bezeichnet. Die Idee werde jedoch mit einem gewissen Wohlwollen betrachtet.

Die Welt vom 23. Juli 1949

RESTRICTION

22/7/49

No. 59

Presseberichte aus den Westzonen

Politische Beurteilung. Der Besoldungsausschuß des Bayerischen Landtags hatte einstimmig einen Antrag des Abgeordneten HAUSSLEITER angenommen, in dem es heißt, daß die über das Entnazifizierungsgesetz hinausgehenden formalen und schematischen Klassifizierungen in der politischen Beurteilung bei der Anstellung im öffentlichen Dienst zu beseitigen seien und bei der Anstellung von entnazifizierten Beamten die heutige demokratische und sachliche Eignung zur Grundlage zu nehmen sei. Dieser Antrag führte zu erregten Debatten. Von sozialdemokratischer Seite ist Kritik daran geübt worden, daß eine große Anzahl früherer Parteigenossen wieder eingestellt worden sei, während die Beschäftigung politisch und rassistisch Verfolgter immer mehr zu wünschen übrig lasse. Angesichts dieser Entwicklung auf Kosten der Verfolgten, der Flüchtlinge und Schwerbeschädigten sei damit zu rechnen, daß in 3 Jahren überhaupt kein Verfolgter mehr im Amt sein werde. - Dr. MUELLER erwiderte, die Regierung habe ihre Verpflichtung, 20 % Flüchtlinge in Beamtenstellungen unterzubringen, restlos erfüllt. Zu den politisch Verfolgten müsse man feststellen, daß das, was 1945/46 mit dem Schein des politisch Verfolgten aufgetreten sei, diesen Schein oft nicht habe aufrechterhalten können. Hier seien erst nachträglich gewisse Klärungen eingetreten. Nicht jeder der 1945 als politisch Verfolgter gehalten habe, könne als solcher auch heute noch anerkannt werden. Man könnte heute noch manchen in Verlegenheit bringen, der sich in hoher Stellung befinde, wenn man seinen Personalakt heranzöge. Es gehe hier nicht darum, die politisch Verfolgten zurückzudrängen. Der wirklich politisch Verfolgte werde auch heute noch die Möglichkeit haben, sich durchzusetzen. Man müsse endlich die alte Zeit abschließen. Es habe keinen Sinn, das deutsche Volk ewig in Kläsen zu zerlegen. Statt ewig in der Vergangenheit herumzugraben, wäre es viel vernünftiger, langsam einen neuen Start zu finden.

Allgem. Ztg. vom 22. Juli 1949

Ergebnisse der 32. Plenarsitzung des Wirtschaftsrats: Ab 1. Sept. 49 soll die 6 %ige Gehaltskürzung für öffentliche Bedienstete in der Bizone wegfallen. Das beschlossene Gesetz über den Wegfall der Kürzung der Dienst- und Versorgungsbezüge, das außerdem vorsieht, daß nicht ruhegehaltfähige Zulagen nur noch insoweit gewährt werden sollen, als sie den sich aus dem Wegfall der 6 %igen Gehaltskürzung ergebenden Mehretrag an Dienstbezügen übersteigen, bedarf noch der Genehmigung der Mil. Reg. - Außerdem wurden eine Reihe wichtiger Sozialgesetze, so z.B. das Kündigungsschutzgesetz, das Mutterschutzgesetz, ein neues Heimarbeitergesetz, das Körperbeschädigten-Leistungsgesetz und ein Gesetz über die Grundsätze der Lohnregelung verabschiedet. - Ferner wurde der Nachtrag zum Haushaltsplan der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes für das Rechnungsjahr 1949/50 genehmigt, der vorläufig mit 285,7 Mill. DM abschließt. In dieser Summe ist ein Betrag von 85000000 DM als Subvention zum Preisausgleich für eingeführte Lebensmittel enthalten, der bis zum 30. Sept. zur Stützung des innerdeutschen Brotpreises verwendet werden soll. Weitere 77 Mill. DM müssen die Länder der Bizone aufbringen. In diesem Nachtragshaushalt sind noch nicht Beträge über eine zusätzliche Hilfe für Berlin enthalten.

Die Neue Ztg. vom 22. Juli 1949

Rechtspartei. Das Verbot der Deutschen Rechtspartei im Kreis Gifhorn ist auf Anordnung der britischen Militärregierung wieder aufgehoben worden. Die DRP war seinerzeit verboten worden, weil sie nach Ansicht der Militärregierung Methoden benutzte, die Sicherheit und öffentliche Ordnung bedrohten und der Entwicklung einer freien und friedlichen Demokratie in Westdeutschland anträglich waren.

Nach der neuen Anordnung kann die DRP Kandidaten für die Wahlen zum Bundestag in ganz Niedersachsen einschließlich des Kreises Gifhorn aufstellen.

Die Welt vom 22. Juli 1949

21/2/49

No. 58

Presseberichte aus den Westzonen

Vorschläge zur Finanzierung des Wohnungsbaues. Die Hauptwirtschaftskammer Rheinland-Pfalz hat in einer Entschliessung erklärt, die Schaffung von neuem Wohnraum müsse als die wichtigste und vordringlichste sozialpolitische Aufgabe angesehen und noch in diesem Jahre tatkräftig angefangen werden. Man sei zur Überzeugung gekommen, daß nur durch eine zusätzliche Kreditschöpfung von 500 Mill. Mark für Westdeutschland die brachliegende Produktionskapazität genutzt und dadurch die sinnwidrige Arbeitslosigkeit von mehreren hunderttausend Bauarbeitern vermindert werden könne.

3 Wege der Geldbeschaffung werden vorgeschlagen:

- 1) Ein Appell an die Bes. Mächte, von den gestrichenen 3,5 % der ursprünglichen Westkontingenthaben 500 Millionen Mark wieder zu beleben, die nur für den Wohnungsbau verwendet werden dürften.
- 2) Unmittelbare Übernahme einer Wohnungsbauanleihe der 11 westdeutschen Länder durch die Bank Deutscher Länder nach dem Prinzip der offenen Marktpolitik. Diese Möglichkeit sei aber heute durch den § 13, Absatz 1 des Landeszentralbankgesetzes noch unterbunden. Da es auf eine Baukostenverbilligung wesentlich ankomme, solle für den ersten und zweiten Vorschlag ein Zinssatz von 1 bis 1 1/2 % festgesetzt werden. Die Hauptwirtschaftskammer sei der Auffassung, daß Bankgesetze nach den Lebensnotwendigkeiten der Wirtschaft gegeben und modifiziert werden sollten.
- 3) Auflegung einer volkstümlichen steuerbegünstigten Wohnungsbauanleihe, die sehr einfach konstruiert und großzügig ausgestattet werden sollte. Die negativen Erfahrungen aus der dürftig ausgestatteten Eisenbahnleihe könnten dabei nicht übersehen werden. Es sei zweckmäßig, dabei Ideen wie Steuerentscheine oder eine umfassende Steueramnestie zu verwerten.

Es wurde erklärt, es sei allgemein bekannt, daß ein Überangebot an Baustoffen bestehe. Wenn sich eine unausgenutzte Industriekapazität, unabsetzbare Warenlager und erwerblose Arbeitskräfte anboten, habe die Finanz- und Kreditpolitik die elementare Pflicht, die auseinandergerissenen Produktionsfaktoren zusammenzuführen. Auf diese Weise werde nie eine Inflation entstehen. Weder die Rohstofflage, noch die Ausnutzung der industriellen Kapazitäten könnten die Beibehaltung der kreditpolitischen Passivität rechtfertigen.

Allgem. Ztg. vom 20. Juli 1949

Aktionsausschuß Verfolgter. Ein Aktionsausschuß zur Wahrung der Rechte der rassistisch, religiös und politisch Verfolgten aus dem Sudetenraum wurde in Stuttgart auf Länderbasis unter Vorsitz von Karl GERBRICH gegründet. Der Ausschuß strebt eine Änderung der Bestimmungen im Entwurf des Wiedergutmachungsgesetzes an, die die Verfolgten des Sudetenraumes von der Entschädigung für Verluste an Eigentum, Vermögen und wirtschaftlichem Fortkommen ausschließen. Eine Erweiterung der Arbeit des Ausschusses auf alle Länder der Trizone ist vorgesehen. Der Ausschuß arbeitet mit der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft der politisch Verfolgten zusammen. Eine Gemeinschaft mit der VVN lehnt er ab.

Die Neue Ztg. vom 20. Juli 1949

Nach einer Verfügung der VWV ist die Einfuhr von Glas und Keramik aus der Ostzone an eine Genehmigung der VWV gebunden, während die Ausfuhr aus dem vereinigten Wirtschaftsgebiet nach der Ostzone unbeschränkt gestattet ist.

Die Welt vom 18. Juli 1949

Die Heidelberger Aktionsgruppe gab ihrem Bedauern über den "Wirrwarr in Bezug auf die Wählbarkeit der Beamten" Ausdruck. Wir mißbilligen die Verbeamtung der parlamentarischen und sonstigen Vertreterkörperschaften. Das richtige Mittel sei die Nichtwählbarkeit der Exekutive in die gesetzgebende Körperschaft des gleichen Regierungs- oder Verwaltungskörpers, dem sie angehören. Dagegen hält die Aktionsgruppe die Ausdehnung der Nichtwählbarkeit auf Richter, Lehrer und Beamte technischer Verwaltungen (Bank, Eisenbahn, Post usw.) sowie auf die lediglich mit Verrichtungen Betrauten für schädlich, da deren genereller Ausschluß zu einer Niveaulenkung der Vertreterkörperschaften führen könne.

Die Neue Ztg. vom 19. Juli 1949

RESTRICTED

20/7/49

No. 57

Presseberichte aus den Westzonen

In einem Kommentar zu der Explosionskatastrophe in Prüm schreibt der Pressedienst der SED, dort sei einwandfrei Kriegsmaterial explodiert, das in den Westzonen nicht einmal vernichtet, sondern sogar neu hergestellt werde. Obwohl die Vernichtung des Kriegsmaterials und der militärischen Einrichtungen einer der wesentlichsten Punkte der Entmilitarisierungsbestimmungen des Potsdamer Abkommens sei, gebe es noch immer riesige Munitionslager und militärische Anlagen in den Westzonen. Wie die Katastrophe in Ludwigshafen, bestätige auch die neue Katastrophe nur die längst bekannte Tatsache, daß die Westmächte in den von ihnen zum Aufmarschgebiet eines neuen Krieges ausersehenen Westdeutschland riesige Waffenlager unterhielten und anlegten. Jeder ehrliche Deutsche, der leben und aufbauen wolle, müsse fordern, keine Waffen und Munitionsarsenale in seiner Heimat zu dulden. Die Katastrophe in Prüm müsse genauestens untersucht werden.  
Allgem. Ztg. vom 19. Juli 1949

Wirtschaftskammern. Der Landtag von Nordrhein-Westfalen hat das Wirtschaftskammergesetz angenommen. Der wesentliche Unterschied des jetzt angenommenen Gesetzes gegenüber den vorangegangenen Diskussionen besteht darin, daß die Handels- und Handwerkskammern auch nach der Errichtung von Wirtschaftskammern bestehen bleiben, und daß für sie der Paritätsanspruch nicht durchgedrungen ist. Die Kammern werden paritätisch aus Unternehmern und Arbeitnehmern zusammengesetzt. Ihre Aufgaben sind die Selbstverwaltung der Wirtschaft, vor allem die Vertretung der Gesamtinteressen der Betriebe, der Ausgleich zwischen den einzelnen Wirtschaftszweigen, die Beratung der Behörden, die Entsendung von Vertretern und Beiräten oder Kontrollorganen staatlicher Verwaltungen, sowie sämtlicher Hoheitsaufgaben der früheren Industrie- und Handelskammern. Neben den Wirtschaftskammern werden die Handwerkskammern weiter bestehen bleiben, jedoch soll ihre Aufgabe in Zukunft auf den kaufmännischen Beratungsdienst beschränkt werden. Das Gesetz, das ursprünglich  $\frac{2}{3}$  von der SPD eingebracht wurde, stellt in seiner endgültigen Form eine Kompromißlösung dar, die nach 1 1/2-jähriger Beratung und nahezu 30 Ausschusssitzungen gefunden wurde.  
Wirtschafts-Ztg. vom 20. Juli 1949

GOEBEL zur Flüchtlingsfrage. Auf einer Kundgebung der Interessengemeinschaft der Ostvertriebenen hat der Geistliche Rat GOEBEL erklärt, die Flüchtlinge hätten gewünscht, durch Parteikandidaten den ihnen zustehenden prozentualen Anteil an der Volksvertretung im Bundesparlament zu erhalten. Da die Parteien den Flüchtlingen aber nicht Männer ihres Vertrauens präsentiert hätten, habe man sich nun entschlossen, den Weg in das Bundesparlament allein zu gehen, und zwar zusammen mit Westdeutschen, die erkennen ließen, daß sie es ernst mit einer sozialen Neuordnung meinten. Göbel sagte ferner, die polnische Verwaltung der deutschen Ostgebiete müsse nunmehr beendet werden und die ostdeutschen Länder müßten wieder den gleichen selbständigen Charakter erhalten wie die westdeutschen. Alle Staaten, die durch ihre Unterschrift unter das Potsdamer Abkommen an dem den Ostdeutschen angetanen Unrecht mitgewirkt hätten, seien zur Wiedergutmachung verpflichtet. Die deutschen Ostvertriebenen aber müßten sich innerlich dazu durchringen, daß in ihnen der Haß verstumme und aufhöre. "Wir müssen, wenn wir wieder einmal in unsere Heimatgebiete zurückkehren sollten, auch bereit sein, denjenigen Polen, die das gleiche Schicksal erlitten haben wie wir, indem sie aus ihrer eigenen Heimat vertrieben wurden, so lange ein Gastrecht zu gewähren, bis auch für sie der Tag kommt, daß ihre Probleme gelöst werden. Voraussetzung ist dabei, daß sie uns als legitime Eigentümer anerkennen und nach christlichen Grundsätzen leben. Es hat keinen Zweck, vom christlichen Abendland zu sprechen, wenn wir der Meinung sind, daß dieses bereits an der deutschen Ostgrenze endet. Wir Ostvertriebenen sind, solange wir in Westdeutschland bleiben müssen, bereit, mit allen unseren Kräften daran mitzuwirken, daß Westdeutschland wieder gesund wird, weil wir wissen, daß Westdeutschland ein Teil Deutschlands ist und die Westdeutschen mithelfen werden, eines Tages den Osten wieder aufzubauen."  
Allgem. Ztg. vom 19. 7. 1949

Das Zentralsekretariat der SED nahm in einer an den Berliner Erzbischof gerichteten Erklärung offiziell zu der Anordnung des Papstes Stellung. Darin heißt es, die katholische Kirche sei in der SBZ zwar geduldet, aber sie sei keineswegs eine notwendige Organisation. Für den Fall, daß die Exkommunizierungsandrohung auch auf SED-Mitglieder angewendet wird, wurden entsprechende Gegenmaßnahmen angekündigt.  
Städt. Ztg. vom 19. Juli 1949

26/2143

No. 126

Auszüge aus Rundfunkberichten

Sender Leipzig vom 25. Juli 1949

Der erste Tag der Transportkonferenz der Hauptverwaltung Verkehr der DWK wurde mit regem Erfahrungsaustausch abgeschlossen. Es wurde festgestellt, daß die Übererfüllung der Transportpläne auf dem Gebiet des Eisenbahn-, Schifffahrts- und Kraftwagenverkehrs einen wesentlichen Anteil an der Verbesserung der materiellen Lage unseres Volkes hat. Der Transportraum Ostdeutschlands steht restlos im Dienste des Aufbaues, während er in Westdeutschland still liegt.

Die Pressestelle der DWK teilt mit, daß bisher noch keine Antwort des Oberdirektors Dr. Pünder auf den Brief Heinrich Rau's eingegangen ist. Rau hatte in seinem Schreiben die Durchführung gemeinsamer Beratungen vorgeschlagen, um die Empfehlung der Pariser Außenministerkonferenz zu verwirklichen.

Zum neuen Rektor der Universität Leipzig wurde Prof. LIPS gewählt. Prorektor blieb Prof. Meyer.

Nicht nur der 1. September, sondern der gesamte September muß und wird im Zeichen der Friedenstaube stehen. Diese kommen als Abzeichen zum Verkauf. Bisher sind 2 Mill. Exemplare hergestellt worden, von denen ein großer Teil bereits verkauft worden ist.

Der Aufruf des Parteivorstandes der SED betreffend bessere Versorgung und Betreuung der Kinder hat überall großen Widerhall gefunden. Der Vorschlag gibt erneut den Beweis dafür, daß die Kinder gerade von dieser Partei besonders unterstützt werden.

Über die Bedeutung der neuen Phase in der Aktivistenbewegung sprach Adolf HENNECKE. Er sagte, die Tatsache sei anzuerkennen, daß die Werktätigen jetzt dazu übergegangen sind, ihre Arbeitsnormen von selbst zu erhöhen. Hennecke unterstrich die Bedeutung der Nationalen Front. Jeder, der die Versklavungsabsichten erkenne, werde sich in diese Front einreihen und für die politische und wirtschaftliche Einheit Deutschlands kämpfen.

Wolfgang SOELTER zur Transportkonferenz:

Wenn man heute mit der Eisenbahn fahrplanmäßig am Ziel ankommt, freut man sich über das gute Funktionieren. Nur selten denkt man jedoch darüber nach, welche Schwierigkeiten zu überwinden waren, um das zu erreichen. Der reibungslose Transport ist eine wesentliche Voraussetzung für die Erfüllung unseres Wirtschaftsplanes. In unserem Transportwesen ist eine ruhige, stete Aufwärtsentwicklung zu erkennen, die in der Erfüllung der Transportpläne ihren Ausdruck findet (Eisenbahn 104 %, Schifffahrt 110 % und Kraftverkehr 117 %). Daraus kann man schließen, daß die Werktätigen alle Kräfte eingesetzt haben, um die Güter zu transportieren und den wirtschaftlichen Aufschwung weiter zu fördern. Eine hervorragende Stellung nehmen dabei die Leistungen der Aktivisten ein, die sich nicht zufrieden geben, sondern immer neue Mittel und Wege zur Leistungssteigerung suchen und finden. - Obwohl die Leistungen des Verkehrs im ersten Halbjahr die Planziffern übertroffen haben, sind bei weitem noch nicht alle Möglichkeiten erschöpft worden. Durch die Steigerung der gesamten Produktion, durch die Übererfüllung, durch den verstärkten Reiseverkehr während der Ferienzeit, durch die Erntetransporte usw. ergeben sich ständig wachsende Aufgaben. So soll bei der Eisenbahn die Umlaufzeit nicht mehr als 4 Tage betragen, was erhöhte Anforderungen an den Beladedienst stellt. Der Reparaturplan sieht eine bedeutende Erhöhung der Reparaturen an Lokomotiven, Personen- und Güterwagen vor. 600 Reisewagen sollen ausgebaut und wieder in Dienst gestellt werden. Für die Schifffahrt sind erhöhte Umlaufzeiten vorgesehen. Wasserwege sollen wieder in Gang gesetzt werden. 9 200 t Brückentrümmer sollen geräumt und 380 000 cbm Boden gebaggert werden. Auch an den Kraftverkehr werden erhöhte Aufgaben gestellt, die eine bessere Organisation und zweckmäßige Zusammenarbeit mit der Eisenbahn und Schifffahrt vorsehen, sowie eine bessere und schnelle Instandsetzung der Straßen. Bei der Lösung all dieser Aufgaben kommt es nun neben den Materialschwierigkeiten vor allem auf die Menschen an, auf ihre Einsicht und ihren guten Willen. Hier fehlt es jedoch nicht an Beispielen. Es gibt genug Beweise, daß die Werktätigen von dem starken Aufbauwillen erfüllt sind, der von Monat zu Monat weitere Verbesserungen hervorbringt.

No. 125

Auszüge aus Rundfunkberichten

Sender Leipzig vom 22. Juli 1949

Heute wurde die achte Tagung des Deutschen Volksrates durch Otto Nuschke eröffnet. Er gab bekannt, daß die Zahl der Präsidenten auf fünf erweitert worden sei. Außer Pieck, Nuschke und Kastner seien nach eingehenden Besprechungen in den Volksratsausschüssen Dr. Lothar BOLZ und Ernst GOLDENBAUM als Präsidenten anerkannt worden.

Der Deutsche Volksrat wählte einstimmig eine Kommission, die das politische Programm der Nationalen Front ausarbeiten soll. Dieser Kommission gehören u.a. Pieck, Hamann, Dertinger, Geske, Eisler an. EISLER erklärte, daß die Nationale Front Arbeiter und Unternehmer vereine. Jeder müsse seine persönlichen Interessen den Hauptinteressen des deutschen Volks unterordnen und für den Abschluß eines Friedensvertrages usw. eintreten.

Die Ausfuhr der Ostzone konnte beträchtlich gesteigert werden. Für die Exporterhöhung haben besonders die Aufwärtsentwicklung des Maschinenbaus und die Produktionssteigerung in der Chemie beigetragen, dafür konnten mehr tierische Fette, Superphosphate, Baumwolle usw. eingeführt werden. Dadurch konnte die Kapazität der Textilien erheblich gesteigert werden.

Thomas MANN wird am 1. August in Weimar eintreffen, um den Ehrenbürgerbrief in Empfang zu nehmen.

#### Kommentar von Prof. BUDZISLAWSKI:

Den Willen eines ganzen Volkes festzustellen, ist nicht ganz einfach. Die Menschen sind schwer unter einen Hut zu bringen. Deshalb wählt man eine Volksvertretung, die sich aus allen Kreisen und Schichten eines Volkes zusammensetzen soll. Der Deutsche Volksrat bildet solch ein Gremium. Hier merkt man, daß wirklich der Wille des ganzen Volkes ermittelt wird.

Auf der Tagesordnung der heutigen Tagung des Deutschen Volksrates stand ein Referat von Grotewohl über die Außenministerkonferenz und über die Aufgaben und Ziele der Nationalen Front.

Nachdem sich herausgestellt hat, daß man die Alliierten auch gegen ihren Willen an den Verhandlungstisch zwingen kann und daß gewisse Rahmenabmachungen getroffen wurden, muß der Deutsche Volksrat nun die Gelegenheit nutzen. In einer Entschliebung haben wir alle gefordert, daß das Trennende zwischen den Parteien und zwischen den geographischen Teilen Deutschlands zurückgestellt werden müsse, damit die ganze deutsche Nation bei den neuen Beratungen im September geschlossen dastehe. Aber was wäre trennender als der Aufbau einer westdeutschen Bundesregierung? Das wollen wir nicht und solche Bemühungen müssen eingestellt werden. Aber auch das reicht nicht. Der Volksrat wendet sich noch einmal an die westdeutschen Körperschaften mit der Bitte, einen gesamtdeutschen Ausschuß zu bilden, der gemeinsame Vorschläge behandelt, den Handel wieder herstellt, auf den Abschluß eines Friedensvertrages dringt usw. Die Frage ist nicht, wer braucht wen mehr. Es ist ganz klar, die Deutschen brauchen die Deutschen, und ich bin überzeugt, daß jeder Deutsche dem genauso herzlich zustimmt, wie wir es getan haben.

Vor allem wurde auch besprochen, wie wir die Nationale Front zu einer wirksamen Waffe machen können. Natürlich soll sie keine Einheitspartei werden, sondern die Grundlage bilden, von der aus Parteien und Gruppen für einen gerechten Frieden kämpfen können. Wir kamen auch überein, daß niemand ausgeschlossen werden könne, es sei denn, er schließe sich selber aus. Das kann man freilich tun, wenn man sich nicht um die deutschen Interessen kümmert, sondern amerikanische Interessen wahrnimmt. Alle Anwesenden waren sich jedoch klar darüber, daß die Nationale Front nicht in eine nationalsozialistische Front ausarte.

Der erste Spetember wurde zum Friedenstag bestimmt, also zu einem Tag der inneren Einkehr. Doch wenn wir uns durch solche symbolisierte Handlung vom Militarismus abkehren, so kommt ihm auch noch eine andere Bedeutung zu. Er ist ein Tag, an dem wir nämlich etwas fordern, und zwar den Abschluß eines gerechten Friedensvertrages.

RESTORATED

2117/49

No. 124

Auszüge aus RundfunkberichtenSender Leipzig vom 18. - 21. Juli 1949

Zum Direktor des Deutschen Wirtschaftsinstituts, das kürzlich gegründet wurde, ist Jürgen KUCZINSKY von der Berliner Uni ernannt worden.

Das Land Brandenburg werde 1949 dreimal soviel exportieren wie im Vorjahr, erklärte der Leiter der Hauptabteilung Interzonen- und Außenhandel bei der Landesregierung Brandenburg, BRÜMMER.

In einer Kundgebung übergab Herbert WARNE dem Zellwollewerk Schwarza die vom FDGB gestiftete Ehrenfabne. Das Werk hatte seine Produktion um 11,8 % steigern und die Betriebskosten senken können. Gleichzeitig wurden dem Werk 40 000 Mark für den Ausbau sozialer Einrichtungen übergeben.

Als erster Metallbetrieb hat das Werk Gröditz den diesjährigen Volkswirtschaftsplan vorfristig erfüllt. Angesichts der schnellen Planerfüllung hatte das Werk vor kurzem um eine Erhöhung seiner Planaufgaben gebeten gehabt.

Die Werktätigen der Farbenfabrik Wolfen erklärten sich mit den Werktätigen in Bergkamen solidarisch. Diese neue Willkürmaßnahme bewiese einmal mehr, daß die westlichen Besatzungsmächte Westdeutschland in eine Kolonie verwandeln und auf dem Weltmarkt ausschalten wollen.

Max REIMANN wurde heute (20.) aus dem Gefängnis entlassen. Er sandte dem Präsidium des Deutschen Volksrates ein Grußtelegramm. Das Nationalkomitee zur Befreiung M. Reimanns stellte fest, daß die Befreiung das Ergebnis der Zusammenarbeit aller demokratischen Parteien und Organisationen sei. - Die Freilassung hat überall große Freude und Begeisterung ausgelöst. Es wird allgemein festgestellt, daß sie unter dem Druck der öffentlichen Meinung geschehen sei.

Seit Anfang d.J. erhalten die volkseigenen Baumwollspinnereien der Ostzone hochwertige Baumwolle zur Verarbeitung. Bereits im ersten Quartal stammten die eingegangenen Rohstoffe zu 11,5 % aus der SU. Im 2. Vierteljahr erhöhten sich die Rohstofflieferungen auf 300 t.

Die Ernte der Wintergerste und Winterölrüchte nähert sich in Sachsen dem Abschluß. Die Erträge liegen im allgemeinen wesentlich höher als im Vorjahr.

Im Hinblick auf die Verstärkung des Interzonenverkehrs sind an der Grenze vier weitere Wechselstuben errichtet worden.

Der Landesvorstand Thüringen des FDGB billigte die Beschlüsse des Mailänder Gewerkschaftskongresses. In Anerkennung ihrer Arbeit wurden 29 Aktivisten der Arbeit in den Landesvorstand gewählt. Der Landesvorstand beschloß die Bereitstellung von 20 000 Mark für die Thüringer Jungaktivisten. Zur Auszeichnung besonders aktiver Jugendbrigaden wurden 22 Wanderfabnen gestiftet.

Die Absicht des Deutschen Volksrates, den 1. September als Friedenstag für ganz Deutschland zu erklären, wird in einer Entschliebung der thüringischen Metallarbeiter lebhaft begrüßt. Sie verpflichten sich darin, alles zu tun, um eine Zerrissenheit Deutschlands zu verhindern und gemeinsam mit den Metallarbeitern Westdeutschlands in der Nationalen Front sich für einen gerechten Frieden und für die Einheit einzusetzen.

Der Kommentator des Moskauer Rundfunks nahm zur Anordnung des Papstes betreffend die Exkommunizierung kommunistischer Aktivisten Stellung. Er sagte, der Vatikan habe damals nichts unternommen, als im Hitlerreich die Verbrennungsöfen in Gang gesetzt worden seien. Der Atlantikpakt habe seine Billigung gefunden, auch stehe er im Dienste des kalten Krieges. Die breiten Volksmassen wissen jedoch, daß zur Erhaltung des Friedens der vereinte Kampf aller Werktätigen, unabhängig von der religiösen Einstellung, erforderlich sei.

RESTRICTED

RESTRICTED

27/4/49

No. 182

Auszüge aus Presseberichten

Religion in der SBZ. Kürzlich berichtete ein katholischer Priester, der einer brandenburgischen Diasporagemeinde vorsteht, seine Erlebnisse. Vor dem Kriege gab es in seiner Gemeinde 2 % Katholiken, heute sind es 14 %. Die vorhandenen Kirchen reichen nicht aus. Bei gutem Wetter wird der Gottesdienst im Freien abgehalten. Die Protestanten stellen dort ihre Kirche zur Verfügung, wo im Ort keine katholische Kirche vorhanden ist. 80 vH der Gläubigen sind indolent, 20 vH sind aktiv. Auf einen Geistlichen kommen bis zu 300 Ortschaften mit 3000 bis 5 000 Seelen. - Das Gefühl für Religion ist in der Gemeinde sehr lebendig, was vor allem von der Jugend berichtet werden kann. Alle Treffen sind auf den kircheneigenen Raum beschränkt, Wanderungen sind verboten. Aber das scheint den Eifer nur zu fördern. Im Glaubensunterricht wird Interesse an allen Dingen gezeigt. Sowohl in der Arbeiterjugend wie in der Studentenschaft ist dieser starke Aufschwung zu spüren, der sich auch bei den Kindern bemerkbar macht. In den volkdemokratischen Schulen gibt es keinen Religionsunterricht. Trotzdem kommen 60 bis 70 vH der Kinder zum freiwilligen Religionsunterricht, obwohl sie vielfach weite Wege machen müssen. Es sind viele Männer im Gottesdienst, ob es sich nun um Arbeiter oder Akademiker handelt. Die Opferbereitschaft ist groß; die Kollekten betragen trotz bitterster Armut das Dreifache der Ergebnisse im Westen. Natürlich machen sich innerhalb der Gemeinde hier und da andere Strömungen bemerkbar. Von einem massiven Angriff auf die Kirche kann man aber nicht sprechen. In der SED zeigen sich antikirchliche Strömungen, jedoch sind keine Anzeichen für eine offene kirchenfeindliche Haltung vorhanden.  
Die Welt vom 14. Juli 1949

Von der SMA ist eine stärkere Bewachung derjenigen Eisenbahnstrecken in der SBZ angeordnet worden, auf denen für die SU bestimmte Reparationszüge verkehren. Die sowjetische Transportabteilung sieht sich zu dieser Maßnahme offenbar dadurch veranlaßt, daß sie wegen einiger Vor-kommnisse in der letzten Zeit jetzt mit verstärkten Aktionen gegen den Reparationszugverkehr rechnet. Brücken und Überführungen müssen bei Tag und Nacht beobachtet werden. Neben den Bahnpolizeidienststellen haben auch die Landespolizeiamter in der SBZ von der Verwaltung des Innern bei der DWK die Anweisung erhalten, sich an der Bewachung der Bahnbetriebsanlagen zu beteiligen und nötigenfalls Sonderkommandos zur Verfügung zu stellen. Mindestens acht Bahnpolizisten müssen zusätzlich zu dem sowjetischen Begleitzugkommando künftig wichtige Reparationszüge bewachen.  
Allgem. Ztg. vom 26. Juli 1949

Westberliner Nahrungsmittel- und Teigwarenindustrie. Mit 55 Betrieben der Nahrungsmittelindustrie nimmt Westberlin eine führende Stellung in dieser Branche ein. Die Kapazität der Pudding- und Backpulverfabriken ist so groß, daß sie über den Eigenbedarf hinaus auch große Posten ihrer Waren nach Westdeutschland liefern können. Der Leistungsstand der Kaffeemittelindustrie und Kaffeeröstereien genügt zur Deckung des Berliner Konsums. Schwach vertreten ist die Suppenwürstindustrie. Die Nahrungsmittelfabriken werden etwa 2 400 t Haferflocken und Gerstenmehl monatlich selbst produzieren. Die Teigwarenfabriken der Westsektoren (drei Spezialwerke und eine Reihe anderer Betriebe) können mit einer Produktion von etwa 1 000 t den Verbrauch nicht voll decken. Die Fachbetriebe sind aber maschinell sehr gut ausgerüstet und bei Ausbau ihrer Anlagen und rationeller Bewirtschaftung zur Deckung des Berliner Bedarfs fähig. Bei ausreichenden Rohstofflieferungen hofft man, auf 5,5 Mill. DM Warenausstoß zu kommen und annähernd 2 000 Arbeiter zu beschäftigen.  
Telegraf vom 23. Juni 1949

Ostpolizei. Die totale Urlaubssperre und erhöhte Bereitschaft ordnete der sächsische Innenminister HOFFMANN vom 1. bis 15. Aug. 1949 für die gesamte sächsische Polizei an. Für besondere Maßnahmen, die Anfang Aug. von der gesamten Volkspolizei der Ostzone durchgeführt werden, so heißt es in der Verordnung des Innenministers, sollen außerdem neu aufzustellende Polizeieinsatzgruppen außer den Dienstpistolen Karabiner mit je 30 Schuß Munition erhalten. Auf je 15 Karabiner soll eine Maschinenpistole kommen. Als Leiter dieser Einsatzgruppen sind ausschließlich Offiziere der Volkspolizei vorgesehen, die ehemalige Angehörige des Nationalkomitees "Freies Deutschland" oder politische Häftlinge waren.  
Die Welt vom 25. Juli 1949

RESTRICTED

No. 181

Auszüge aus Presseberichten

Instruktionen an die Ostpresse. Wie verlautet, haben die sowjetischen Kontrolloffiziere aller ostberliner Zeitungen und der Rundfunkstationen der SBZ in den letzten Tagen neue Instruktionen für die Propagandatätigkeit der nächsten drei Monate erhalten. Danach sollen besonders die Spaltungsabsichten Westdeutschlands sinnfällig illustriert werden, um die Durchführung eines sowjetischen Planes zu garantieren. Besondere Betonung soll in der Ostpresse auf Schwierigkeiten der westdeutschen und westberliner Wirtschaft gelegt werden. Es soll herausgestellt werden, daß ausländisches Kapital daran interessiert ist, der westdeutschen Industrie die Märkte des Ostens und Südostens zu verlernen und einen ausgeglichenen Interzonenhandel unmöglich zu machen.  
SAZ vom 25. Juli 1949

Die SED benutzte einen aufsehenerregenden Zwischenfall im Kreise Bautzen dazu, die Bewegung der Zeugen Jehovas zu unterdrücken. In einer Gemeinde des Kreises hatte ein kopfverletzter Kriegsversehrter im Wahnsinn seine Frau ermordet, um ein Opfer zu bringen. Obwohl der Mörder der Jehova-Bewegung gar nicht angehört, ordnete die sächsische Landesregierung die Auflösung aller Gemeinden der "Zeugen Jehovas" im Kreise Bautzen und die Verhaftung des Hauptpredigers an. Außerdem wurden sämtliche Gottesdienste der Bewegung verboten.  
In einem Protestschreiben der "Zeugen Jehovas" heißt es, die SED benutze jede Gelegenheit, um unter der Bevölkerung religiösen Haß gegen die Zeugen Jehovas zu entfachen. Die Bewegung werde heute im Kreise Bautzen amtlich verfolgt und schikaniert wie zur Zeit des Nationalsozialismus.  
Die Welt vom 23. Juli 1949

Ostzonen-CDU. Otto NUSCHKE hielt kürzlich ein Referat über das Geschichtsbild der CDU. Er erklärte, daß die Geschichte der CDU noch jung sei. Als sie vor 4 Jahren gegründet wurde, war man sich darüber völlig im klaren, daß die Union niemals die unmittelbare Fortsetzung irgendeiner christlichen Partei der Zeit vor 1933 sein konnte. Die umwälzenden Geschehnisse von 1945 verlangten auch in der Parteipolitik eine vollständige Neuorientierung. - Im Laufe seiner Ausführungen stellte er fest, daß sich die CDU von den anderen Parteien zwar in manchen Zielsetzungen unterscheide, stensogut jedoch mit ihnen auch Berührungspunkte habe. Die CDU würde sich weder den Selbstverständlichkeiten volkseigenen Besitztums und systematischer Planung, noch dem in der Aktivistenbewegung entstandenen neuen Arbeitsethos verschließen. Auf der anderen Seite begrüßte Nuschke die letzten Erklärungen der DWK, die eine besondere Heranziehung der mittelständischen kleinen Privatbetriebe ankündigten. Die Parteien könnten sehr viele Aufgaben in gemeinschaftlicher Arbeit lösen.  
Die Politik der CDU, meinte Nuschke, läuft auf die Verwirklichung eines geeinten Deutschlands hinaus, in dem eine demokratische und sozial gerechte Ordnung herrscht. Zur Erreichung dieses Zieles habe gerade die CDU einen gewichtigen Sonderbeitrag geleistet. Mit ihrer Anregung sei das Problem einer Neutralisierung Deutschlands zur Sprache gekommen, die Deutschland zum bedeutenden Friedenssicherungsfaktor machen würde. Und gerade zur gesamtdeutschen Einheit könnte die CDU ~~sz~~ ideengemäß ihr Teil beitragen. Die Union würde sich somit zwei Aufgaben stellen: eine reale Politik zu treiben, die den tatsächlich gegebenen Umständen Rechnung trägt, und eine gesamtdeutsche Politik zu verfolgen, die die Wiederherstellung der deutschen Einheit zum Ziel hat.  
Tgl. Rundschau vom 2. Juli 1949

Mit der Verwertung von Kiefernstubben größten Ausmaßes wird in Kürze die Vereinigung Volkseigener Betriebe Chemie in Sachsen-Anhalt beginnen. Als Rohstoffbasis stehen ihr 6700 ha Kahlschlag zur Verfügung. Die Vereinigung hat bereits zwei transportable Großretorten zur Verkokung der Stubben bereitgestellt; außerdem soll eine große Anzahl Meller errichtet werden. Man schätzt, daß die Stubben 18 000 t Holzkohle, 3 000 t Terpentinöl und 4 000 t Kienöl ergeben werden.  
Wirtschaftsrevue vom 22. Juli 1949

Das einzige in der SBZ bestehende und der Uni. Leipzig angegliederte Institut für Versicherungswirtschaft soll aufgelöst und in ein anderes Institut eingebaut werden.  
Wirtschaftsrev. vom 22. Juli 1949

RESTRICTED

No. 180

## Auszüge aus Presseberichten

Berliner Seifenindustrie. Die Berliner Seifen- und Waschmittelindustrie hat nach Aufhebung der Blockade mit großen Absatzschwierigkeiten zu kämpfen. In Berlin stellen etwa 16 Fabriken fetthaltige Seifen und Waschmittel her. Daneben fertigen 15 Firmen Reinigungs- und Scheuermittel. Von den 16 Seifenproduktionsstätten sind gegen sechs bis acht Unternehmen seit Jahrzehnten mit diesem Gebiet tätig. Die restlichen Betriebe entstanden nach 1945, darunter auch solche von ausgewiesenen Ostflüchtlingen.

Die Gesamtkapazität der Seifenindustrie Berlins ist etwa doppelt so groß wie der Bedarf der Berliner Bevölkerung. Der Konsum ist hierbei pro Kopf dem gegenwärtigen Verbrauch der Westzonen angepasst. Das Erzeugungsprogramm gleicht in Mengen, Güte und Preis dem der Westzonen. Die Berliner Unternehmen sind durchweg voll leistungsfähig und können mit den aus Westdeutschland importierten Waren ohne weiteres konkurrieren. Rohstoffsorgen bestehen jetzt nicht mehr. Wenn die Berliner Seifenindustrie heute trotz voller Leistungs- und ungehörter Produktionsmöglichkeiten sich einer Absatzkrise gegenüber sieht, so beruht diese auf verschiedenen Ursachen.

Bei Blockadeende wurde Berlin außer mit Lebensmitteln auch mit Seifen und Waschmitteln aus Westdeutschland schlagartig überschwemmt. Die Berliner Fabriken waren anfänglich nicht in der Lage, den westdeutschen Erzeugnissen zu begegnen, da der Westen seit der Währungsreform ihnen gegenüber einen Vorsprung hatte, und sie Zeit zum Anlauf brauchten. Großhandel und Einzelhandel weichen, von den Fesseln der Bewirtschaftungsvorschriften befreit, weitestgehend vom freien Einkaufsrecht Gebrauch und deckten sich auf lange Sicht ein. Die vom Konsumrat und Industrieverbänden unternommenen Schritte zum Schutze der Berliner Industrie bei den westdeutschen Länderregierungen und Wirtschaftsverbänden hatten dahingehend Erfolg, daß sämtliche Länderregierungen Westdeutschlands sich verpflichteten, keine Warenbegleitscheine für Seifen und Waschmittel für Westberlin mehr auszustellen. Trotzdem kommen die Waren getarnt herein, wodurch die Westbergeschäftigung der alten bodenständigen und leistungsfähigen Berliner Industrie aufs Äußerste gefährdet ist. Die Berliner Fabriken sind zwar voll produktionsfähig, ihr Absatz ist jedoch auf ein Minimum des einmaligen Normalstandes beschränkt, da die Läger des Groß- und Einzelhandels auf Monate lang hinaus mit Vorräten versehen sind, die aus Westdeutschland stammen, und die der Handel zur Erlangung flüssiger Mittel erst umsetzen muß. Außer den einschlägigen Seifen- und Waschmittelfabriken werden von diesem Notstand auch die Zubringerindustrien des graphischen und Verpackungsmittelgewerbes betroffen. Der absatzrückgang in Seife- und Kernseifen beläuft sich teilweise bis auf 60 %. Die illegale Einfuhr schädigt vor allem die Zahlungsbilanz um erhebliche Beträge und vermindert laufend das Steueraufkommen. Eine Vernichtung der westdeutschen Erzeugnisse bedingt keine Benachteiligung der Berliner Konsumenten, sondern dient nur dem Schutz der Arbeits-, Währungs- und Zahlungsverhältnisse Berlins.

Wirtschaftsrevue vom 22. Juli 1949

Diplomatenlager. In der Nähe von Moskau sind zwei Sonderlager für ehemalige Diplomaten aus Deutschland und den Satellitenstaaten eingerichtet worden, so berichten zwei aus der SU nach Wien zurückgekehrte Diplomaten. In einem Lager sollen sich ehemalige Beamte der Wilhelmstraße befinden, die zum Teil von den Westmächten als Kriegsverbrecher an die Satellitenstaaten ausgeliefert und zum Tode verurteilt worden waren. In diesem Lager habe sich auch längere Zeit der ehemalige Wirtschaftsbevollmächtigte für den Balkan, Glodius, aufgehalten, der neuerdings mit einer besonderen wirtschaftlichen Mission auf dem Balkan betraut worden sei. Im zweiten Lager sollen hauptsächlich Tschechen, Slowaken und Hlinka-Anhänger untergebracht sein.

Die Gefangenen wohnen in Baracken, werden gut behandelt und um ihre Meinung befragt. Sie bilden damit eigentlich eine Art unfreiwilliger Kameraden für die sowjetische Außenpolitik.

Die Welt vom 20. Juli 1949

Auf Betreiben des brandenburgischen Innenministers BECHLER erhalten jetzt alle Offiziere, die nach den Kämpfen in Stalingrad in sowjetische Gefangenschaft gerieten und eine der "Antifa-Schulen" absolviert haben, den ODP-Ausweis als "Kämpfer gegen Faschismus", meldet der Telegraf.

Die Welt vom 22. Juli 1949

RESTRICTED

50X1-HUM

RESTRICTED

## No. 179 a (Fortsetzung)

machen nur 67 Mill. Mark aus. Das ist alles, was 2 / 5 der Industrie erwirtschaften.

Die öffentlichen Zuschüsse an die von der Zone verwalteten Betriebe bestehen aus 215 Mill. Mark für solche Investitionen, welche die Betriebe nicht aus ihren Abschreibungen finanzieren, und aus 265 Mill. Mark für Preisstützungen. Leider ist nicht zu erkennen, wie weit diese Stützungsbeträge echte Verbrauchsubventionen und wie weit sie eine Folge der allgemeinen Preisstandardisierungspolitik sind. Der Hauptteil der Preisstützungszahlungen fließt den Grundstoffindustrien zu. Es ist daher anzunehmen, daß nicht schlechte Betriebsführung, sondern die Preispolitik die Hauptursache für die hohen Subventionen ist. Noch viel größere Bedeutung haben Zahlungen dieser Art im Handelsverkehr mit dem Ausland. Für die Hauptverwaltung Interzonen- und Außenhandel sind Ausgaben in Höhe von über 400 Mill. Mark vorgesehen. Sie sind deshalb nötig, weil den Exporteuren nur die Festpreise von 1944 zugerechnet werden und andererseits die Einfuhr zu Weltmarktpreisen abgerechnet wird. Die Hersteller von Exportwaren brauchen dazu Zuschüsse, und viele Einfuhrwaren müssen verbilligt werden, damit die Verarbeitung von ausländischen Rohstoffen ihre Preise halten können. Entscheidend ist dabei, daß dieser Preisausgleich nicht etwa nur die innerdeutsche Verrechnung in Mark betrifft. Vielmehr rechnet die Bes. Macht auch für den Devisenerlös der Ausfuhr die alten niedrigen Festpreise an, ohne Rücksicht auf die tatsächlich erzielten Preise. An allen Ausfuhrgeschäften - sowohl an denen mit der SU selbst, als auch an denen mit allen anderen Ländern - macht also die SU einen Riesengewinn. Der größte Teil des Betrages von 400 Mill. Mark muß daher als eine indirekte Reparationsleistung betrachtet werden.

Der einzige als Reparation unmittelbar erkennbare Posten im Etat sind Ausgaben der Hauptverwaltung Reparationen in Höhe von 1035 Mill. Mark. Es läßt sich aber ziemlich genau errechnen, daß unter den 2769 Mill. Mark Ausgaben der Hauptverwaltung Finanzen rund 2 Mrd. Mark für die Bes. Macht stecken müssen. Zusammen mit 300 Mill. Mark von Bahn und Post machen mithin die Mittel, welche die Besatzungsmacht in Anspruch nimmt, die Summe von rund 3,3 Mrd. Mark aus. Bei ihrer Verausgabung werden nur die Festpreise angerechnet, so daß ein großer Teil aller Subventionszahlungen auch noch der Bes. Macht zugute kommt.

Wirtschafts-Ntg. vom 20. Juli 1949

Interzonenverkehr. In Kreisen der Frankfurter Bizonenverwaltung wird für Anfang der kommenden Woche eine Weiterführung der kürzlich unterbrochenen Verhandlungen über den Interzonenverkehr erwartet. Die Westzonen werden in der Verrechnungsfrage den Vorschlägen der Ostzone wahrscheinlich entgegenkommen. Den Wünschen der DWK entsprechend sollen zwei Verrechnungsatellen errichtet werden, und zwar im Westen bei der Bank Deutscher Länder und in der Ostzone bei der Deutschen Notenbank. An der Verrechnung zu Festpreisen will man festhalten. In Berlin verlautet, daß von der DWK die Einführung einer sogenannten Verrechnungsmark vorgeschlagen wird. Dadurch soll das umstrittene Problem, eine Relation zwischen West- und Ostmark festzulegen, umgangen werden. Über diesen Punkt sollen zurzeit Verhandlungen schweben.

Die Welt vom 21. Juli 1949

In dem jetzt volkseigenen Betrieb der Carl-Zeiß-Werke in Jena soll demnächst die Herstellung eines neuartigen lichtstarken Objektivs eines astronomischen Spiegelteleskops und eines neuartigen Fernrohrs beginnen. Neue mikroskopische Systeme im Planachromaten und Planapochromaten sollen den Wissenschaftlern neuere Arbeitsmöglichkeiten schaffen. Vorgesehen ist ferner die Herstellung verbesserter Feldstecher und geodätischer Apparate. Ein binokulares Präpariermikroskop ist in der Entwicklung. Die Fabrikation eines astronomischen Schul- und Amateurfernrohrs, das ein zweiteiliges Objektiv mit vermindertem sekundärem Spektrum besitzt, läuft bereits weiter wird ein Refraktor hergestellt, der mit einem Fernrohr für photographische Aufnahmen gekoppelt ist. Der neue Zeiß-Ton-Kinokoffer kann in einem Personenkraftwagen befördert werden. Das Gerät ist mit den neuzeitlichsten technischen Feinheiten ausgestattet. Der neue 100-Patt-Kleinbilawerfer läßt sich in einem 28 mal 18 mal 27 cm großen Behälter tragen; er bringt auch von Paradies Bilder.

Wirtschaftsrevue vom 22. Juli 1949

RESTRICTED

RESTRICTED

2-1-1949

No. 179

Auszüge aus Presseberichten

Finanzwirtschaft der Ostzone. Mit Rücksicht auf die Planung im Bereich der Güterwirtschaft hat die Verwaltung der S3Z jetzt die Finanzrechnung auf das Kalenderjahr umgestellt. Daher beziehen sich die neuen Voranschläge für die öffentlichen Haushalte auf die drei Vierteljahre von April bis Dez. 1949. - Die erste auffallende Entwicklung, welche die Finanzpläne erkennen lassen, ist die starke Zentralisierung, die sich seit dem vorigen Jahr vollzogen hat. Sie zeigt sich einmal darin, daß die Zonenverwaltung jetzt über erhebliche eigene Einkommensquellen verfügt, die im Verlauf des verg. Jahres erschlossen wurden. Bis dahin wurde die gesamte Wirtschaftskommission aus Erträgen von Post und Bahn finanziert. Diese beiden Unternehmungen brachten Überschüsse von jährlich rund 650 Mill. Mark, von denen 400 Mill. als Reparationszahlungen abzuführen waren. Der Rest diente der Finanzierung der Zonenverwaltungen. Diese hatten eigene Einnahmen nur in Höhe von 90 Mill. Mark. Jetzt weist allein die Hauptverwaltung Finanzen der DWK 2369 Mill. Mark Einnahmen für 9 Monate aus. Dieser Betrag enthält neben den Budgetüberschüssen des verg. Jahres, die alle öffentlichen Haushalte an die Zentrale überweisen mußten, und gewissen durchlaufenden Einnahmen der Deutschen Investitionsbank vor allem die großen Einkünfte aus den Freien Läden sowie aus einigen Sondersteuern. Diese Einnahmen lassen sich ziemlich genau mit 1,75 Milliarden Mark errechnen.

Diese aus den Zahlen des jetzt vorgelegten Etats abgeleitete Summe wird durch eine Kontrollrechnung bestätigt. Im ersten Quartal 1949 erzielte die DWK etwa 450 Mill. Mark aus den Handelsgewinnen und Sondersteuern, dabei stammten rund 3/5 aus den Freien Läden und ca. 2/5 aus Steuern auf Starkbier und auf eine besondere Zigarettenart. Für 9 Monate entspricht das einem Betrag von 1350 Mill. Mark. Eine erhebliche Zunahme erwartet die DWK jetzt deswegen, weil die Sätze für die Einkommen und Lohnsteuer vom 1. April d. J. an gesenkt worden sind. Der sich daraus ergebende Ertragsrückgang wird für 9 Monate auf 600 Mill. Mark geschätzt. Nun hofft man, daß die Bevölkerung einen Teil der eingesparten Steuerbeträge zum Einkauf in den Freien Läden benutzt, die 85 v. H. ihrer Einnahmen an die DWK abzuführen haben. - Ferner sind Überweisungen der Länder an die DWK noch erhöht worden. Im verg. Jahr betragen diese Abführungen, die zur Finanzierung der Reparationen und der Bes.kosten bestimmt waren, 4,2 Mrd. Mark, davon 1,15 Mrd. Mark für 9 Monate. In Wirklichkeit aber sollen 3,52 Mrd. Mark überwiesen werden, so daß den Ländern von 6,3 Mrd. Mark Gesamteinnahmen nur 2,8 Mrd. für eigene Ausgaben bleiben. Das bedeutet, daß Verwaltungsaufgaben von den Ländern auf die DWK übergegangen sind.

Nach dem Finanzplan für die VEB sollen diese 712 Mill. Mark Zuweisungen aus dem Haushalt bekommen und 575 Mill. Mark an ihn zahlen, also mit einem Defizit von 137 Mill. Mark arbeiten. Die Zahlen enthalten jedoch einige Transaktionen, die mit der Betriebsrechnung für das jetzige Finanzjahr nichts zu tun haben. Man hat nämlich auch einen Plan dafür aufgestellt, wieviel Betriebsmittel in Form von Kassenvorständen und Bankguthaben die einzelnen Betriebe halten dürfen. Da bei der Enteignung zwar die Aktiven, aber nicht die Passiven übernommen wurden und da die Geldreform die Guthaben der VEB unangetastet ließ, waren die VEB verhältnismäßig reichlich mit flüssigen Mitteln ausgestattet. Nun sollen sie davon 382 Mill. Mark an die DWK abgeben. Andererseits erhalten einige Betriebe, die zu wenig Mittel hatten, 24 Mill. Mark von der DWK. Ferner stellt die zentrale Finanzverwaltung 208 Mill. Mark zur Verfügung, damit die Betriebe langfristige Verbindlichkeiten ablösen können. Per Saldo bekommt also die DWK von den Betrieben 150 Mill. Mark aus diesen Finanztransaktionen, die man natürlich außer acht lassen muß, wenn man die erwarteten Betriebsergebnisse betrachten will. Das echte Betriebsdefizit beläuft sich demnach auf 287 Mill. Mark. - Zu den Zahlungen der volkseigenen Betriebe wird ferner auch die Körperschaftssteuer gerechnet, die in die Finanzkasse der Länder fließt. Sie soll 125 Mill. Mark bringen. Das ist sehr wenig, denn ungefähr 40 % der gesamten ostdeutschen Industrieproduktion entfallen auf die von der DWK geleiteten Unternehmungen. Die Gewinne, die an den Haushalt abgeführt werden,

No. 179 a

RESTRICTED

No. 178

Auszüge aus Presseberichten

Ernährungslage der SBZ. Trotz der Versprechungen der DMK, es würden für Fleisch und Fett ab Juni keine Austauschstoffe wie Käse und Milch ausgegeben werden, wurde die Bevölkerung wieder einmal getäuscht. Das einzige, was es frei zu kaufen gibt, ist Kaffee-Ersatz und Essig. Regelmäßig entsteht im Spätfrühjahr ein Engpaß in der Ernährung, der angeblich nur durch die großzügige Hilfe der SU überbrückt werden kann. Tatsache ist, daß nach der Ernte bisher in jedem Jahr riesige Mengen von Getreide, Kartoffeln und anderen Nahrungsmitteln auf der Eisenbahn verladen und über das große Verpflegungslager Müllrose nach Rußland abtransportiert worden sind. Außerdem hat jedoch die sowjet. Bes. Macht in Sachsen und in Thüringen große Verpflegungslager eingerichtet, deren Größe und Erweiterung darauf schließen lassen, daß von hier aus die Versorgung ganzer Truppenkontingente vorgenommen werden kann. In Thüringen sind es der Chef der Landwirtschaftsabteilung, Major AMNEBESTISTO, und der Chef für Handel und Versorgung, Major MOROSANOFF, die fast alle alten Verpflegungslager ausbauen und füllen ließen. So lagern im ehemaligen Wehrmachtslager Meiningen/Thür. 3 000 t Getreide, 9 000 t andere Nahrungsmittel, im ehemaligen Verpflegungslager Gera 5 000 t Getreide, in Marbach bei Erfurt 24 000 t Getreide und 26 000 t andere Nahrungsgüter. In den Kühlhäusern des Landes Thüringen lagern zur Verfügung der Roten Armee 1 600 t Butter, 1 300 t Fleisch und 7 Mill. Eier. Diese Lagerbestände stehen außerhalb des Versorgungsplanes der Roten Armee, die bekanntlich vollkommen aus den Erzeugnissen der einzelnen Länder in der Ostzone lebt. So muß z.B. das Land Thüringen der Roten Armee für das 3. Quartal 1949 zur Verfügung stellen:

Mehl	713 t	Vollmilch	748 t
Rindfleisch	150 t	Butter	77 t
Schweinefleisch	260 t	Zucker	1 068 t
Wurstwaren	260 t	Wagen	8 300 t
Fische	59 t	Geräte	1 600 t
Eier	735 000 Stück	Hafer	610 t

Außerdem aber hat im letzten Jahr die Rote ARMEE 46 000 t Kartoffeln und 4 500 t Gemüse für Ernährungszwecke und 64 000 t Kartoffeln, 23000 t Getreide, 12 000 t Heu und 16 000 t Stroh für Futterzwecke aufkaufen lassen. Selbstverständlich verfügen die sowjetischen Truppen im Lande Thüringen auch über 8 Güter mit sehr großem Viehbestand, insgesamt 3 000 Schweinen, 5 000 Kühen und Rindern und 2 000 Schafen.  
Telegraf vom 13. Juli 1949

Motorisierte Streifen der Ostpolizei verjagen seit einigen Tagen die Menschenmassen von der Autobahn Berlin - Helmstedt, die mit den Fahrern der für Berlin bestimmten bestmögliche Tauschgeschäfte machen oder sie anbetteln wollen. Diese Maßnahme erfolgte, nachdem das SED-Politbüro die zuständigen Stellen aufgefordert hatte, dem unwürdigen Treiben an der Autobahn ein Ende zu bereiten.

"Es war höchste Zeit, daß gegen die Propagandawagen der westdeutschen Transporte durch die Ostzone etwas unternommen wurde", erklärte Willy STOPP. "Jede Heringstonne, die Schwarz vom LKW fällt und in die Zone rollt, ist politischer Sprengstoff."

Die Welt vom 16. Juli 1949

Im Chemiewerk Leuna ist es gelungen, eine für die Treibstoffgewinnung notwendige Spezialkontaktmasse nach einem neuen Verfahren herzustellen. Bei diesem Verfahren werden gewöhnlich früher pro Tonne 1827,- Mark Kosten eingespart. Gleichzeitig wird der gesamte Arbeitsprozeß von 40 auf 8 Std. reduziert. Der neue Produktionsprozeß ermöglicht es ferner, Arbeitskräfte einzusparen und die Reparaturen auf ein Minimum zu beschränken.

Neues Deutschld. vom 12. Juli 1949

Hans JENDRETZKY forderte dieser Tage vor 30 000 Zuhörern die Absetzung des gewählten Westöerliner Magistrates als erste Voraussetzung für die Wiederherstellung der "Einheit Berlins". Weiter forderte Jendretzky die Abschaffung der Westmark und den Anschluß Berlins an das wirtschaftliche Hinterland der Sowjetzone. Bei der Kundgebung waren Einheiten der Volkspolizei in weißen Uniformen aufmarschiert.

Die Neue Ztg. vom 21. Juli 1949

RESTRICTED

## No. 177 a (Fortsetzung)

Angaben betrug der Produktionswert des Maschinenbaus und der Elektrotechnik zusammen im Jahre 1948 etwa 1050 Mill. Mark. Mit der gesamten Produktion dieser beiden wichtigen Industriezweige würden also erst  $\frac{2}{3}$  der sowjetischen Ansprüche befriedigt werden. Die wirkliche Lage ist sogar deshalb noch ungünstiger, weil die Produktionswerte auf den gegenwärtigen Preisen beruhen, die Werte der Reparationslieferungen aber auf den niedrigeren Stoppreisen von Ende 1944. Sachleistungen von  $1\frac{1}{2}$  Mrd. können also nur aufgebracht werden, wenn der größte Teil der Erzeugung an Produktionsmitteln nach der SU geht. Einzelbeobachtungen aus der SBZ zeigen, daß auch jetzt noch in wichtigen Branchen des Maschinenbaus und der Elektrotechnik nicht mehr als 10 - 20 % der Gesamtproduktion für den deutschen Bedarf übrigbleiben. Nun hat aber die SBZ bekanntlich in den Jahren 1945 - 1947 außergewöhnlich große Demontagen erlebt, von denen mindestens 50 % des gesamten maschinellen Produktionsapparates betroffen wurden. Wenn die Produktion wesentlich über den jetzigen niedrigen Stand gesteigert werden soll, so ist das nicht ohne bedeutende Neuinvestitionen möglich. Außerdem ist der jetzige maschinelle Produktionsapparat zum erheblichen Teile überaltert und bedarf dringend der Erneuerung.

Nicht geringer ist die Bedeutung der Reparationsentnahmen für die Leistungsfähigkeit der SBZ im Interzonen- und Außenhandel. Vor dem Kriege waren am Export Mitteldeutschlands gerade die Produktionsmittelindustrien stark beteiligt. Da die Produktion des Maschinenbaus heute noch nicht die Hälfte von 1936 erreicht hat und hiervon noch der überwiegende Teil der Reparation dient, bleibt für Interzonenhandel und echten Export nur sehr wenig übrig. Zwar sind die Umsätze im Außenhandel im Jahre 1948 gegenüber den Vorjahren beträchtlich gewachsen, doch liegen sie noch weit unter dem, was für eine normale Produktion und Versorgung notwendig ist. So sind z.B. die völlig unentbehrlichen Einfuhren von Textilrohstoffen aus der westlichen Welt bis auf Einzelfälle ausgeblieben, mit sehr ungünstigen Auswirkungen für das Produktionsvolumen und für die Qualität der Erzeugnisse. Schließlich bedeuten Sachleistungen in solcher Höhe, daß in der SBZ ständig ein Kaufkraftüberhang entstehen muß, weil durch den Abfluß großer Teile der Produktion, ohne daß ein Gegenwert hereinkommt, das Gleichgewicht von Geldmenge und Warenmenge immer von neuem gestört wird. Schon aus diesem Grund kann die Ostmark der "Deutschen Notenbank" niemals den gleichen inneren Wert besitzen wie die Westmark der "Bank Deutscher Länder". Daher muß das heutige sowjetische Reparations-System aufgegeben werden, wenn die Wirtschaftseinheit Deutschlands hergestellt werden soll. Seine Fortdauer würde bedeuten, daß die sowjetischen Reparationsentnahmen von westdeutschland mitbezahlt werden müßten. Denn in einem wirtschaftlich geeinten Deutschland würde die "freie Kaufkraft" der SBZ, der dort keine ausreichende Warenmenge gegenübersteht, zu den westdeutschen Märkten strömen, mit der notwendigen Folge steigender Preise und sinkender Kaufkraft des Geldes.

Wirtschaftsrevue vom 15. Juli 1949

Eisenbahn. Laut Befehl der SBA soll die letzte Lücke im Berliner Außenring zwischen Oranienburg und Kadow geschlossen werden, damit der Güterverkehr der Ostzone mit Ostberlin nicht mehr durch die Westsektoren der Stadt geleitet werden muß. Die Bahn soll in 6 Monaten fertiggestellt werden.

Die Welt vom 18. Juli 1949

Neue Tankanlagen a.d. Ostsee. An der mecklenburgischen Ostseeküste soll demnächst mit dem Bau neuer Tankanlagen für die Lagerung von Treibstoffen begonnen werden. Dies veranlaßt aus dem Wirtschaftsministerium der Landesregierung Mecklenburg. - Da die sowjetische Mineralölhandelsges. "Derunapht", die 55 v.H. des gesamten Treibstoffhandels der Ostzone kontrolliert, als Auftraggeber angesehen wird, vermutet man, daß die neuen Tankanlagen ausschließlich strategischen Nachschubinteressen der sowjetischen Marine dienen sollen.

Die Welt vom 18. Juli 1949

Zigaretten-Invasion. Auf den Straßen Westberlins, vor allem in der Nähe der S-Bahnhöfe, tauchen jetzt wieder, durch Schwarzhändler angeboten, Zigarettenorten der sowjet. RASMO-Exportges. auf, die in riesigen Mengen nach Berlin hineingepumpt werden. Der Preis beträgt 1,- DM für eine Zwanzigstückpackung. Auf einigen Bahnhöfen Westberlins sind Vorratslager eingerichtet worden, aus denen die Schwarzhändler laufend versorgt werden. Zweck soll sein, daß die Einnahmen, die sich die West-Berliner Stadtverwaltung aus der Tabakwarensteuerung erhoffe, möglichst niedrig gehalten werden.

RESTRICTED

No. 177

## Auszüge aus Presseberichten

Reparationen in der SBZ. Für die 3 Jahre 1946 - 1948 kann man eine reine Reparationsleistung aus laufender Produktion von etwa 4 1/2 Mrd. Mark annehmen, die sich 1949 um weitere 1,4 Mrd. Mk. erhöhen wird. Dazu ist jedoch zu bemerken, daß sich diese Summe aus den von den Sowjets angerechneten Preisen ergibt, die den wirklichen Werte der Lieferungen nicht entsprechen. Denn es werden nur die Stoppreise von 1944 zugebilligt, die weder den heutigen Produktionskosten in der SBZ noch den Weltmarktpreisen entsprechen. Man wird daher annehmen können, daß der wirkliche Wert der Reparations-Sachlieferungen um etwa 40 - 50 % über den angerechneten Preisen liegt. Dies gilt ebenso für die anderen Zonen, in denen die Sowjets Teile der laufenden Produktion ihrer Zone für ihre Interessen entnehmen. Es handelt sich dabei zunächst um Lieferungen an die Rote Armee und ihre Unterlieferungen, die keineswegs nur Lebensmittellieferungen für die Gruppenverpflegung umfassen, sondern darüber hinaus auch Industriewaren der verschiedensten Arten. Als zweite Gruppe kommen die Aufkäufe sowjetischer staatlicher Handelsgesellschaften hinzu, von denen als wichtigste die Gesellschaft Kasno-Export, außerdem Techno-Export, Exportljon (Textilindustrie), Sojuspuschnia zu nennen sind. Die Käufe der Handelsgesellschaften sind größtenteils nicht freiwillig zwischen den Partnern abgeschlossene Geschäfte, sondern beruhen auf Lieferanweisungen der Besatzmacht, den sogen. Narjaden, die von diesen Gesellschaften gekauft waren und offenbar meistens auf sowjet. Rechnung ins Ausland exportiert worden und bedeuten damit für die Sowjets eine wichtige Quelle der Devisenbeschaffung. Nun werden freilich sowohl die Armeelieferungen als auch die Aufkäufe der Handelsgesellschaften bar in deutschem Gelde bewahrt. Dieses stammt jedoch aus den gewaltigen Summen, die die zentrale Finanzverwaltung der Zone jährlich an die Bes. Macht abführen muß und die über die Aufwendungen für die "reinen" Reparationen weit hinausgehen; es waren im Finanzjahr 1948/49 4,2 Mrd. Mark (1947/48 5,2 Mrd.). Die deutsche Wirtschaft der Zone erhält für diese Lieferungen also lediglich an sich wertloses Papiergeld, während die Sachwerte hinausgehen, ohne daß dafür ein realer Gegenwert hereinkommt. Der Umfang dieser Lieferungen ist schwer festzustellen. Fundierte Schätzungen beziffern die Lieferungen an Armee und Handelsgesellschaften im Jahre 1946 auf ca. 800 - 900 Mill., 1947 auf ca. 1200 - 1300 Mill. und 1948 auf ca. 1100 - 1200 Mill. Mark. Man wird also annehmen können, daß die SBZ in den Jahren 1947 - 48 in diesen beiden Formen weitere Sachlieferungen zugunsten der SU in Höhe von ca. 3 - 3 1/2 Mrd. Mark erbracht hat; die Gesamtsumme der Lieferungen aus der laufenden Produktion steigt dadurch auf 7,5 bis 8 Mrd. Mark. - Selbst bei einer dem wirklichen Wert der Lieferungen entsprechenden Berichtigung dieser fiktiven Summe wäre damit aber noch nicht der volle Umfang der Leistungen der SBZ erfaßt. Es müßten z.B. noch die Sondergewinne hinzugerechnet werden, die die Sowjets aus dem regulären Export der Zone erzielen; denn der Erlös richtet sich nach den Weltmarktpreisen, während der deutsche Hersteller wieder lediglich den Stopppreis erhält. Ferner müßte auch der Wert der Arbeitsleistungen angerechnet werden, die deutsche Arbeiter im ausschließlichen Interesse der Sowjets erbringen. An erster Stelle steht dabei der Hauerbergbau im sächsischen Erzgebirge. Auch diese Leistungen werden aus den finanziellen Reparationen der Zone bezahlt, die also für den Entzug der Arbeitskräfte keinen effektiven Gegenwert erhält. Derartig gewaltige Sachleistungen müssen natürlich die Wirtschaft der SBZ entscheidend beeinflussen. Am unmittelbarsten wirken sie sich für die Versorgung der deutschen Wirtschaft und Bevölkerung der Zone aus. Inzwischen ist eine gewisse Besserung in der Zuteilung von Bekleidungs- güttern, Schuhen, Möbeln und Hausgeräten eingetreten, weil bei den reinen Reparationsforderungen die Konsumgüter stark zurückgetreten sind. Allerdings sehen die Aufkäufe der sowjetischen Handelsgesellschaften auch jetzt noch weiter; eine gewisse Besserung in der Versorgung ist jedoch unbestreitbar, auch wenn im Niveau noch nicht entfernt an den Stand in Westdeutschland heranreicht. Zucker ist das einzige hochwertige Nahrungsmittel, das die SBZ gegenwärtig in ausreichender Menge erzeugt, und trotzdem sind die Normalrationen nur halb so groß wie in Westdeutschland. - Der eigentliche Schwerpunkt der Reparationen liegt gegenwärtig vor allem bei den Produktionsmitteln (Maschinen, Apparaturen, elektrotechnische und feinmechanische Erzeugnisse, Schiffe, Kraftfahrzeuge, Eisenbahnwaggons, Feldbahnlokomotiven u.ä.). Was hierbei Lieferungen von fast 1 1/2 Mrd. bedeuten, ergibt sich aus folgendem: nach offiziellen

RESTRICTED

No. 177

No. 58

## Auszüge aus Rundfunkberichten

Sender Stuttgart vom 25. und 26. Juli 1949

Dr. SCHLANGE-SCHOENINGEN hat einen Dreijahresplan ausgearbeitet, der eine angemessene landwirtschaftliche Ausstattung mit Düngemitteln, Maschinen, Saatgut, Futtermitteln, Schädlingsbekämpfungs- und Beizmitteln sowie die Durchführung des landwirtschaftlichen Forschungs- und Erziehungsprogramms und die Bereitstellung von Mitteln zur Flurbereinigung vorsieht. Da hierfür beträchtliche Beträge erforderlich sind, reichen die finanziellen Hilfsquellen der deutschen Länder nicht aus, diese zu beschaffen. Dr. Schlange-Schoeningen hat daher beim Zweimächtekontrollamt 785 Mill. DM beantragt.

Die Gewerkschaften der westdeutschen Eisenbahn haben sich gegen weitere Entlassungen ausgesprochen. Ebenso wurde eine weitere Verstärkung der Kurzarbeit entschieden abgelehnt. Der Vorstand der Gewerkschaft vertritt die Ansicht, die Reichsbahn könne die Krise nicht überwinden, wenn sie nicht Hilfe erhalte. Aber nicht der Abbau der produktiven Kräfte, sondern eine Unterstützung der Reichsbahn sei erforderlich.

Die antikommunistische "Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit" forderte Thomas Mann auf, anlässlich seines geplanten Besuches in Weimar dem Konzentrationslager Buchenwald einen Besuch abzustatten, um sich mit eigenen Augen davon zu überzeugen, unter welchen Bedingungen die politischen Gefangenen leben müssten.

Prof. STIEVE, der Leiter des anatomischen Instituts an der Berliner Humboldt-Universität, ist von seinem Posten zurückgetreten, da man ihn an der Veröffentlichung der Ergebnisse seiner wissenschaftlichen Arbeiten hinderte.

Der Dichter Heinrich ZERKAULEN ist in die Gruppe der Mitläufer eingestuft worden. Zerkaulen war im Herbst v.J. aus Dresden nach westdeutsches Land geflüchtet, da er es abgelehnt hatte, der SED und dem Kulturbund beizutreten.

Der Prozeß vor dem Landgericht München gegen Alfred LORITZ, der beschuldigt wird, die Gefängnisverwaltung Stadelheim in der Öffentlichkeit herabgewürdigt zu haben, wurde auf Befehl der Mil.Reg. ausgesetzt. Der stellvertretende bayerische Min.Präsident und Justizmin. Dr. Josef Müller sowie zwei weitere hoch Beamte seines Ministeriums erklärten daraufhin wegen Einmischung der Mil. Reg. in die Rechtspflege ihren Rücktritt. - Der bayerische Landtag beschloß, seine Sitzung aus Protest gegen die Haltung der Mil.Reg. im Fall Loritz abzubrechen. In einer gemeinsamen Erklärung der Fraktionen wurde betont, der Landtag wolle mit diesem Beschluß seinen einmütigen Willen zum Schutze der Unabhängigkeit der Rechtspflege und der Demokratie Ausdruck verleihen. Das Landtagspräsidium und die Staatsregierung wurden beauftragt, den Standpunkt des Landtags und der Regierung gegenüber der Besatzungsmacht mit allem Nachdruck zu vertreten.

Der bayerische Landtag will seine gesetzgeberische Arbeit nicht eher wieder aufnehmen, bis eine den Landtag befriedigende Klärung des Falles Loritz mit der Besatzungsmacht erreicht wird. - Unter Beifall aller Fraktionen billigte der bayerische Min. Präs. Dr. Ehard die Haltung seines Justizministers, dessen Rücktrittsgesuch er jedoch nicht annehmen könne. Er bat Dr. Müller, seine staatspflichtigen weiterhin wahrzunehmen.

In einem von der SMA veröffentlichten Schreiben an Gen. Mc Lean erklärte Gen. Dratwin, die sowjetischen Behörden hätten keineswegs die Absicht "eine große oder kleine Blockade" über Berlin zu verhängen. Er versicherte, der Straßenverkehr zwischen den Westzonen und Berlin werde von den sowjetischen Behörden in keiner Weise beeinträchtigt werden.

Als erstes Land der künftigen Bundesrepublik Deutschland hat Hamburg einen Gesetzentwurf ausgearbeitet, der einen öffentlichen Nachweis der Herkunft von Parteigeldern verlangt. Nach Billigung des Gesetzes müßten alle geldlichen oder sonstigen Zuwendungen von mehr als 1000,- DM von den Parteien in einer Zeitung oder einem amtlichen Anzeiger zusammen mit dem Namen des Geldgebers und dem damit verbundenen Vereinbarungen veröffentlicht werden.

RESTRICTED

257 24 49

No. 57

Auszüge aus RundfunkberichtenSender Stuttgart vom 22. Juli 1949

Die Gewerkschaften aller drei Westzonen wollen sich zu einem einheitlichen Gewerkschaftsbund zusammenschließen. Wie BOECKLER sagte, sollen die Beratungen über den Zusammenschluß demnächst stattfinden.

BOECKLER hat Bevin erneut um Übermittlung des Demontagebefehls gebeten. Er erklärte, in der Demontagefrage müsse eine sinnvolle und gerechte Lösung gefunden werden. Die Demontage gebe allen radikalen Elementen eine Chance zum Eingreifen.

Die Berliner Stadtverordnetenversammlung hat einen neuen Haushaltsplan aufgestellt, in dem der Wahlbetrag auf 253 Mill. Mark, das ist ein Fünftel des ursprünglichen Defizitbetrages, herabgesetzt worden ist. Die Herabsetzung wurde durch scharfe Einschränkungen der Ausgaben, stärkere Besteuerung und mit Hilfe eines Kredites aus Westdeutschland erreicht.

Zu den neuen Grenzkorrekturen zugunsten Hollands erklärte Min.Präsident ARNOLD, daß diese Maßnahme in der Bevölkerung weitere Beunruhigung hervorgerufen hätte. Er sagte, wir alle hatten geglaubt, daß es nunmehr genug sei mit der Schaffung von Grenzprovisorien und daß man zu der Einsicht gelangt sei, daß solche Operationen in keiner Weise geeignet seien, den Willen zur europäischen Zusammenarbeit zu fördern.

Sender Stuttgart vom 23. Juli 1949

Dr. SCHUMACHER erklärte in seiner ersten Rede in der französischen Zone, er habe seit Kriegsende keine unfreundlicheren Worte gehört als die Rede Bevins, der zur Vorsicht bei der Aufnahme Deutschlands in den Europa-Rat geraten habe. Sicher müsse man vorsichtig sein, aber auf beiden Seiten. Es sei absurd, das Saargebiet als assoziiertes Mitglied in den Europa-Rat aufnehmen zu wollen, ebenso wie ein geeintes Europa mit einem autonomen Saargebiet. Das Saarland sei ein Teil Deutschlands. Seine Aufnahme in den Europa-Rat könne zu einer Oder-Weißelinie des Westens führen.

Der SPD-Parteivorstand hat alle Angriffe gegen KRIEDEMANN zurückgewiesen. Die SPD nennt die Angriffe "Fälschungen", die nicht bewiesen werden könnten.

Der Berliner Vertreter der Zweizonenverwaltung für Wirtschaft, von SCHUMANN, teilte mit, daß in Kürze ein Abkommen mit der DWK über den Interzonenhandelsverkehr möglich sei. Das größte Hindernis für ein Übereinkommen sei die Frage der Verrechnung. Dieses Hindernis sei jetzt aber zum größten Teil überwunden.

Min. Präsident LUEDEMANN hat den Wirtschaftsrat um Hilfe ersucht. Die Vertriebenen in Schleswig-Holstein müßten in der gleichen Weise unterstützt werden wie die Opfer in Prüm. Die große Arbeitslosigkeit habe die Notlage in Schleswig-Holstein verschärft, daher bäte er um geldliche Unterstützung.

Sowjetische Grenzpolizei und Volkspolizisten haben die Kontrolle bei Helmstedt wieder verschärft. Bis zu 100 Fahrzeuge müßten auf die Abfertigung warten.

Der Deutsche Volksrat lehnte auf seiner achten Tagung eine Einbeziehung der Ostzone in die Bundesrepublik Deutschland ab. Otto GROTEWOHL erklärte, der Westen müsse alle brennenden Maßnahmen, wie die Bundeswahlen, zurückstellen. Eine Anerkennung der Bonner Verfassung würde den Verzicht auf staatliche und wirtschaftliche Souveränität Deutschlands bedeuten.

Der Volksrat erneuerte sein Angebot an die westdeutschen Körperschaften und Organisationen, sich an der Bildung eines gesamtdeutschen Ausschusses zu beteiligen, der sofort mit der Ausarbeitung von Vorschlägen an die Bes.Mächte gemäß dem Pariser Abkommen beginnen sollte.

RESTRICTED

No. 56

Auszüge aus Rundfunkberichten

Sender Stuttgart vom 21. Juli 1949

Die CDU eröffnete heute ihren Wahlkampf in Heidelberg. Hauptredner waren Dr. ADENAUER und Dr. EHARD. Dr. ADENAUER betonte, daß vom Ausgang der Bundeswahlen das Wohl und Weh Deutschlands abhängt. Als die wichtigsten Aufgaben der deutschen Bundesregierung bezeichnete er den Wohnungsbau, eine äußerste Sparsamkeit in der Verwaltung, den Abbau der Steuern, die Schaffung eines sauberen Beamtentums, die Zurückführung der Kriegsgefangenen und die Errichtung eines besonderen Ministeriums, dem die Aufgabe gestellt werden soll, dafür zu sorgen, daß die Teilung Deutschlands in West und Ost nicht eine ewige sein werde. Bei heftigen Angriffen gegen die SPD stellte Dr. Adenauer die Behauptung auf, es sei die historische Schuld dieser Partei, in der Ostzone den Widerstand gegen den Kommunismus und den russischen Bolschewismus versprochen zu haben. Das Ziel der CDU sei, bei der Wahl die Geburtsstunde einer sozialistischen Wirtschaft zu verhindern. Es gehe um die Entscheidung, ob Deutschland künftig christlich oder sozialistisch regiert werde. - Es sei eine neue Staatsidee notwendig, die auf die Einigung Europas hinziele, erklärte Dr. EHARD. Deutschland könne zwar heute keine äußeren Machtmittel bieten, es könne aber einen Geist des Friedens entwickeln, der mehr wert habe als alle militärische Macht und Rüstungsprogramme.

Der Württemberg-Badische Landtag befaßte sich heute mit den schulentlassenen Jugendlichen. Es wurde festgestellt, daß 31 000 ohne Ausbildungsmöglichkeiten seien. 20 000 könnten auch in den nächsten Wochen nicht untergebracht werden. Die Berufsschulpflicht soll nun erweitert werden.

Radio Stuttgart wird morgen als letzter Sender der amerikanischen Zone in deutsche Hände übergeben. Damit wird die amerikanische Kontrolle, die bisher noch durch einen Kontrolloffizier ausgeübt wurde, vollständig aufgehoben. Radio Stuttgart wird künftig die Bezeichnung Süddeutscher Rundfunk führen.

Der Abbautermin für die Chemischen Werke Hüls ist auf 1. Sept. festgesetzt worden. Es ist noch nicht abzusehen, ob das Werk Hüls nach Durchführung der Demontagevorhaben noch konkurrenzfähig bleiben wird. Bereits vor wenigen Tagen mußten 1 200 Arbeitskräfte wegen Absatzschwierigkeiten für die Erzeugnisse der noch laufenden Produktion entlassen werden.

Das hessische Kabinett hat eine Vorlage des Landespersonalamtes genehmigt, wonach ehemalige Wehrmachtsbeamte in den hessischen Staatsdienst übernommen werden können. Die Richtlinien besagen, daß frühere aktive Wehrmachtsbeamte des mittleren Dienstes eingestellt werden können, wenn sie mindestens 35 Jahre alt sind, eine dem Staatsdienst gleichwertige Wehrmachtsprüfung abgelegt haben. Außerdem muß eine Bewährungsfrist von 12 Monaten verstrichen sein. - Aktive Wehrmachtsbeamte des mittleren gehobenen Dienstes können bei einem Mindestalter von 40 Jahren unter denselben Bedingungen in den mittleren Staatsdienst eingestellt werden. Aktive Wehrmachtsbeamte des höheren Dienstes können übernommen werden, wenn sie durch Ablegung der vorgeschriebenen Prüfung die Befähigung zum höheren Verwaltungsdienst erworben und sich ca. 1 Jahr praktisch bewährt haben.

Im brit. Unterhaus  
Eine Delegation der Labour-Fraktion wird in den nächsten Tagen nach Westdeutschland kommen, um die Auswirkungen der Demontage auf die Lage der Arbeiter zu untersuchen. Die Delegation wird sich zunächst zum Vorstand der SPD nach Hannover und dann ins Ruhrgebiet begeben. - Der Vorstand der SPD nimmt in einer Erklärung zu einer Äußerung McNeils Stellung, bei der britischen Regierung seien keine sozialdemokratischen Proteste gegen die Demontagepolitik bekannt. Seit 3 1/2 Jahren habe die SPD bei fast allen öffentlichen Kundgebungen sowie in der Presse und in Gesprächen mit der brit. Mil.Reg. sehr eindeutige Proteste gegen die Demontage der Friedensindustrie erhoben. Diese Proteste hätten die Aufmerksamkeit sowohl der britischen und der deutschen Öffentlichkeit als auch der Stellen der brit. Mil.Reg. gefunden.

≠ Ausbildung und eine gleichwertige ...

RESTRICTED

No. 55

Auszüge aus Rundfunkberichten

Sender Stuttgart vom 20. Juli 1949

Der Wirtschaftsrat verabschiedete heute das Wertpapier-Bereinigungsgesetz sowie ein Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Sicherung von Forderungen für den Lastenausgleich. Damit werden Ruinengrundstücke für den Wiederaufbau von alten Vorlasten befreit. Außerdem billigte der Wirtschaftsrat das Notgesetz für die deutsche Hochseefischerei. Danach wird von der Doppelzone eine Subvention von 6 Mill. Mark für Bunkerkohle geleistet werden, die für die Tonne 15 Mark beträgt. Das Gesetz ist bis zum 30. Juni 1950 befristet.

Ferner wurde das Gesetz über die Grundsätze der Lohnregelung angenommen, wonach in Tarifverträgen eine Regelung von Löhnen und Gehältern, die eine geringere Lohnfestsetzung lediglich auf Grund des Geschlechtes oder Alters vorsehen, nicht vereinbart werden darf. Das bedeutet, daß nunmehr Jugendliche und Frauen bei gleicher Arbeitsleistung auch die gleiche Entlohnung erhalten werden.

In Andernach hat der Landesvorsitzende der CDU Rheinland-Pfalz, Min. Präs. ALTMAYER, den Wahlfeldzug seiner Partei eröffnet. Er sagte, die CDU habe sich in Bonn nicht in allen Punkten, besonders in kulturellen und finanziellen Fragen, durchsetzen können. Sie werde jedoch im Bundestag das nachholen, was im Grundgesetz nicht erreicht worden sei.

Prinz Konstantin von Bayern hat eine Kandidatur zum westdeutschen Bundestag abgelehnt.

Die Landeswahlleiter der westdeutschen Länder einigten sich über die Auslegung der §§ 10 und 24 des Wahlgesetzes. Der § 10, der die Bestimmung über die nach dem Höchstzahlverfahren den Parteien zufallenden Mandate enthält, soll nach der in Niedersachsen bestehenden Wahlordnung ausgelegt werden. Danach werden bei Berechnung der den Parteien auf Grund der Landeslisten zustehenden Mandate die nicht auf dieser Liste angeschlossenen Kreiswahlvorschläge in Abzug gebracht. Die von diesen Wählervereinigungen oder Parteien errungenen Mandate werden demnach die dem Land zustehenden Mandatszahlen nicht erhöhen. Der § 24 findet seine Auslegung darin, daß die Länderdelegierten von den Landtagen in ihrer heutigen Zusammensetzung zu wählen sind.

Der 2. Vorsitzende der UGO erklärte, es sei möglich, daß die westberliner Eisenbahner erneut in den Streik treten werden, wenn die Bedingungen, die zur Aufhebung des Streiks führten, weiterhin nicht anerkannt würden. Es könne zu unliebsamen Komplikationen kommen, wenn sich die RBD weiter weigere, die Löhne in Westmark ausbezahlen.

In einer Sitzung der badischen Landesregierung in Freiburg wurden die Fragen der Lohnregelung im südwestdeutschen Gebiet auf Grund des Artikels 118 des Bonner Bundesgesetzes eingehend besprochen. Volle Einigkeit bestand darüber, daß eine unmittelbare Verständigung der drei beteiligten Länder auf Grund des Artikels 118 einer bundesgesetzlichen Regelung vorzuziehen ist. Prof. Dr. WISCHENBURG äußerte sich optimistisch über die Bildung des Südweststaates. Er sagte, im Südwestdeutschen Raum gebe es ein echtes politisches Gefühl, das sich nicht befehlen lasse.

Auszüge aus dem Kommentar von E. HATTMANN, RIAS Berlin.

Seit einiger Zeit propagiert die SED die Idee von der Nationalen Front. Sie wendet sich damit an alle Bevölkerungsschichten. Gleichzeitig werden die Parteiführer der Ostzone bearbeitet, einer Einheitsliste der Blockparteien zuzustimmen. Die bürgerlichen Parteien versuchen zwar, im Hinblick auf die angekündigten Wahlen ihre Selbständigkeit zu behaupten, doch läßt man schon durchblicken, daß getrennte Wahllisten wohl nicht zugelassen werden. Die Pläne der SED gehen dahin, eine ostdeutsche Regierung aufzustellen. Wenn die Parteien nun getrennt marschieren würden, hätte die SED nichts zu erwarten. Und das soll vermieden werden. Aus diesem Grunde dringt sie darauf, daß eine Einheitsliste der Blockparteien aufgestellt wird. Selbstverständlich wird sie sorgen, daß ihre Leute auf sicheren Stellen stehen. Wenn diese Wahlen beendet sind und die von der SMA genehmigte Regierung etabliert ist, sind die Vorbereitungen für eine vollständige Sowjetisierung der Ostzone geschaffen.

RESTRICTED

50X1-HUM

No. 184

Auszüge aus Presseberichten

Sowjetische OT, Seit 1945 sind Offiziere und Weanschaften der sowjetischen OT (Ketsch) ein Schrecken der Behörden. Ohne Genehmigung dieser Einheiten, die in der Ostzone über fast 100 eigene Feldpostnummern verfügen, darf von seiten russischer Dienststellen kein Auftrag auf bauliche Veränderungen, Neubauten oder Arbeiten im Baunebengewerbe erteilt werden. Fast täglich sind die Ketschleute bei den Arbeitsämtern zu treffen, von denen sie Arbeitskräfte verlangen. Bis 1947 mußten die Anforderungen der Ketsch mit Vornehm behandelt werden. Erst seit Beginn des Uranbergbaus ist diese Voreinstellung verlorengegangen. Aber noch in diesem Jahr vergeht kaum ein Tag, an dem nicht irgendeine sowjetische Einheit in einer Stadt der SBZ auf den Gedanken kommt, ihre Kaserne baulich zu verändern. Meistens wird das Zehnfache der tatsächlich nötigen Arbeitskräfte angefordert. Fast täglich stehen die Angestellten der Arbeitsämter vor der Aufgabe, für die sowjetischen Dienststellen so viel Leute abzustellen, wie überhaupt Handwerker in der Stadt vorhanden sind. Alle anderen Arbeiten, auch Notstandsarbeiten, müssen liegenbleiben, damit das Soll erfüllt wird. - Durch die überaus mangelhafte Organisation der sowjetischen Dienststellen und auch der Einheit Ketsch gibt es fortgesetzt Reibereien zwischen den einzelnen Stellen. Die Deutschen sind die Leidtragenden dieser Auseinandersetzungen. Die Zusicherungen der Ketsch auf Bezahlung sind in vielen Fällen nicht gehalten worden, so daß z.B. die Minister für Arbeit und Sozialpolitik der einzelnen Länder in der SBZ in mehreren Verfügungen an die einzelnen Arbeitsämter eingreifen mußten, wobei eingestanden wurde, daß sehr viele rückständige Forderungen deutscher Firmen entstanden waren.

Ohne an die Abtragung alter Schulden zu denken, fordert die Ketsch die Gestellung neuer Arbeitskräfte. Hohe Kosten entstehen durch die in jedem Jahr neu zu errichtenden Barten von ganzen Barackenstädten für die immer größer werdenden Manöver in der SBZ. Zur Zeit konzentriert sich die Tätigkeit der Ketsch auf die Kreise Templin und Luckenwalde. Rück-sichtslos werden Handwerks- und volkseigene Betriebe zur Arbeitsleistung herangezogen. Sägewerke, Fischereien und Brotbäckereien, die täglich z.B. im Kreis Templin 60 000 Brote liefern müssen, haben seit mehreren Wochen kein Geld erhalten. Das in den Wäldern eingeschlagene Holz, z.B. im Kreis Luckenwalde 100 000 fm, wird zur Hälfte als Bauholz benutzt, ohne daß das Landesforstamt dafür eine Entschädigung erhält, oder aber geht als Grubenholz im Rahmen des Exportplanes für die Ostzone gegen Dollarzahlung ins Ausland.

Telegraf vom 16. Juli 1949

Nachdem in den letzten Monaten in der SBZ fünf volkseigene Handelszentralen errichtet worden sind, wird jetzt mitgeteilt, daß in Kürze fünf weitere Handelszentralen, und zwar für Schuh- und Lederwaren, Möbel, Hausrat, Kohle und Maschinenbau ins Leben gerufen werden sollen. Diese Zentralen sind selbständige wirtschaftliche Organe, die von einem Direktor geleitet werden und in den Ländern und Kreisen je nach dem Umfang ihrer Geschäfte Niederlassungen und Lager errichten. Die Handelszentralen verkaufen sowohl an die industriellen Verbraucher als auch an die Einzelhändler. Es wird betont, daß zwar weiterhin auch der private Großhandel zur Warenbewegung herangezogen wurde, jedoch bestünde keine Möglichkeit, die 80 000 privaten Großhandelsbetriebe der SBZ sämtlich weiterhin an Handelsgeschäften zu beteiligen. Die Gründung dieser Zentralen wird u.a. darauf zurückgeführt, daß sich die Industrie- und Handelskontore der DDR und die Deutsche Handelsgesellschaft teilweise nicht bewährt haben, weil ihr Apparat neben kommerziellen auch administrative Aufgaben zu lösen hatte.

Wirtschaftsrevue vom 29. Juli 1949

Die DWK hat zum Einkauf für die "Freien Länder" 1 Mill. Westmark zur Verfügung gestellt. Der Leiter der Handelskommission für volkseigenen Handel in der SBZ, Paul BAENDER, hat bereits auf seiner Reise durch die Westzone in Krefeld und Gelsenkirchen Textilien im Werte von rund 200 000 DM eingekauft. Er beabsichtigt, in Offenbach Lederwaren und in Pforzheim Uhren zu kaufen. Wie Bänder weiter bekannt gab, würden auch Halbfabrikate zur weiteren Verarbeitung in volkseigenen Betrieben gebraucht werden.

Wirtschaftsrev. vom 29. Juli 1949

RESTRICTED

RESTRICTED

No. 185

Auszüge aus Presseberichten

Deutsches Antimon. Das in Thüringen geförderte Antimonerz, das bisher in der Tschechoslowakei verhüttet wurde, soll jetzt an Ort und Stelle verarbeitet werden, und zwar sind dazu die technischen Einrichtungen der früheren Metallgießerei Saase in Schleiz als erste Grundlage für eine Antimonhütte herangezogen worden. Schon Anfang 1946 wurde berichtet, daß die Antimonerzförderung auf der Grube "Halber Mond" in der Oerterbismadorfer Flur bei Schleiz wieder aufgenommen worden sei. Aus den geförderten Erzen sollten monatlich etwa 2 bis 2,5 t metallisches Antimon gewonnen werden, und man hoffte, die Förderung bis auf etwa 6 t zu bringen, das wären rd. 72 t im Jahr. Vor dem Krieg konnte Deutschland nur etwa 1 - 2 % seines Bedarfs aus der eigenen Förderung decken. Bei den deutschen Erzen handelt es sich zudem meist nicht um reine Erze, sondern um antimonhaltige Blei- und Edelmetallerze, die an vielen Stellen Deutschlands vorkommen. - In der Vergangenheit sind aus den Schleizer Gängen etwa 400 bis 500 t gewonnen worden. Vor dem Krieg hatten die Arbeiter der Thüringer Kohle AG zwar gute Neuaufschlüsse in der Schleizer Gegend erbeutet, doch konnten nur geringe Mengen abgebaut werden. Günstig ist, daß die mitteldeutschen Vorkommen meist mit Edelmetallerzen vergesellschaftet sind, so daß die Erzeugungskosten auf einem erträglichen Stand gehalten werden können.

Wirtschaftsrevue vom 29. Juli 1949

Leuna-Benzin. Das jetzt als "Mineraldünger-Chemie-Werk Leuna" firmierende ehemalige Leuna-Werk in Leuna hat wieder die Produktion von Benzin aufgenommen. Das Werk stellt monatlich rund 12 000 t Benzin her. Darin sind rund 500 t Flüssiggas (Treibgas) enthalten. Das Unternehmen erzeugt außerdem noch eine Vielzahl chemischer Grundstoffe, darunter Perlon.

Das Leuna-Benzin ist das einzige Qualitätsbenzin der Ostzone, das ohne Beimischung von Antiklopfmitteln als fahrfertig betrachtet und mit den aus der Erdölverarbeitung stammenden Benzinen verglichen werden kann. Alle anderen synthetischen Treibstoffwerke erzeugen nur sogenannte Grundbenzine, mit denen sich die Autofahrer in der SBZ seit Kriegsende begnügen mußten.

Die Welt vom 29. Juli 1949

Zulassungen zum Studium. Anträge auf Zulassung zum Hochschulstudium an den Universitäten und Hochschulen der SBZ und der Berliner Humboldt-Uni. sind jetzt nach einer Anordnung der ostzonalen Verwaltung für Volksbildung nicht wie bisher direkt an die Universitäten, sondern an die Kreiskommissionen für Kulturarbeit im Wohnbezirk des Antragstellers zu richten. Diese Kreiskommissionen, die sich aus SED-, FDGB- und Kulturbundvertretern zusammensetzen, treffen unter den Studienbewerbern eine Vorwahl. Die Verwaltung für Volksbildung hofft auf diese Weise, die Studienbewerber nach besser nach politischen Gesichtspunkten auswählen zu können.

Bad. Abendztg. vom 28. Juli 1949

Swinebinde. Im Rahmen des polnischen Sechsjahresplans soll in Swinebinde ein Fischereihafen errichtet werden. Die Kosten des Projekts werden mit 4,5 Mrd. Zloty veranschlagt. Man rechnet damit, daß die gegenüber Danzig/Gdingen geringere Entfernung zur Nordsee eine erhebliche Ersparnis an Treibstoff, bessere Ausnutzung der Flotte und häufigere Gänge ermöglichen wird. Auf Grund provisorischer Schätzungen wurden im letzten Jahr in Danzig/Gdingen 12,7 Mill. t gegen 9,7 Mill. t in der Vorkriegszeit umgeschlagen. In Stettin ging der Warenumsatz auf 3,1 Mill. gegenüber 7,5 Mill. t vor dem Kriege zurück. In den sogenannten kleineren polnischen Häfen wurden 1948 755 000 t umgeschlagen.

Auf Anordnung des polnischen Seefahrts-Ministeriums ist die "Fischerei verfteten Aktiengesellschaft" als "Fischereierwerft" mit Sitz in Gdingen verstaatlicht worden.

Die Welt vom 30. Juli 1949

RESTRICTED

RESTRICTED

No. 59                      Auszüge aus Rundfunkberichten

Sender Stuttgart vom 27. Juli 1949Kommentar von Eugen HARTMANN, MIA, Berlin:

Die Diskussion um das künftige Schicksal Berlins ist neuerdings wieder aufgenommen worden. So ist z. B. der Vorschlag aufgetaucht, verschiedene Bundesbehörden nach Berlin zu legen. Dieser Plan ist sowohl in Berlin als auch in der Ostzone mit großer Sympathie aufgenommen worden. Seine Durchführung wird jedoch auf Schwierigkeiten stoßen, da Berlin im Bundestag noch nicht vertreten ist. Außerdem ist Berlin nur durch einen eingleisigen Schienenstrang mit den Westzonen verbunden. General Dratwin hat zwar einen ungehinderten Interzonenverkehr versprochen und auch den gesamten Kraftwagenverkehr freigegeben. Doch muß erst abgewartet werden, ob die Sowjets auch in der Praxis zu ihren Versprechungen stehen. Die Gründe zu dem plötzlichen Umschwung sind nicht genannt worden. Vielleicht gibt aber eine Konferenz, die dieser Tage mit Vertretern der DWK in Karlshorst stattfand, Aufschluß. Da hat nämlich Botschafter Semjonow Beschwerde darüber geführt, daß die Ostzone bisher nur 60 % ihres Reparationsschulds und Exports erfüllt hat. In diesem Zusammenhang wurde die DWK auch angewiesen, auf jeden Fall zum Abschluß eines Interzonenabkommens zu kommen, um mit Hilfe dieser Lieferungen aus dem Westen die Defizitwirtschaft der Ostwirtschaft zu beenden. Sicherlich wird die Aufhebung der sogenannten Kleinen Blockade auch für Westberlin von Vorteil sein, so sie von Dauer ist. Dort fehlt es vor allem an Aufträgen und Krediten. Westberlin braucht Investitionen von mindestens 2 Mrd. Mark, wenn die Industriebetriebe wieder auf ihre alte Leistungsfähigkeit gebracht werden sollen. Der Berliner Maschinen- und Werkzeugpark ist auf ein Fünftel reduziert. Hinzu kommt die Abspaltung des Ostsektors und die Abschneidung vom Hinterland in der Ostzone. Eine Ausbalancierung des Etats ist unmöglich. Eine weitere Drosselung würde nur die Arbeitslosigkeit erhöhen. Rechnen kann die Rentenempfänger, Arbeitslosen und Kurzarbeiter mit ihren Angehörigen zusammen, so kommt auf 40 % aller Westberliner Einwohner, die auf öffentliche Unterstützung angewiesen sind. Neben der politischen steht die wirtschaftliche Existenzfrage. Es müssen Kredite, Lohnoffen und Aufträge nach Berlin gebracht werden. Aus wirtschaftlichen und politischen Gründen erstrebt Berlin den engsten Konnex mit Westdeutschland und der künftigen Bundesregierung, und die Bevölkerung der Ostzone würde es begrüßen, wenn durch Errichtung eines Ostministeriums oder Verlegung einiger Bundesministerien nach Berlin die Verbundenheit der getrennten Hälften manifestiert würde.

Vor Pressevertretern wurde heute in Frankfurt erneut die Frage der Bundeshauptstadt diskutiert. Frankfurts Vertreter waren der Ansicht, daß nur in Frankfurt die Bundesministerien zweckmäßig untergebracht werden können, während Dr. Wamersieb meinte, nach seiner Ansicht sei Bonn doch geeigneter.

Min. Präs. Dr. Ehard und Horlauer wollen mit der amerikanischen Mil. Reg. den Fall Loritz klären.

Thomas MANN, der von der Kampfrube gegen Unmenschlichkeit zu einem Besuch des Konzentrationslagers Buchenwald aufgefordert worden war, nahm heute offiziell zu diesem Buchen Stellung, und zwar lehnte er das Ansuchen ab. Er betonte, er werde zwar die Ostzone aufsuchen, aber es sei ihm nicht möglich, Bemerkungen zu stellen, die die einladenden deutschen Behörden nicht erfüllen können.

Die Radiosendungen in der Ostzone sollen nicht mehr zensiert werden. Die Russen sollen angeblich darauf verzichtet haben.

Wenzel JAKSCH sprach heute über die Forderungen der Flüchtlinge. Er sagte, Deutschland könne nicht allein für die Flüchtlinge aufkommen, zur Lösung der Frage sei internationale Hilfe erforderlich. Jaksch trat für ein Bundesministerium für Flüchtlingshilfe und Wiederaufbau ein.

RESTRICTED

RESTRICTED

No. 60

Auszüge aus Rundfunkberichten

Sender Stuttgart vom 28. Juli 1949

Die "Sammlung zur Tat" ist von der französischen Militärregierung als fünfte Partei in Württemberg-Hohenzollern lizenziert worden.

Die Berliner Stadtverordnetenversammlung trat heute zur 25. ordentlichen Sitzung zusammen. Einstimmig wurde ein Gesetz verabschiedet, das vorsieht, Menschenraub oder versuchte Entführung mit Zuchthaus zu bestrafen.

Die katholischen Bischöfe haben einen Hirtenbrief zu den Wahlen erlassen. Die Bischöfe rufen die Gläubigen auf, sie sollten sich an den Wahlen beteiligen. Wahlrecht sei Wahlpflicht! Wer nicht wähle, unterstütze die Feinde des Christentums.

Die Postverwaltung der SBZ hat den westdeutschen Postverwaltungen in Frankfurt und Rastatt die Wiederaufnahme des interzonalen Paket- und Päckchenverkehrs vorgeschlagen. Nach dem Vorschlag der Ostzonen-Postverwaltung sollen gewöhnliche und Einschreibepäckchen bis zu 2 kg, Pakete und Wertpakete bis 7 kg und einer Wertangabe von 500 Mark zugelassen werden.

Der württembergische Landesbischof MÜLLER hat die Glieder der evangelischen Landeskirche aufgerufen, sich an den Bundestagswahlen möglichst vollzählig zu beteiligen. Es sei nicht fromm, sondern fahrlässig, wenn die Christen sich nicht um die Wahl kümmern.

PUENDER hat heute die Demontage-Sanktionschrift unterzeichnet. In ihr wird nochmals eingehend der deutsche Standpunkt zur Demontagefrage zusammengefaßt.

Die Landesregierung von Südbaden hat sich zur Flüchtlingsfrage geäußert. Die Umsiedlung wird sich erheblich verzögern, weil offene Arbeitsplätze nicht zur Verfügung stehen.

Alle Zensurbestimmungen für den Post- und Fernmeldedienst der Westzonen und der drei Westsektoren Berlins werden aufgehoben.

In Dortmund und Essen sind an alle deutschen Arbeiter, die in Demontage-Unternehmen beschäftigt sind, noch einmal Drohbriefe verteilt worden. Es sei das letzte Mal, heißt es in dem Schreiben, daß man warne. Alle, die an der Zerstörung deutscher Arbeitsstätten mitarbeiteten, würden von den Unterzeichneten belagert. Man sei nicht länger gewillt, mit anzusehen, wie die deutsche Wirtschaft durch gesinnungslose deutsche Landsleute zerstört werde.

Sender Stuttgart vom 29. Juli 1949

Die CDU hat erfahren, daß die Staatliche Polizei der Ostzone eine Schwarze Liste von ca. 40 Männern aufgestellt hat, an deren Spitze Jakob Kaiser steht. Die Geheimpolizei hat für die Ergreifung Kopfpfandien ausgesetzt.

Zum Papst-Dekret hat ein Sprecher der katholischen Kirche in der SBZ Stellung genommen. Er sagte, das Dekret solle in der Zone mit aller Vorsicht angewandt werden. Der Sprecher kündigte gleichzeitig an, daß eine endgültige Politik der katholischen Kirche in Ostdeutschland anläßlich der bevorstehenden Bischofskonferenz in Fulda festgelegt werden wird. Bis dahin sollen die Priester in der SBZ vor jeder übereilten Handlung Abstand nehmen.

Thomas MANN hat seinen bevorstehenden Besuch der Stadt Weimar erneut als einen unpolitischen Akt bezeichnet. Er werde aber in seiner Weimarer Rede die Überzeugung zum Ausdruck bringen, daß die errungenen Freiheiten des Individuums nicht untergehen dürfen und auch von revolutionären Richtungen aufgenommen werden müßten. Er werde ferner andeuten, daß sein Mitgefühl den Leidenden der Ostzone sei.

Eugen KOCOW hat Thomas Mann empfohlen, in Weimar öffentlich und hörbar zu schweigen. Er müsse sich vorher entscheiden, was ihm richtiger erscheine: die Freundschaft der 12000 Gefangenen und der Haß der Mächthaber, oder der Haß der Gefangenen und die Freundschaft der Mächthaber.

RESTRICTED

RESTRICTED

No. 61

Auszüge aus FunkberichtenAuszüge aus einer Wahlrede E. GEBHARDT's:

Als im Frühjahr 1933 das Reichstagsgebäude zu brennen begann, war eine Epoche zu Ende. Die Katastrophe fing an. Wer versteht es nicht, wann heute Hunderttausende zur Bundestagswahl sagen, alles schön und gut, aber dieses Mal ganz ohne mich. Gerade Euch aber möchte ich ein Wort sagen, die ihr bisher nicht gedankenlos dem politischen Leben fern geblieben seid, sondern aus Charakter, damit es nicht heißt, daß Ihr das Mantelchen nach dem Winde dreht. Auf Euch kommt es an, denn der Augenblick ist da. Heraus aus der Reserve! Der Kampf um Deutschland tritt in einen neuen Abschnitt. Es muß gewählt werden. Uns paßt bei weitem nicht alles am Bonner Grundgesetz, aber es ist ja nur ein Provisorium, das zudem noch die Pläne anderer darstellt. Damit soll nicht gesagt werden, daß uns solche Pläne fehlten. Wir brauchen keine Pläne zu importieren. Wir sind frei und aufnahmebereit für das Beste, was wir von draußen beziehen können. Aber wir glauben, daß wir die politische Note selber bestimmen können. - Es ist keine Frage, daß auch bei diesen Wahlen alte Meinungsverschiedenheiten eine Rolle spielen werden. Die Worte und Gedanken betreffend Wiederaufbau und Lebenserhaltung Deutschlands neben einer europäischen Völkergemeinschaft sowie manche anderen Dinge müssen endlich zur Tat und Wirklichkeit werden. Wir brauchen einen gerechten Ausgleich zwischen Preisen und Löhnen, eine Herabsetzung der Lohn- und Einkommensteuern. Schutz und Hilfe für die Opfer des Krieges sind ebenso notwendig wie menschenwürdige Unterkünfte und ein verträglicher Lastenausgleich. Den Marximus halten wir für ein Unglück. Große Bedeutung messen wir der Landwirtschaft bei. Wir sind vom Ausland so abhängig, daß wir keine Mühscheuen dürfen, unsere Erzeugung zu erhöhen. Vier Jahre schlagen wir uns nun mit der Flüchtlingsfrage herum. Ohne internationale Hilfe können wir das Problem nicht meistern. Es ist untrennbar mit der Einheit Deutschlands und Wiedergewinnung der deutschen Reichsgrenzen verbunden. Das Siedlungswesen und den Wohnungsbau wollen wir planvoll im Bundestag vorwärts bringen. Damit sind jedoch nur einige Hauptfragen angeschnitten, die alle die Förderung des Friedens, die Sicherung des Rechts und die Schaffung von Arbeit und unser täglich Brot zum Ziele haben.

In Rheinland-Pfalz konnten nur vier Parteien ihre Wahlvorschläge einreichen. Neue Parteien sind nicht zugelassen worden. Im Bundestag wird Rheinland-Pfalz mit 25 Sitzen vertreten sein.

Ein Teil der Hafenstadt Kehl ist der deutschen Verwaltung unterstellt worden. Innerhalb von vier Jahren soll die Stadt etappenweise zurückgegeben werden.

Die Prkt. Wirtschaftsbehörden haben die Bes. Behörden gebeten, das Soforthilfegesetz unverzüglich zu beschleunigen. Die Deutschen könnten die Verzögerung nicht verstehen.

Die Ostzone besteht auf die Auslieferung von Ilse KOCH an den Gerichtsstand ihrer Straftaten, Weimar, da sich das bayerische Staatsministerium mit der Auslieferung im vergangenen Jahr einverstanden erklärt habe.

Sender Stuttgart vom 30. Juli 1939

In Berlin wurde heute ein Memorandum veröffentlicht, in dem der Magistrat um die Einbeziehung der Stadt in das Marshallprogramm nachsucht. Es heißt darin, daß die Zahl der Arbeitslosen bis zum 15. Juni auf 200 000 angestiegen sei. Die Arbeitskräfte, die infolge der Einsparung der städtischen Ausgaben frei würden, könne die Wirtschaft unmöglich aufnehmen. Die Enttrümmerung Berlins müsse in Kürze eingestellt werden. Die für den Wiederaufbau erforderlichen Mittel stünden nicht zur Verfügung. Die Finanzlage werde sich noch weiter verschärfen, solange der Berliner Wirtschaft nicht ausreichende Kredite zur Verfügung stünden.

RESTRICTED

RESTRICTED

No. 127

Auszüge aus Rundfunkberichten

Sender Leipzig vom 26. und 27. Juli 1949

Mit dem Gelöbnis, die ganze Kraft für den Transport, für die Reparatur- und die Instandsetzungspolitik einzusetzen, wurde die Transportkonferenz abgeschlossen. Um die Produktion und Übererfüllung zu erreichen, wurde die Forderung gestellt, bis Ende des Jahres alle Arbeitsnormen zu überprüfen, sowie die Arbeitsproduktivität um 20 % zu steigern und neue Tarifpläne auszuarbeiten. Ferner sollen die inner- und zwischenbetrieblichen Wettbewerbe auf breiter Basis entwickelt werden. Förderung der Aktivistebewegung, Unterstützung der Jugendkollektive und Jugendbrigaden sowie inner- und außerbetrieblicher Erfahrungsaustausch sollen angestrebt werden. Zur besseren sozialen Betreuung wurde eine Abteilung Kulturpolitik bei der DWK errichtet. Man gelte, mit allen Deutschen in der Nationalen Front zu stehen im Kampf gegen die Absichten der imperialistischen Mächte, Westdeutschland in eine Kolonie zu verwandeln.

Die bisher veröffentlichten Meldungen über die Demontage bei Bornaig in Tegel sind jetzt bestätigt worden. So werden dort weitgehende Demontagearbeiten im Auftrag der französischen Militärregierung durchgeführt. Gegenwärtig werden trotz heftiger Proteste seitens der Bevölkerung wertvolle Maschinen abgebaut.

Unter der Schlagzeile "Jetzt kommt die Zeit der Erfolge" veröffentlichte das Organ Neues Deutschland ein Interview mit Walther ULBRICHT. Auf die Frage, in welchem Stadium der Entwicklung sich die SED befinde, erklärte Ulbricht, daß zunächst die Grundlagen für eine Friedensentwicklung geschaffen werden müßten. Die Vorbereitung zum Zweijahresplan war eine der schwersten Aufgaben, die erfüllt wurde. Es ist wie bei einem Hausbau. Solange die Fundamente geschaffen werden, kann man sich kein Bild davon machen, was herauskommt. Doch jetzt ist es soweit. Die Erfolge allenthalben zeigen es. Die Überlegenheit der Planwirtschaft gegenüber der Mißwirtschaft Westdeutschlands wird sichtbar. - Auf die Frage, ob mit einer weiteren Verbesserung der Lebenshaltung und mit dem Wegfall der Karte IV zu rechnen sei, erwiderte Ulbricht, daß die Schaffung der MAS, die Erlassung einer Reihe von Gesetzesmaßnahmen usw. zur Erhöhung der landwirtschaftlichen Erzeugung geführt hätten. Ohne Zweifel könne man daher die Karte IV im Herbst aufheben. Doch genüge das seiner Meinung nach nicht. Vielmehr müsse man bestrebt sein, Schritt für Schritt die Rationierung aller Lebensmittel und Güter aufzuheben. Entscheidend seien Erhöhung des Außenhandels und Steigerung der Einfuhren.

50 DKW wird die Ostzone im Herbst an Schweden liefern. Die Wagen haben in Schweden wegen ihrer Wendigkeit einen besonders guten Ruf. Man erwartet daher bedeutende Lieferungen für das kommende Jahr.

Die Vollversammlung der DWK wird am 28. über weitere Maßnahmen zur Erhöhung des Lebensstandards beraten. Ein Referat darüber wird Fritz Selmann halten, während Landgraf den zweiten Punkt der Vollversammlung, nämlich eine Landarbeiterschutzverordnung, behandeln wird. Der Entwurf hierzu ist bereits vom Zentralsekretariat der SED ausgearbeitet und in Landarbeiterkreisen diskutiert und erörtert worden.

Auf der außerordentlichen Landeskonferenz in Halle, die im Zeichen des Max Reimann-Aufgebotes stand, erklärte Minister SIEWERT, daß die Jugend der Ostzone mit den Nachkriegsproblemen besonders schnell fertig geworden sei und daß die alte Generation in mancher Beziehung von der Jugend lernen müsse.

Min. RUECKERT berichtete über die Verwirklichung des Kulturplanes der DWK im Lande Brandenburg. In diesem Jahr werden 12 neue Schulen errichtet, der Bau von weiteren 25 Schulen ist vorgesehen. Außerdem werden 160 Schulen ausgebaut und Einrichtungen ergänzt. Mit der Fertigstellung der Landeshochschule ist in Kürze zu rechnen. Für all diese Arbeiten sind bisher mehr als 7 Mill. Investitionsgelder bereitgestellt worden.

RESTRICTED

RESTRICTED

29/7/49

No. 128

Auszüge aus Rundfunkberichten

Sender Leipzig vom 28. Juli 1949

In der heutigen Vollversammlung der DWK wurden weitere Maßnahmen zur Erhöhung der Produktion von Bedarfsgütern diskutiert. Eine entsprechende Verordnung des Sekretariats der DWK sieht noch in diesem Jahr die Ausgabe von 6 1/2 kg Textilrohstoffen und 1 Paar Schuhe pro Kopf vor. Für das kommende Jahr sind weitere erhebliche Steigerungen in der Ausgabe von Bedarfsgütern geplant. Auf die Frage nach der Beseitigung der Lebensmittelkarte IV erklärte Fritz SELBMANN, daß sie seiner Ansicht nach positiv beantwortet werden könne. Voraussetzung sei allerdings eine möglichst verlustlose Einbringung der Ernte. Er sagte, daß auch in der Ernährung der Kinder beachtliche Verbesserungen vorgesehen seien. Zur Durchführung dieser Maßnahmen seien Investitionen in Höhe von 145,5 Mill. Mark veranschlagt. Bruno LEUSCHNER gab das Antwortschreiben Oberdirektor Münders bekannt, darin die Bildung eines gesamtdeutschen Wirtschaftsausschusses abgelehnt wurde. DERTINGER stimmte den Ausführungen Selbmanns zu. Zum Brief Münders sagte er, daß bestimmte Kräfte im Westen nach wie vor bestrebt seien, die Spaltung Deutschlands aufrecht zu erhalten. In Ostdeutschland seien dagegen alle Parteien bestrebt, den Aufbau zu fördern und die Bemühungen zur Einheit zu unterstützen. Auch Min. Präs. DIECKMANN unterzog das Schreiben einer scharfen Kritik. In den Fragen der politischen und wirtschaftlichen Einheit Deutschlands dürfe es keine Prestigevorbehalte geben, sagte er. Betreffend den Abschluß eines Interzonenabkommens hat ein Vertreter einen neuen Vorschlag übergeben, der eine Wiederaufnahme des Interzonenhandels auf breitester Grundlage vorsieht.

Der Marshall-Plan ist ein wirtschaftliches Kampfmittel. Dieser Plan hat wesentlich zur Verschärfung der Gegensätze zwischen Ost und West beigetragen. Jeder müßte sich klar sein, daß ein dritter Weltkrieg den Untergang Europas bedeutet.

Bei den Westberliner Arbeitern häufen sich die Vorwürfe gegen FLEISCHMANN, den Herausgeber der Währungsbestimmungen. Diese verbieten den Westberlinern die Aufnahme der Arbeit im Ostsektor und verurteilen sie zur Arbeitslosigkeit.

In der Maxhütte legten die Arbeiter, Techniker und Ingenieure ein Bekenntnis zur festen gemeinsamen Zusammenarbeit ab. Direktor SEDLAZEK unterstrich die Notwendigkeit dieser Haltung, um den demokratischen Wirtschaftsaufbau in der Ostzone zu beschleunigen, da die große Produktionsaufgabe nur in guter Zusammenarbeit zwischen Arbeitern und Intelligenz bewältigt werden könne. Die sofortige Beseitigung der Zonengrenzen, nationale Unabhängigkeit und Abschluß eines Friedensvertrages wurden gefordert.

In den volkseigenen Werken in Mecklenburg wird eine große Anzahl von Ingenieuren, Technikern und Facharbeitern gesucht. Für Arbeiter, die sich bewähren, werden Wohnungen zur Verfügung gestellt, so daß sie die Möglichkeit haben, ihre Familien nachkommen zu lassen.

Sender Leipzig vom 29. Juli 1949

Erträge der eigenen Arbeit. Unter dieser Überschrift stellt die Tägliche Rundschau heute in ihrem Leitartikel fest, daß das Jahr 1949 der Ostzone bisher nicht nur die ersten großen Produktionserfolge gebracht habe, sondern auch im Zeichen der weiteren Verbesserung der Lebensbedingungen der Werktätigen stehe. Besonders bedeutungsvoll seien diese Erfolge, wenn man in Betracht ziehe, daß sie im wesentlichen aus eigener Kraft zustande gekommen seien. Betreffend die Abschaffung der Lebensmittelkarte IV erklärt die Zeitung, die Möglichkeit der Erfüllung sei durchaus gegeben. Entscheidend sei wiederum die eigene Leistung, und zwar dieses Mal die der Landwirtschaft der SBZ. Besser, billiger und mehr produzieren sei die Lösung.

RESTRICTED

RESTRICTED

No. 63

Presseberichte aus den Westzonen

GUD. Von der britischen Mil. Reg. ist der "Gemeinschaft Unabhängiger Deutscher" mitgeteilt worden, daß sie nicht mit der Genehmigung ihres Lizenzantrages auf Landesbasis rechnen könne. Daraufhin hat die GUD sofort ihre Kreisgruppen und befreundeten Organisationen zum Wählerstreik aufgerufen. Franz LOUDEN, der Düsseldorf-Geschäftsführer der GUD, erklärte, der Aufruf zum Wählerstreik sei vor allem aus Protest gegen den Rechtsbruch erlassen worden, der darin liege, daß sowohl Goebels' Tatgemeinschaft freier Deutscher als auch die GUD nicht lizenziert und daß dadurch die Aufstellung von unabhängigen Kandidaten verhindert worden seien.

Allgem. Ztg. vom 29. Juli 1949

Finanzpolitik. Der wissenschaftliche Beirat der Verwaltung für Finanzen fordert in einer Entschliessung über "öffentliche Ausgaben für Investitionszwecke" eine elastische Finanzpolitik. Sie müsse, ohne daß es dabei zu einer Erschütterung der Währung kommen dürfe, Einnahmen und Ausgaben der öffentlichen Hand den jeweiligen konjunkturpolitischen Erfordernissen anpassen und eine Gleichheit zwischen beiden in längeren Zeiträumen, die über ein Haushaltsjahr hinausgehen, möglich machen.

Da durch Investitionen der öffentlichen Hand, die gegenwärtig im wesentlichen aus Steuermitteln finanziert werden, die Steuerpflichtigen daran gehindert werden, selbst Kapital zu bilden und zu investieren, müsse grundsätzlich eine Zurückhaltung der öffentlichen Hand bei Investitionen empfohlen werden. Es könnten jedoch Investitionen, die keinen unmittelbaren Ertrag abwerfen, wie Anlagen, die zur Durchführung der "öffentlichen Dienste" sozialhygienischer und kultureller Art notwendig sind, nur aus öffentlichen Mitteln finanziert werden. Hierzu gehörten auch Neu- und Ersatzinvestitionen im sozialen Wohnungsbau und in agrarwirtschaftlichen Siedlungen, Flüchtlingsbetrieben usw.

Soweit für solche aufwendungen Mittel des Kapitalmarktes nur deshalb nicht herangezogen werden könnten, weil hiermit ein Risiko verbunden ist, das den Kapitalgebern nicht zuzurechnen werden kann, solle die öffentliche Hand Bürgschaften übernehmen.

In seinen Empfehlungen weist der Beirat ferner darauf hin, daß die Bedürfnisse der Fürsorgeempfänger, Sozialrentner, Kriegsbeschädigten und anderer in ihrer Existenz unmittelbar vom öffentlichen Haushalt abhängiger Volksgruppen durch angemessene Erhöhung der Nominalbeträge den erhöhten Lebenshaltungskosten angepaßt werden müssen.

Die Welt vom 28. Juli 1949

Interzonenhandel. In einem Schreiben an RAU erklärte Dr. PUENDER, daß er die Vorschläge der DWK für eine Verstärkung des Warenaustausches zwischen Mittel- und Westdeutschland mit großem Interesse zur Kenntnis genommen und geprüft habe. Die Verwirklichung der wirtschaftlichen Einheit aller vier Zonen sei jedoch nur durch vom Willen demokratisch frei und unmittelbar gewählter Volksvertretungen getragenen Organe möglich. Aus diesem Grunde glaube der Verwaltungsrat, der künftigen Regierung der Bundesrepublik Deutschland nicht vorgreifen zu sollen. - Dr. FÜNDEr schlug vor, den Handels- und Zahlungsverkehr zwischen der SBZ und den drei Westzonen zu verstärken sowie den Personen- und Güterverkehr zu erleichtern. Diesbezügliche Verhandlungen werde der Verwaltungsrat nach Kräften fördern. Man könne z.B. besondere Kommissionen etwa für den Interzonenhandel, den Zahlungsverkehr und das Verkehrswesen bilden. Voraussetzung sei jedoch, daß die Vertreter der SBZ für diese Kommissionen hinreichende Verhandlungsvollmachten hätten. Der Verwaltungsrat habe beschlossen, mit der Führung der demnächst fortzusetzenden Verhandlungen über die interzonalen Wirtschaftsbeziehungen Dr. GRAF und Dr. KAUMANN zu beauftragen.

Die DWK hat angeordnet, daß ab 1. August auf einem Warenbegleitschein verschiedenartige Güter aufgeführt und daß die Scheine gleichzeitig als Lieferscheine (ausgefertigt in nur noch zwei Exemplaren) verwendet werden können. Zeitungen und Zeitschriften dürfen ohne Warenbegleitschein versandt werden.

Städt. Ztg. vom 28. Juli 1949

RESTRICTED

No. 64

Presseberichte aus den Westzonen

Interzonenhandel. Die Verwaltung für Wirtschaft lehnte die in der vergangenen Woche gemachten Gegenvorschläge der DMK für eine Steigerung des Interzonenhandels ab. Es wird erklärt, daß die DMK eine ganze Reihe wichtiger Punkte unberücksichtigt gelassen oder abgelehnt habe. Nachdem die VFW der DMK in der Verrechnungsfrage und in dem Warenabkommen weitgehend entgegengekommen sei, könnten weitere Verhandlungen erst dann erfolgen, wenn die DMK sich bereit erklärt, die Vorschläge der VFW anzunehmen.

Die von der DMK abgelehnten Punkte sind:

- 1) daß die im Rahmen des Abkommens zu liefernden Güter ausschließlich der deutschen Wirtschaft zu Gute kommen,
- 2) daß die Waren beiderseits zu den in den drei Westzonen üblichen DM-Preisen geliefert werden,
- 3) daß die seit dem 12. Mai 1949 zu liefernden Waren auf das Abkommen anzurechnet werden,
- 4) daß bei den Verrechnungen eine Unterteilung in Unterkonten erfolgt,
- 5) daß durch das Verrechnungsverfahren keine Kursbildung zwischen West- und Ostmark festgelegt wird.

Die Neue Ztg. vom 1. August 1949

Änderung des Importverfahrens? In Frankfurt werden zur Zeit Verhandlungen über eine Änderung des Einfuhrverfahrens geführt. Hiernach soll die bisherige Praxis der wöchentlichen Einfuhrfreigaben, die jeweils immer nur geringe Warenmengen umfassen, insofern geändert werden, als die Devisenfreigaben für Häufchen nunmehr vierteljährlich bekanntgegeben werden sollen und eine Warenmenge betreffen werden, die 25 vH der Jahreskontingente entsprechen wird. - Die Laufzeit von der Veröffentlichung der Einfuhrfreigabe bis zur Einreichung der Anträge soll auf vier Wochen verlängert werden. Während die Zeichnungsfrist von 8 Tagen unverändert bleiben soll. In diesem Zusammenhang wird, um eine Ausnutzung von Einfuhrmöglichkeiten zu verhindern, von dem Erlaß einer Bestimmung gesprochen, nach der die Antragsteller den vollen Betrag, den sie gezeichnet haben, in bar bezahlen müssen, und zwar wie bisher innerhalb einer sehr kurzen Frist. Wird der volle Betrag innerhalb dieser Frist nicht gezahlt, scheidet der Antragsteller automatisch aus dem Bewerberkreis aus. Durch die Maßnahme hofft man, daß spekulative Anträge künftig vermieden werden und daß nur diejenige Warenmenge zur Einfuhr beantragt wird, die wirklich benötigt wird und auch bezahlt werden kann. Wenn trotz dieser Schutzmaßnahmen doch noch Überzeichnungen erfolgen sollten, die eine Repartition der zur Einfuhr genehmigten Warenmengen unter einen Satz von 50 vH für den einzelnen Antragsteller notwendig erscheinen lassen, entscheidet das Los unter den Bewerbern.

Die Änderung des Einfuhrverfahrens würde für den gesamten deutschen Außenhandel von entscheidender Bedeutung sein. Wenn es wirklich zu einer Änderung des Verfahrens kommt, ist die Ursache nach den bisherigen Erfahrungen auf die schwierige Handhabung des bisherigen Verfahrens zurückzuführen. Inwieweit sich nun das neue Verfahren auf den Außenhandel auswirkt, sofern eine Bestätigung durch die maßgeblichen Stellen erfolgen sollte, ist nun in keiner Weise zu übersehen.

Die Welt vom 29. Juli 1949

DRP. Auf einer Pressekonferenz in Hannover erklärte der Vorsitzende der Deutschen Rechtspartei, Alfred von THADDEN, die DRP werde sich bemühen, die rechtsgruppen in allen deutschen Ländern möglichst schnell zusammenzuschließen. Dazu gehörten auch die Nationaldemokraten Hessens. Der Deutschen Partei stehe die DRP sympathisch gegenüber. Eine Fusion sei möglich, wenn die DP die drei Hypothesen aufgeben, zu denen ihre Einstellung gegenüber Flüchtlingen, ihre Vertiefung des Besitzbürger-tums und ihre föderalistischen Bestrebungen gehörten.

Die Neue Ztg. vom 29. Juli 1949

Papstdekret. Radio Moskau veröffentlichte am Freitagmorgen zum erstenmal das Dekret des Vatikans gegen den Kommunismus. Es wurde von dem Kommentator als eine Verletzung der Religionsfreiheit bezeichnet. Der Papst werde jedoch in der Tschechoslowakei, in Polen und auch in anderen Ländern keinen Erfolg haben. Die Arbeiterschaft sei nicht gewillt, die imperialistische Politik des Vatikans mitzumachen.

Allgem. Ztg. vom 30. Juli 1949

RESTRICTED

No. 183

Auszüge aus Presseberichten

Kupferpläne der DWK. Das Projekt "Sangerhausen" soll nach Berichten der mitteldeutschen Presse nunmehr allseitig realisiert werden. Mit der Erschließung dieser im Raum Wernigerode-Lengefeld-Sangerhausen auf eine Fläche von rund 25 Mill. qm verteilten kupferhaltigen Erze will die DWK einmal 5 000 Arbeitern Lohn und Brot verschaffen, zum andern die beachtliche Menge von 340 000 t reinen Kupfers gewinnen. Die Hintergründe dieses Vorhabens, das mit einer Investition von 1,5 Mill. Ostmark schon innerhalb der nächsten drei Jahre die Europas modernster Schachtanlage werden soll, sind in der wachsenden Garantierbarkeit der ehemaligen Mansfeld-Betriebe zu suchen.

Vor dem Kriege arbeiteten man in den Schächten "Hermann", "Clothilde", "Zimmersmann", im "Adolf" und im "Eduard". Kupfer, Zink, Blei, Silber und Gold wurden hier in bis zu 500 m Tiefe gefunden. Aber schon die Mansfeld-AG hatte es vorgezogen, den Kupfererzabbau und die dazugehörigen Hütten wirtschaftlich von der Gewinnung der Harz- und Edelmetalle zu trennen, die letztere als reine Zuschauunternehmen vom Staat subventioniert werden sollten.

Im Unkenntnis dieser Tatsache wurde die SMA 1945 zunächst den gesamten Komplex als SAZ in eigene Hand, in dauerte allerdings kaum 2 Jahre, bis man erkannte, wie wenig lohnt diese Verschmelzung war. Daraufhin wurden die unrentablen Gruben und Hütten aus der SAZ herausgelöst und zu VEB erklärt. Lediglich die "Schmelzwerke" unweit Rottstedt, das Messingwerk "Rothenburg" und das Kupferkesselwerk "Altstedt" blieben in russischer Hand, d.h. jene Unternehmen, die schon unter der Mansfeld-AG als ertragreiche Werke von allen anderen Betrieben finanziell getrennt arbeiteten.

Es bleibt abzuwarten, was die SMA hinsichtlich der Eigentumsverhältnisse beschließt. 340 000 t gewinnbaren reinen Kupfers garantieren für Sangerhausen voraussichtlich die Rentabilität. Es liegt daher durchaus im Bereich der Möglichkeit, daß diese Schachtanlage, die für die drei sowjetischen Veredelungswerke der notwendigen Rohstoff liefert, dann der Sowjet-AG angegliedert wird.

Die Welt vom 27. Juli 1949

Holzexport in der SBZ. Der Export von Holz beträgt in der SBZ ein Vielfaches des Wachstums. Doch verbleibt nur ein geringer Teil des Holzes für die SBZ. In der Hauptsache wird exportiert; an der Spitze der Abnehmer steht die SU.

Für 1949 hat die DWK auf Anordnung der SMA einen recht ansehnlichen Exportplan aufgestellt, der auf 1,5 Mrd. 50 Mill. Dollar reicht.

Grubenholz	700 000 Festmeter	Eichenfässer	50 000 Stück
Schnittholz	525 000 Kubikmeter	Parkett	46 500 Quadratmeter
Schleifholz	250 000 Kubikmeter		
Eisenbahnschwellen	176 000 Kubikmeter	Rundholz	29 000 Festm.
Stammholz	90 000 Festmeter	Buche	10 000 "
Holzpfasterklötze	20 000 qm	Möbel	500 000 OM
Standardhäuser	15 600 "		

Brandenburg und Thüringen haben die Hauptlast zu tragen. Ihre Holzbestände mußten schon seit dem Einmarsch der Sowjets kräftig erhalten. Bevorzugt werden die wertvollen alten Buchen- und Eichenwälder, auch die jüngeren Nichtenwälder werden mitgenommen. Unter dem Druck der Anordnungen müssen sich die Forstämter bemühen, das hohe Einschlupfprogramm zu schaffen. Sie haben unter dem Szepter an Facharbeitern und Werkzeugen zu leiden.

Telegraf vom 17. Juli 1949

In dem ersten Lehrgang für Verwalter volkseigener Güter, der auf dem Volksgut "Thomas Münzer" im Landkreis Gera eröffnet wurde, nehmen 25 Landarbeiter von volkseigenen Betrieben des Landes Sachsen teil. Der achtwöchige Lehrgang sieht eine gründliche theoretische und praktische Ausbildung der Kurssteilnehmer zu Güterverwaltern vor.

Neues Deutschland vom 20. Juli 1949

Das Flußspatwerk Ülenitz im Vorkurs hat die Produktion aufgenommen, nachdem die Grube gesümpft worden ist. Es stellt Flußspat von 80 bis 90 % her. Das Soll beträgt für das 3. Vierteljahr 450 t, für das 4. Vierteljahr 600 t.

Wirtschaftsrev. vom 1. Juli 1949

RESTRICTED

No. 52

auszüge aus Rundfunkberichten

RESTRICTED

Wirtschaftsminister E. WILDERMUTH (DVP) zur Wahl:

Am 14. August soll das deutsche Volk den ersten Bundestag der deutschen Bundesrepublik wählen. Mancher meint, daß er sich dafür nicht zu interessieren brauche, weil er von der Politik nichts hören will. Aber die Entscheidungen, die der neue Bundestag treffen muß, werden jeden einzelnen betreffen, wenn nicht am politischen Interesse, dann am Geldbeutel. Wenn wir den Weg zurückblicken, den unsere Entwicklung seit Kriegsende gegangen ist, dann müssen wir sagen, daß wir viele Schritte nach vorwärts gemacht haben. Und diese Richtung muß weiter verfolgt werden. Wir werden schwierige Gespräche mit den Besatzungsmächten zu führen haben, z.B. wegen der hohen Besatzungskosten und der Demontage. Aber auch nach innen sind wichtige Fragen zu treffen. So vor allem auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik. Aus der Bauer und Handwerker, der Unternehmer und Beamte in den Jahren seit 1945 wieder aufgebaut hat ist ungeheuer. Man muß nur kreuz und quer durch Deutschland fahren, man muß Einblick haben, um stolz zu sein auf diese Leistung. Heute liegt aber ein schwerer Schatten darüber, nämlich die Frage: Stehen wir schon in einer Wirtschaftskrise oder werden wir eine Krise haben? Die Antwort wird ganz entscheidend bestimmt von ihrer Wahl. Was sind nun die wirtschaftlichen Grundsätze der DVP? Jede Wirtschaftspolitik halten wir für falsch, die den einzelnen zwingen will, dauernd gegen seine berechtigten Interessen zu handeln. Wir halten diese Politik für richtig, die den einzelnen die Möglichkeit gibt, unter Wahrung seiner berechtigten Interessen dem allgemeinen Wohl zu dienen. Das Ziel ist: "Eigentum für jedermann". Wir wollen nicht den Reichen arm machen, so daß letzten Endes überhaupt keiner mehr etwas hat, sondern den Armen zu Wohlstand bringen. Der Weg zu diesem Ziel bedeutet, daß wir unsere Wirtschaftspolitik fortsetzen müssen. Darüber hinaus muß der nächst wichtige Schritt auf dem Gebiet der Steuern gemacht werden. Die Steuern müssen gesenkt werden, damit die Arbeit wieder ihren Lohn bekommt, und es wieder möglich ist, Kapital zu bilden. Denn Kapital sichert den Arbeitsplatz. Unsere Industrie und Landwirtschaft stehen vor großen Aufgaben. - Flüchtlingen, Ausgebombten, Währungsgeschädigten usw. muß ein menschenwürdiges Dasein gegeben werden, und zwar nicht nur durch ungenügende Unterstützungen, sondern sie müssen wieder einen Start zur Arbeit finden. Wir müssen die Rücken unseres Produktionsapparates wieder schließen. Unsere maschinelle Ausrüstung ist ungenügend. Zur Anschaffung brauchen wir aber Kapital, und das bekommen wir nur durch Sparen.

Unser Wunsch ist ein einiges und freies deutsches Volk in bescheidenem Wohlstand auf Grund harter Arbeit, ein freies Volk, das in der Union des Vereinigten Europas seinen Platz einnimmt, damit auch für uns wieder das Wort Gültigkeit hat: Einigkeit und Recht und Freiheit.  
(Sender Stgt. v. 2.8.49)

Sender Stuttgart vom 2. August 1949

Wirtschaftsminister Dr. VEIT hat angeordnet, den Abbau der Landeswirtschaftsämter Stuttgart und Karlsruhe mit allem Nachdruck fortzuführen und sie bis spätestens 31. Dezember 1949 aufzulösen. Die Restbewirtschaftung wird nach Aufhebung dieser Ämter im Wirtschaftsministerium abgewickelt werden.

Unter dem Vorsitz von Min.Präs. AMMANN hat der Technische Ausschuss zur Unterbringung der Bundesbehörden in Frankfurt Berichte entgegengenommen. Die Berichte der Unterausschüsse geben Auskunft darüber, wie die Bundesorgane in Bonn für die ersten 200 so untergebracht werden können, daß sie arbeitsfähig sind. Die Stadt Bonn hat 15 Mill. DM für die erste Phase zur Verfügung gestellt bekommen. - Der Technische Ausschuss besichtigte und prüfte dann in Frankfurt alle Stellen, in denen Oberbehörden untergebracht werden können.

RESTRICTED

RESTRICTED

4/8/49

No. 188

Auszüge aus Presseberichten

Aluminium. Aus der SBZ wird gemeldet, daß das jetzt als SAG betriebene Elektrochemische Kombinat Bitterfeld die Herstellung von Hüttenaluminium wieder aufgenommen hat. Zunächst soll die Elektrolyse, wie es heißt, monatlich einige hundert Tonnen erzeugen, und zwar aus importierter Tonerde. Man hofft, durch diese Produktion die Rohstoffgrundlage der Leichtmetallindustrie der SBZ wesentlich zu verbessern. Diese Rohstoffgrundlage könnte mehr als ausreichend sein, wenn nicht bereits im Jahre 1945 das Kernstück der Vereinigten Aluminiumwerke, das Lautawerk bei Hoyerswerda in der Nähe von Spremberg von der SU demontiert und abtransportiert worden wäre. Dieses sächsische Aluminiumwerk war wohl die größte Erzeugungsanlage in Deutschland mit einer jährlichen Kapazität von 60 000 t Rohaluminium. Im Lautawerk wurde neben Roh-Aluminium aber auch Tonerde erzeugt, so daß eine Tonerdeimport für die ostdeutsche Aluminiumerzeugung heute nicht notwendig wäre, wenn man dieses wichtige Werk nicht demontiert hätte. Daneben wurde noch eine Kalksandstein-, Korund- und Sodafabrik betrieben. 1918 hatte das Lautawerk mit 201 t die Erzeugung aufgenommen, und hatte sich für die Folge zum wichtigsten deutschen Aluminiumwerk entwickelt. Das Aluminiumwerk in Bitterfeld gehörte bei der Gründung der Vereinigten Aluminiumwerke im Jahre 1917 einem aus der Metallgesellschaft Frankfurt a.M. und der I.G. Farbenindustrie bestehenden Konsortium, und erzeugte hauptsächlich Legierungen für die Spezialbedürfnisse dieses Konsortiums. Wie unzulänglich die Versorgung der ostdeutschen Wirtschaft auch mit Aluminium sein muß, geht daraus hervor, daß man sich von der jetzt aufgenommenen Rohaluminium-Gewinnung in Bitterfeld eine bedeutende Erleichterung der Versorgungslage erhofft. Man muß dabei berücksichtigen, daß Deutschland im Jahre 1937 eine Rohaluminiumerzeugung von 132 000 t hatte, von der auf die heutige Bizone nur 49 555 t entfielen.

Wirtschaftsrevue vom 29. Juli 1949

In einem Artikel des Nach-Express erklärte Walter ULBRICHT: "Wir haben heute in der SBZ nicht wenige frühere aktive Nazis, die eine verantwortungsvolle Arbeit leisten". Diese ehemaligen Pgs. könnten jedenfalls bestimmte Leistungen aufweisen, was man von einigen Mitgliedern der Ost-CDU und der Ost-IDP nicht sagen könne.

Die Welt vom 2. August 1949

Arbeitslosigkeit. Obwohl in der SBZ die Ergebnisse der Arbeitsmarktstatistik der Öffentlichkeit nicht zugänglich sind, läßt sich nicht verkennen, daß die Beschäftigungslage sich seit einem Jahr wesentlich verschlechtert hat. Für die ganze Zone werden nach offiziellen Angaben folgende Zahlen der Arbeitslosen genannt: Ende Februar 350 000, Ende April 390 000, Ende Mai 365 000. Auch bei dieser Globalziffer ist also die bisherige saisonale Besserung recht bescheiden, und es hat auch nicht den Anschein, daß sich im Juni wesentliches geändert hätte. Dabei sind jedoch in diesen offiziellen Zahlen wahrscheinlich nur die voll einsetzbaren Arbeitslosen enthalten, so daß für die beschränkt einsetzbaren noch ein Zuschlag von etwa 30 % gemacht werden muß; man käme damit auf eine Gesamtzahl von fast einer halben Million, die auch von Sachverständigen als wahrscheinlich angesehen wird. Damit ergibt sich eine Arbeitslosigkeit, die im Verhältnis zur Bevölkerungszahl ungefähr ebenso hoch ist wie in Westdeutschland. Nicht vergessen werden darf ferner, daß die - statistisch überhaupt nicht erfassbare - Kurzarbeit einen außergewöhnlich hohen Stand erreicht hat. Besonders in der Textilindustrie, aber auch in großen Teilen der Metallverarbeitenden Industrie ist die Zahl der Kurzarbeiter im Verhältnis gesehen weit höher als in Westdeutschland. - Hinzu kommt, daß auch in den letzten Monaten sowohl der Uranbergbau als auch die sich noch immer vergrößernde Volkspolizei zahlenmäßig recht ansehnliche Arbeitskräfte aufgenommen haben, die sonst zusätzlich den Arbeitsmarkt belasten würden. Im Uranbergbau sind gegenwärtig ca. 90 000 Menschen tätig; die Zahl der Polizeiangenhörigen dürfte den normalen Bestand um mindestens 100 - 150 000 übersteigen. An bestimmten Kategorien von Facharbeitern ist noch immer Mangel; für die große Masse der un- und angelernten Arbeitslosen gibt es aber keine Hoffnungsmöglichkeit. Man greift deshalb zu Aushilfsmitteln wie verstärkter Enttrümmerung. Auch Programme für Notstandsarbeiten werden bereits erwogen.

Wirtschafts-Ztg. vom 27. Juli 1949

RESTRICTED

RESTRICTED

No. 66

Presseberichte aus den Westzonen

Tatgemeinschaft. Im Rahmen der "Tatgemeinschaft Freier Deutscher", der die britische Militärregierung die Landeslizenz verweigert hat, sind in den letzten Wochen Aktionsausschüsse in Nordrhein, in Westfalen, in Niedersachsen und in Schleswig-Holstein gebildet worden, aus denen heraus insgesamt etwa 80 unabhängige Kandidaten in der britischen Zone aufgestellt worden sind. In Nordrhein-Westfalen betrug die Zahl der unabhängigen Kandidaten 46 (bei 66 Wahlkreisen), in Niedersachsen 24, in Schleswig-Holstein etwa 8 - 10 Kandidaten. Die Kandidaten sind zum größten Teil Einheimische, zur Hälfte Pflichtlinge und gehören fast sämtlich Berufsgruppen an. Sie haben sich sämtlich verpflichtet, im Rahmen des Programms der Tatgemeinschaft zu arbeiten.

Allgem. Ztg. vom 2. August 1949

Sammlung zur Tat. Die Bewegung "Sammlung zur Tat" (SZT) kennt keine eingeschriebenen Parteimitglieder und keine Parteibeiträge. Sie ist überparteilich. Ihr Wirkungsgebiet ist Deutschland. Sie erstrebt eine europäische Gemeinschaft. Jeder Bürger von 18. Lebensjahr kann freies Mitglied bzw. Anhänger werden. Die SZT baut sich auf Orts-, Kreis-, Landes- und Hauptgemeinschaften sowie einer Zentralgemeinschaft der freien Bürger auf. Die Gemeinschaften treten in öffentlichen Bürgerversammlungen zusammen, welche die entsprechenden Ausschüsse bilden. Sie wählen aus ihrer Mitte die "Mächtigsten" in die entsprechenden Gemeinschaftslitungen. Die unteren Gemeinschaftslitungen bilden die jeweils übergeordneten Ausschüsse. Die Ausschüsse vertreten die Gemeinschaften gegenüber den Behörden. Sie haben sich für die Interessen der gesamten Bevölkerung eingesetzt und die Tätigkeit der Behörden zu kontrollieren sowie Berichte an die übergeordneten Organe der SZT laufend zu erstatten. Der Zentralausschuss und Zentralvorstand sind sinngemäß für eine Föderation europäischer Staaten gedacht. Vorerst tritt an seine Stelle ein Ausschuss, der die Verbindung mit gleichartigen Organisationen in Europa aufnimmt und fördert. Die Finanzierung des Aufbaus und der Organisation der SZT geschieht aus Bezugsgebühren des Gemeinschaftsblattes "Die freie Meinung".

Am 13. März 1949 wurde die SZT von Karl Steinfeld und H.A. Dräger in Villingen im Schwarzwald gegründet. Bereits Pfingsten 1949 hielt die SZT ihre erste Deutschlandtagung ab, wobei die vormiser Beschlüsse gefaßt und der Ausschuss für Deutschland gewählt wurde. In diesem übernahmen Steinfeld und Dräger die weitere Organisation für Deutschland. Inzwischen hat die SZT auch für Württemberg-Hohenzollern als 5. Partei lizenziert. Weitere Konstituierungen der SZT erfolgen schon in Kürze in Rheinland-Pfalz, Hessen, Nordrhein-Westfalen und in absehbarer Zeit auch in Bayern. Das neue Prinzip und der neue Weg der SZT haben bereits in Württemberg-Hohenzollern zu einem Zusammengehen aller durch den Krieg und seine Folgen Geschädigten, vor allem der Ausgewiesenen, der Krieger- und Währungsgeschädigten, der Vertriebenen und Körper- und Kriegsgeschädigten und all derer, die die bestehende Wirtschaft im Staate ablehnen, geführt. Die SZT wird zur politischen Repräsentantin der Entrechteten und Wirttäuschten der politisch Verlassenen. Die SZT fordert: Gerechtigkeit und Ordnung im Staate, ein soziales Deutschland, gerechte Entlohnung, gerechte Verteilung der Wirtschaftsgüter, Beseitigung des Preis- und Zinswuchers, sowie des als soziale Marktwirtschaft getarnten Monopolkapitalismus, die Einheit Deutschlands und seine Souveränität im Rahmen einer Gemeinschaft der europäischen Völker, gerechte Verteilung von Kriegslasten, eine dringende Entscheidung der Kriegs- und Währungsschäden durch schärfste Erfassung der Kriegs- und Nachkriegsgewinne, sowie Herstellung der sinnlos zerstörten Sparvermögen und sonstige Maßnahmen.

Die SZT ist eine "Sammlungsbewegung". Ihre Organisationsform ist die Lizenzierung zahlloser Splittlerparteien überflüssig, deren Mitglieder in der SZT als politischer "Dachorganisation" voll und ganz galten werden, und zwar unter Berücksichtigung des Gesamtinteresses des deutschen Volkes nach dem Grundsatz: "Einheit durch Zusammenarbeit".

Die Neue Ztg. vom 2. August 1949

RESTRICTED

No. 67

Presseberichte aus den Westzonen

RESTRICTED

DRP. Auf einer Versammlung der "Deutschen Partei" ergriff in seinem jetzigen Wohnsitz in Bleckede, im Landkreis Lüneburg, Dr. SCHACHT das Wort. Er wandte sich gegen die Auffassung, daß das deutsche Volk unpolitisch sei. 800 Jahre hätten die Deutschen der Welt den Stempel aufgedrückt. Das englische Volk habe die beiden letzten Kriege zwar siegreich bestanden, aber fast die Hälfte seines Weltreichs verloren. Jeder möge sich entscheiden wie er wolle, aber unter allen Umständen gegen den Sozialismus.

Allgem. Ztg. vom 3. August 1949

DRP. Auf einer Pressekonferenz in Hannover erklärte der Vorsitzende der DRP, Alfred von THADDEU, die DRP werde sich bemühen, die Rechtsgruppen in allen deutschen Ländern möglichst schnell zusammenzuschließen. Dazu gehörten auch die Nationaldemokraten Hessens. Der Deutschen Partei stehe die DRP sympathisch gegenüber. Eine Fusion sei möglich, wenn die DP die drei Hypothesen aufgebe, zu denen ihre Einstellung gegenüber Flüchtlingen, ihre Vertiefung des Besitzbürgertums und ihre föderalistischen Bestrebungen gehörten.

Die Neue Ztg. vom 29. Juli 1949

Eine Interessenvertretung der Verbände der gewerblichen Wirtschaft in Bayern soll nach einer Vereinbarung von Vertretern der Landesverbände des bayerischen Groß- und Außenhandels, des Einzelhandels, des Hotel- und Gaststättengewerbes, des Architektinnen- und Mietautogewerbes und Teileierten des bayerischen Handwerkes gebildet werden. Ihre Aufgabe ist, unter Wahrung der Selbständigkeit der einzelnen Verbände die gewerbliche Wirtschaft gegenüber dem Parlament, der Regierung und der Verwaltung in Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik zu vertreten. Gleichzeitig wollen sich die Verbände laufend besprechen und sich gegenseitig über Fragen, die ein gemeinsames Vorgehen erfordern, verständigen. Andere Landesfachverbände haben bereits ihre Mitarbeit zugesagt. Die gemeinsame Arbeit der Landesfachverbände soll auch in den Kreisen und den Gemeinden fortgesetzt werden. Man hält nach der Bildung der gewerblichen Interessenvertretung die Schaffung gewerblicher Vereine für überflüssig.

Südde. Ztg. vom 30. Juli 1949

Oberdirektor Dr. PUENDER hat in seiner Wahlrede in Bremen gefordert, daß die Entnazifizierung endlich durch eine allgemeine Amnestie eine Bereinigung herbeigeführt werde. In Deutschland habe es schon aufrechte Männer zu einer Zeit gegeben, als Chamberlain noch vor Hitler Verwagungen gemacht habe. Die Auszahlung von Pensionen an Ostvertriebene, Berufsbeamte und ehemalige Wehrmachtangehörige müsse unbedingt gefordert werden. Auch die ehemaligen aktiven Offiziere dürften davon nicht ausgeschlossen werden. Die Offiziere seien nicht die Bannerträger Hitlers, sondern vielfach seine Opfer gewesen.

Allgem. Ztg. vom 3. August 1949

Interzonenhandel. Während die Interzonenverhandlungen zwischen Frankfurt und Berlin bisher ohne Erfolg blieben, versuchten Vertreter der Osnabrücker Industrie- und Handelskammer nach Vermittlung des kommunistischen Landtagsabgeordneten LANDEBET durch eigene Verhandlungen mit der ostzonalen Wirtschaftskommission zu einem Ergebnis zu kommen. Der stellvertretende Leiter der DWA, Rudolf APPELT, kam nach Osnabrück und diskutierte mit den dortigen Wirtschaftsvertretern über die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit der SBZ. Von seiten der Industrie soll erklärt worden sein, daß durch die Einstellung der Reichsstaunträge für die Schwerindustrie eine ernste Krise eingetreten sei, die nur durch den Ausbau der Handelsbeziehungen mit Ostdeutschland und der SBZ beoben werden könne.

Die Welt vom 3. August 1949

CSR. Nur "Stoßarbeiter", die mindestens 3 Monate hintereinander ihr Produktionsoll übererfüllen, werden künftig in die tschechoslowakische Kommunistische Partei als Parteikandidaten aufgenommen. Nach der Aufnahme müssen die Kandidaten 2 bis 3 Stoßarbeiter heranzubilden. Während der Kandidatur muß das künftige Mitglied der KP unter Anleitung eines bewährten Genossen die Parteizeitungen lesen und die KP-Politik diskutieren. Die Aufnahme erfolgt nur, wenn 3 Stützen, die selbst mindestens 2 Jahre lang der KP angehört haben, auftreten. - Nach der jetzt abgeschlossenen Säuberungsaktion wurden 250 000 Mitglieder aus der KP in der Tschechoslowakei ausgeschlossen.

Die Welt vom 2. 8. 1949

RESTRICTED

No. 187

## Auszüge aus Presseberichten

Kirche in der "Nationalen Front". Die Sowjets und die SED beabsichtigen im Augenblick aus außenpolitischen Erwägungen keinen Kulturkampf in der SBZ zu entfachen, erklärten maßgebliche Kreise der evangelischen Kirche in Berlin.

Im großen und ganzen fielen sowohl die sowjetischen Behörden als auch die SED Toleranz gegenüber kirchlichen Instanzen. Man sei bei diesen Stellen vielmehr bemüht, kirchliche Persönlichkeiten für öffentliche Positionen zu gewinnen, um auch auf diese Weise das Zustandekommen der "Nationalen Front" zu ermöglichen. Kirchliche Persönlichkeiten seien u. a. bei der letzten Volksratswahl als Kandidaten aufgestellt worden. Die Annahme der Kandidatur sei jedoch in den meisten Fällen abgelehnt worden. Eine sogenannte "Evangelische Aktion" ähnlich wie die "Katholische Aktion" der Tschechoslowakei würde in der SBZ kaum Erfolg haben. Zu den religiös-sozialistischen Pfarrern zählten in der gesamten Zone höchstens 12 Pastoren. Als einer der schärfsten Vertreter dieser Richtung zähle u. a. der Landespastor SCHWARZE, der als Leiter eines Diakonissenhauses in Ludwigslust (Mecklenburg) fungiert. Dieser habe seine ihm unterstellten Diakonissen gezwungen, der SED beizutreten. Gegen einen anderen mecklenburgischen Vertreter der religiösen Sozialisten, KLEINSCHMIDT in Schwerin, laufe zurzeit ein kirchliches Disziplinarverfahren. Sollte einer der evangelischen Pfarrer die kirchlichen Richtlinien in der Verwaltung seines Amtes und seiner seelsorgerischen Tätigkeit nicht einhalten, würde man gegen ihn einschreiten.

Auch den einzelnen Gemeindegliedern werde die Kirche niemals vorgebildet, wie sie sich politisch verhalten sollten. Ein Ausschluss aus der Gemeinschaft der Kirche erfolge unter keinen Umständen, da dieser der Lehre der Kirche widerspreche, wonach die Taufe ein ewiger und unlösbarer Bund mit Gott sei.

Die Bestrebungen der Russen und der Kommunisten in der SBZ gingen dahin, den amtierenden Bischof D. Dr. Otto DIBBLIUS, der bereits während der Nazizeit mit an der Spitze des Kampfes der bekennenden Kirche gestanden hat, von seinen Pfarrern zu isolieren. Die Russen und die Kommunisten suchen in Dibelius den stärksten Vertreter einer westlich orientierten bürgerlich-christlichen Richtung.

Den Versuchen einer Zensur sei die Kirche von Anfang an mit aller Entschiedenheit entgegengetreten und werde diese auch für die Zukunft ablehnen. Die Kirche werde auch nicht davor zurückschrecken, Versuche, die die kirchliche Arbeit behinderten, zu ignorieren. Zu einer einheitlichen kirchenpolitischen Aktion, ähnlich der der katholischen Kirche, werde die evangelische Kirche nicht aufrufen, jedoch werde die volkswirtschaftliche Arbeit verstärkt werden.

Zu Verhaftungen evangelischer Pastoren wird von der gleichen kirchlichen Seite erklärt, daß es sich in allen Fällen um Verhaftungen aus rein politischen Gründen gehandelt habe. Der Pfarrerstand sei im wesentlichen nicht mehr gefährdet als jeder andere Stand.

Als Folgedes starken Druckes und der Beschränkung der persönlichen Freiheit verzeichnen maßgebende Vertreter der evangelischen Kirche eine immer stärker werdende Religiosität aller Bevölkerungsschichten. Der Einfluß der Kirche wachse ständig. Insbesondere gehe die Jugend ein Beispiel. Der Religionsunterricht werde außerordentlich gut besucht, obwohl seiner Durchführung dauernd "organisatorische Schwierigkeiten" bereitet würden. Den Hauptanteil an den Kirchenbesuchen stellten die Hausierer und Flüchtlinge.

Die Welt vom 2. August 1949

Interzonenhandel. Im Interzonenhandel Bayerns nach Berlin und aus der Ostzone wurden im Juni Liefergenehmigungen im Gesamtwert von 15,2 Mill. DM erteilt. Die bereits durchgeführten Lieferungen umfassen Waren im Werte von 10,4 Mill. DM und Bezüge von 3,3 Mill. DM. Westberlin liefert überwiegend elektrotechnische Erzeugnisse. Das Hauptinteresse der Ostzone richtet sich vor allem auf den Bezug von Zellwolle und Kunstseide, die gegen Textilfertigerzeugnisse, wie Strümpfe, Socken usw. kompensiert werden. Eine wesentliche Erleichterung und Ausweitung des Interzonenhandels erwartet man von der in Vorbereitung befindlichen Einrichtung einer Clearingkasse für den West-Ost-Handel.

Wirtschaftsrevue vom 29. Juli 1949

RESTRICTED